

Das Parlament

Berlin, Montag 09. Juli 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 28-29 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Wieder eine Drehung

Horst Seehofer Seine Wendungen sind legendär, jetzt legte Bundesinnenminister und CSU-Chef Horst Seehofer eine neue spektakuläre Volte hin. Im Streit mit Angela Merkel (CDU) um seinen Masterplan Migration gab es lange keine Lösung, weil die Kanzlerin keine Zurückweisungen von Flüchtlingen an der deutsch-österreichischen Grenze wollte. Beim CSU-Krisentreffen drohte Seehofer mit Rücktritt, nachdem er die von Merkel vorangetriebenen Verhandlungen des EU-Gipfels zur Asylpolitik für untauglich erklärt hatte. Dann die überraschende Wende: Merkel und Seehofer einigten sich auf Transitzentren an der deutsch-österreichischen Grenze für anderswo registrierte Asylbewerber. Seehofer nahm sein Rücktrittangebot flugs zurück und erklärte im Bundestag, Aushandlungen mit EU-Regierungen zur Zurücknahme seien nun Merkels Sache: „Ich gehe davon aus, dass die wichtigsten Punkte von den Regierungschefs fixiert werden müssen.“ (s. auch Seite 6) *kru*

ZAHL DER WOCHE

3.900

Zurückweisungen an den deutschen Grenzen gab es von Januar bis April 2018. Am meisten zurückgewiesen (2.025) wurde an den bayerisch-österreichischen Grenze. 2017 wurden 12.370 Personen an den deutschen Grenzen zurückgewiesen, 2016 insgesamt 20.851.

ZITAT DER WOCHE

»Wir nehmen Deutschland eine enorme Last ab.«

Viktor Orbán, Ungarns Ministerpräsident, auf einer Pressekonferenz mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in Berlin unter Verweis auf den aufwändigen Schutz der ungarischen Südgrenze

IN DIESER WOCHE

THEMA
Interview Gespräch mit dem Etatexperten André Berghegger (CDU) **Seite 2**

THEMA
Finanzen Minister Olaf Scholz (SPD) setzt weiter auf die Schwarze Null **Seite 3**

EUROPA UND DIE WELT
Europa Was die Beschlüsse des EU-Gipfels bedeuten **Seite 11**

KEHRSEITE
Bundestag Das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus wird zur Lichtspielbühne **Seite 12**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Ein Sommertheater

GENERALAUSSPRACHE Regierungskrise ist Steilvorlage für die Opposition in der Elefantenrunde

Die Generalaussprachen zum Haushalt sind seit jeher von scharfen Auseinandersetzungen geprägt. Mit dem Haushalt fasst die Bundesregierung ihre politische Zielsetzung auf Tausenden von Seiten in Einzelplänen, Kapiteln und Titelgruppen zusammen. Klar, dass die Opposition daran viel zu bemängeln hat. Für die abschließende Beratung zum Bundeshaushalt 2018 (19/1700, siehe Seite 3), der vergangenen Donnerstag beschlossen wurde, hatten die Koalitionäre ihren Kritikern von AfD, FDP, Linken und Grünen aber die perfekte Steilvorlage geliefert: eine Regierungskrise nach knapp über 100 Tagen im Amt, ausgelöst durch die Unionsparteien. Der Anlass des Konflikts war die in einem auch Abgeordneten der Koalition lange unbekannt „Masterplan“ des Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU) enthaltene Forderung, Migranten, die bereits in einem anderen EU-Mitgliedsstaat registriert sind oder ein Asylverfahren durchlaufen, direkt an der Grenze zurückzuweisen. Das hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) abgelehnt und auf eine europäische Lösung statt einen nationalen Alleingang bei der sogenannten Sekundärmigration gedrängt. Es folgte eine Kaskade aus Ultimaten, informellen und formellen Gipfeln der EU und Krisentreffen. Die Fraktionsgemeinschaft schien auf der Kippe. Seehofer kündigte gar seinen Rücktritt an, aber ließ sich dann vom Gegenteil überzeugen, um ein letztes Krisengespräch der Schwesterparteien abzuwarten. Dort gelang am Montag der vorläufige Durchbruch: Um 22.18 Uhr twitterte die an dem Spitzengespräch teilnehmende Dorthee Bär (CSU): „Habemus Einigung!“ Auch Seehofer und Merkel bestätigten, einen Kompromiss gefunden zu haben. Dieser sah vor, an der bayerisch-österreichischen Grenze ein neues „Grenzregime“ zu errichten und Migranten, die in einem anderen Land registriert sind oder schon ein Asylverfahren durchlaufen, unter der rechtlichen „Fiktion einer Nicht-Einreise“ in sogenannten Transitzentren unterzubringen und dann in die eigentlich zuständigen Länder zurückzuführen. Auch eine Zurückweisung nach Österreich sollte, wenn sich die eigentlich zuständigen Länder einem Rückführungs-Abkommen verweigerten, möglich sein. Dafür müsste Österreich aber mitmachen wollen. In Wien zeigte man sich zunächst wenig angetan von dem Vorschlag. Überhaupt war zumindest am Mittwoch, dem Tag der Generalaussprache, unklar, wie der Kompromiss rechtlich und praktisch umgesetzt werden soll. Und was die Sozialdemokraten davon halten, hatte man bei der Union zunächst auch nicht abgefragt. Der Koalitionsausschuss brachte zunächst keine Ergebnisse. Das sollte sich erst am Donnerstagabend klären.

Rücktritt gefordert Für die Oppositionsfraktionen war die unionsgeführte Regierungskrise daher ein weiteres, schlagendes Indiz für die grundlegend falsche Politik der Bundesregierung, die sie – je nach politischer Couleur an anderen Stellen – auch im Etat 2018 festmachten und in den zahlreichen Debatten in der Haushaltswoche zu den Einzelplänen durchdeklinierten. Mit einer Maximalforderung reagierte die AfD: Bundeskanzlerin Merkel müsse zurücktreten, forderten die Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel und Alexander Gauland unisono in der Generaldebatte. „Sie sind auf der ganzen Linie gescheitert“, sagte Weidel. Deutschland werde von seinen Nachbarn inzwischen als „Narrenhaus“ wahrgenommen. Harte Worte richtete Weidel auch an die CSU und Seehofer, die sie als Verlierer der unionsinternen Auseinandersetzung sah. Statt mit der Zurückweisung zumindest in Teilen wieder „geltendes Recht“ anzuwenden, führe der Unionskompromiss dazu, dass die CSU weiterhin die „Herrschaft des Unrechts“ mittrage, sagte Weidel mit den Worten Seehofers, der damit einst Merkels Flüchtlingspolitik bezeichnet hatte.



Die bayerisch-österreichische Grenze: Wie hier mit Migranten künftig verfahren werden soll, entzweite die Union. Nun scheint eine Lösung gefunden zu sein.

FDP-Fraktionschef Christian Lindner kritisierte, dass die Bundesregierung seit Herbst 2015 bei vielen Themen wie Digitalisierung, Bildung oder Diesel keine Antworten liefere, weil sie hauptsächlich mit Fragen der Flüchtlingspolitik beschäftigt sei. Doch auch hier gebe es keine Lösung. „Wir haben mal gesagt: Besser nicht regieren, als falsch. Wir haben uns nicht vorstellen können, dass beides gleichzeitig geht“, sagte Lindner. Der Liberale schlug vor, parteiübergreifend und mit Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam an einem „Migrationskonsens“ zu arbeiten. Bundeskanzlerin Merkel betonte in ihrer Rede, dass für den Bestand Europas der Umgang mit der Frage der Migration entscheidend sei. Sie verteidigt die Gipfelbeschlüsse und den mit der CSU gefundenen Kompromiss. „Es muss mehr Ordnung in alle Arten der Migration kommen, damit Menschen den Eindruck haben: Recht und Ordnung werden durchgesetzt“, sagte Merkel. Ähnlich drückte sich Volker Kauder (CDU) aus. Der Unions-Fraktionsvorsitzende mahnte in Richtung Opposition, die Idee der sogenannten Transitzentren nicht zu diskreditieren. Es sei eine „übelle Verleumdung, zu sagen: Da werden Lager mit Stacheldraht aufgebaut. Genau dies ist nicht der Fall.“ Auch von links der Union mussten insbesondere die Christsozialen harsche Worte verkraften. Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch warf der Koalition vor, mit dem Streit der Demokratie „schweren Schaden“ zugefügt zu haben. Es gehe nur um Macht und Recht behalten, die Humanität bleibe

auf der Strecke. Der CSU, der „bayerischen Wahlkampftruppe“, unterstellte Bartsch, sich beinahe stündlich „mit mehr oder weniger menschenverachtender Rhetorik“ zu radikalisieren. Von der Kritik nahm Bartsch auch Merkel nicht aus. Die auf dem EU-Gipfel beschlossenen Maßnahmen seien „menschenverachtend“, teilweise rechtswidrig und teils nicht durchsetzbar.

Autoritäres Gehabe Anton Hofreiter schoss ebenfalls in Richtung CSU und beschied ihr „autoritäres Gehabe“. Die „Transitzentren“ stellten einen „Dammbruch der Unmenschlichkeit“ dar, sagte der Grünen-Fraktionsvorsitzende. Dass private Hilfsorganisationen, die auf dem Mittelmeer Schiffbrüchige retten, nun kriminalisiert würden, schaffe in Europa ein „Klima der moralischen Verwahrlosung“. Alexander Dobrindt, Landesgruppenchef der CSU, warf den Grünen im Gegenzug eine „Jeder-darf-nach-Deutschland-kommen-Mentalität“ vor, die eine „Gefahr für Recht und Ordnung in diesem Land“ sei. Sein Beleg: Der – nach Auffassung der Grünen offensichtlich ironisch zu verstehende – Zwischenruf „Alle“ der Grünen-Abgeordneten Claudia Roth während einer seiner vergangenen Reden, in der er die Fraktion gefragt hatte, wie viele der weltweiten Flüchtlinge sie nun aufnehmen wollten. Der Christsozialer stellte sich hinter den Unionskompromiss. Damit werde ein „Signal in die Welt“ gesetzt: „Es reicht nicht mehr, einfach europäischen Boden zu betreten, um dann automatisch nach Deutschland

»Damit schafft man in Europa ein Klima der moralischen Verwahrlosung.«

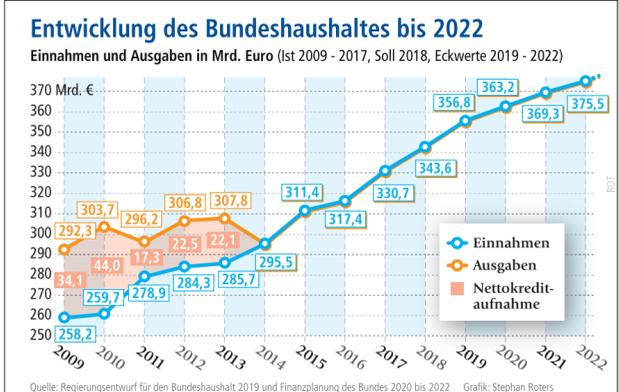
Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen)

kommen zu können.“ Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die SPD allerdings noch gar nicht abschließend zu dem „Signal in die Welt“ gehalten. Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles sagte in der Debatte, „geschlossene Lager“ werde es mit der SPD nicht geben, „nationale Alleingänge“ auch nicht und in der Flüchtlingspolitik müssten „Humanität und Realismus“ zusammengehen. Und überhaupt: Über Vorschläge, die nicht im Koalitionsvertrag stehen, müsse zunächst eine Verständigung erzielt werden, mahnte Nahles. Es brauche „gutes Handwerk“ und keine Masterpläne, sagte die Sozialdemokratin.

Einigung In diesen Forderungen sah sich die SPD dann auch am Donnerstagabend bestätigt. Kurz nachdem der Bundestag den Haushalt 2018 auf den Weg gebracht hatte, einigten sich die Parteispitzen im Koalitionsausschuss. „Transitzentren“ sind damit wieder Geschichte, nun sprechen Union und SPD laut Seehofer von „Transitverfahren“. Migranten, die bereits einen Asylantrag anderswo in der EU gestellt haben, sollen in Bayern in Grenznähe maximal 48 Stunden in Polizeistationen festgehalten werden, bevor sie zurückgewiesen werden. Für Migranten, die in anderen Ländern nur registriert sind, soll das Dublin-Prüfverfahren beschleunigt werden. Einseitige Zurückweisungen sollen ausgeschlossen sein. Zudem soll – auf Drängen der SPD – das Einwanderungsgesetz noch in diesem Jahr kommen. Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) hoffte, dass das „Sommertheater“ nun beendet sei. Seehofer sagte, es sei „alles von A bis Z so, wie man sich das als zuständiger Minister wünscht“.

Damit die Einigung aber funktioniert, bedarf es weiterhin Abkommen mit den für die betroffenen Migranten zuständigen Ländern und Österreich. Dies dürfte sich schwierig gestalten. Seehofer soll nun die Verhandlungen führen. Der Innenminister betonte am Donnerstag in seiner Rede zum Innenetat sicherheitshalber, dass seiner Einschätzung nach am Ende die Regierungschefs für die Vereinbarungen zuständig seien (siehe Seite 6). Wenige Stunden später traf er in der österreichischen Hauptstadt mit Bundeskanzler Sebastian Kurz und Innenminister Herbert Kickl zusammen, kehrte aber zunächst ohne Ergebnis zurück. Diese Woche stehen weitere Gespräche an.

Sören Christian Reimer



Quelle: Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2019 und Finanzplanung des Bundes 2020 bis 2022. Grafik: Stephan Roters

EDITORIAL Lärmend in die Ferien

VON JÖRG BIALLAS

Die politische Schadensbilanz nach der vergangenen Woche: ein irritierender Bundesinnenminister, eine angeschlagene Kanzlerin, eine instabile Unionsfraktion, eine verunsicherte Regierungskoalition. Und, wohl der nachhaltigste Effekt, ein in weiten Teilen ratloses Wahlvolk.

Nein, der von Horst Seehofer losgetretene Streit zwischen seiner CSU und der CDU und Angela Merkel wird nicht als bayerischer Komödientext, sondern als Berliner Trauerspiel wahrgenommen. Einzig die Vertreter der Partei ganz rechts vor der Bühne lehnen sich im Theatersessel zurück und spenden hämisch Beifall. Das übrige Publikum wendet sich kopfschüttelnd ab.

Bemerkenswert auch der Versuch einer Schadensbegrenzung. Nur wenige Tage nach seiner Rücktrittsdrohung ordnet Seehofer diesen misslungenen Schachzug als belanglose Fußnote der Geschichte ein. Und der für die Versöhnung der zänkischen Schwesterparteien präsentierte Kompromiss in der Asylfrage wirkt so überzeugend wie die Kontrollen an einigen Schengen-Außengrenzen. Ganz unabhängig von parteipolitischer Präferenz: Souveräne, geradlinige Politik, die von den Menschen im Land goutiert wird, geht anders.

Dabei war abseits der Regierungskrise gerade die vergangene Woche ein Ausweis effektiver parlamentarischer Arbeit. Auf eine zähe und ungewöhnlich späte Regierungsbildung folgten im Bundestag schnell ebenso zahlreiche wie arbeitsintensive Gremiensitzungen mit dem Ziel, möglichst bald einen Haushaltsplan für das laufende Jahr vorlegen zu können. Das ist nun, knapp aber rechtzeitig, vor der Sommerpause gelungen.

Bleibt zu hoffen, dass die Ferien dazu beitragen, die Stimmung in der Regierung zu entspannen. Schon jetzt werden Befürchtungen laut, der spätsommerliche Wahlkampf für den bayerischen Landtag könnte die Bundespolitik abermals mehr bestimmen, als ihr guttäte. Wenigstens das ließe sich als Lehre aus den Ereignissen der vergangenen Wochen ziehen: Eine Koalitionsregierung darf untereinander über Sachfragen streiten, wenn es nötig ist. Wer aber bewusst Sollbruchstellen in einer Partnerschaft installiert, wer Konflikte und Auseinandersetzungen taktisch einsetzt, riskiert ein Gut, das Wähler mehr als alles andere schätzen: politische Stabilität.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

BRAUCHEN WIR DAS BAUKINDERGELD?

Nur recht und billig

PRO



Karl-Heinz Fesenmeier, »Badische Zeitung«, Freiburg

Das Baukindergeld ist in vielerlei Hinsicht eine geeignete Maßnahme, um Familien zu fördern und sie auf ein sicheres finanzielles Fundament zu stellen. Jede Familie braucht ein Nest. Und es macht sie unabhängiger, ein eigenes zu haben als eines, aus dem sie – etwa bei Eigenbedarf – herausgeklagt werden kann. Das Baukindergeld ist schon deshalb sinnvoll, weil der Staat bei einem Hausbau selbst ordentlich zu langt, indem er durch die Steuern das Bauen verteuert. Wenn eine Familie etwa für 300.000 Euro ein Haus baut, gehen davon fast 50.000 Euro an Mehrwertsteuer für Planung und Handwerksleistungen an den Staat. Hinzu kommt noch die Grunderwerbsteuer für das Grundstück. Mit anderen Worten: Der Staat kassiert von der Familie, die den Mut aufbringt zu bauen, einen immensen Betrag, der wie eine Strafe anmutet. Es ist nur recht und billig, dass er über das Baukindergeld einen Teil davon zurückgibt. Auch beim Kauf eines vorhandenen Hauses oder einer Wohnung (wo Umbauarbeiten meist ebenfalls viel kosten) ist das Baukindergeld sinnvoll, weil es langfristig der Existenzsicherung der Familie dient. Gegner des Baukindergelds führen oft ins Feld, dass eine solche Subvention von der Baubranche über höhere Preise abgeschöpft werde. Das aber ist nicht bewiesen. Im Gegenteil: Die Abschaffung der Eigenheimzulage im Jahr 2005 hätte dieser Logik folgend den Markt beruhigen müssen. Hat sie aber nicht; die Preise stiegen weiter. Es wird alles Mögliche subventioniert, ohne groß hinterfragt zu werden – weil hinter jeder Subvention eine mächtige Lobby steht. Die Familien indes haben keine solche Lobby. Umso wichtiger ist es, dass Politiker deren Anliegen im Auge behalten.

Abenteuerlich

CONTRA



Cerstin Gammelin, »Süddeutsche Zeitung«, München

Die Koalition will Wohneigentum über ein Baukindergeld fördern. Das klingt abenteuerlich. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine solche Leistung nicht den Ausschlag gibt, dass mehr Familien bauen oder kaufen. Die Koalition will dafür dennoch mindestens 2,7 Milliarden Euro ausgeben. Wirft sie das Steuergeld aus dem Fenster? Ja, sie tut es. Weil in Bayern bald gewählt wird und die CSU ihr Klientel beschenken will. Und sie tut es wider besseren Wissens. Die Eigenheimzulage wurde 2005 wegen Wirkungslosigkeit abgeschafft. Als wirkungslos gilt auch die Wohnungsbauprämie für Bausparrer. Die Eigentumsquote in Deutschland stagniert bei rund 45 Prozent. Selbst die niedrigen Zinsen für Baukredite haben sie nicht steigen lassen. Man hat in Deutschland große Scheu davor, sich über 30 Jahre zu verschulden. Das Baukindergeld von 1.200 Euro jährlich wird das nicht ändern. Es wird allenfalls zu Mitnahmeeffekten führen, die Immobilienpreise steigen. Wer mehr Familien überzeugen will, in den eigenen vier Wänden zu wohnen, sollte eine Hürde beseitigen, die ihnen die Entscheidung schwer macht: die Bau-Nebenkosten, besonders die Grunderwerbsteuer. Sie beträgt bis zu 6,5 Prozent des Kaufpreises und macht schnell eine fünfstellige Summe aus, die potenzielle Käufer schreckt. Warum also streicht die Koalition nicht die Grunderwerbsteuer? Oder führt einen Freibetrag ein? Weil sie es alleine nicht kann. Die Grunderwerbsteuer fließt den Bundesländern zu, sie müssten zustimmen – was Überzeugungsarbeit des Bundes erfordert. Weil aber die Koalition ihre Energie anderswo verpulvert, sind dafür offenbar weder Mut noch Kraft vorhanden.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 8. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Berghegger, der Haushalt ist beschlossen. der Bund kann gegenüber dem Entwurf nochmals 2,6 Milliarden Euro mehr ausgeben. Wo hat die Koalition die richtigen Schwerpunkte gesetzt?

Wir hatten einen guten Regierungsentwurf und haben versucht, den noch weiter zu entwickeln. Einen Schwerpunkt haben wir diesmal im Personellen gesetzt, also im Sicherheitsbereich. Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass wir das Recht durchsetzen, dass wir die Sicherheit in unserem Land objektiv wie subjektiv stärken. Dafür braucht es mehr Stellen, um qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten. Deswegen haben wir bei den verschiedenen Sicherheitsbehörden, aber auch etwa dem Zoll aufgesattelt. Im Verkehrsbereich haben wir außerdem kreative Projekte auf den Weg gebracht.

Zum Beispiel?

Ich finde die 5x5G-Strategie gut, um Modellregionen für den neuen Mobilfunkstandard auszuwählen. Auch den Schwerpunkt auf ländliche Räume finde ich gut – etwa beim Breitband, im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft und beim Baukindergeld.

Wo hätten Sie Schwerpunkte gesetzt und mussten Kompromisse schließen?

Aus konservativer Sicht ist es sinnvoll, dass wir seit 2014 einen ausgeglichenen Haushalt haben, weil das nicht nur eine Zahl ist, sondern Glaubwürdigkeit und Vertrauen bringt sowie eine Entlastung für die Zukunft. Ich persönlich hätte mir gewünscht, dass wir in die Schuldentilgung intensiver einsteigen. Aber ein Koalitionsvertrag ist immer ein Kompromiss. Es war relativ schnell klar, dass wir keine Einigung zu einer aktiven Schuldentilgung hinkommen. Ich als Haushälter bin eben sehr daran interessiert, dass Plan und Ausgabe im Haushalt sehr eng beieinander liegen.

Die Opposition kritisiert, dass im Gegenteil nicht mehr investiert wird.

Das hört sich immer gut an, mehr zu investieren. Ich glaube aber, dass kein Projekt im Moment an dem zur Verfügung gestellten Geld scheitert. Es hakt vielmehr an der Abwicklung, an der Umsetzung. Wir haben das Problem, dass wir bei vielen Projekten zu lange Planungszeiten haben. Das Planungsrecht ist kompliziert. Deswegen bin ich immer der Meinung, dass ein Ansatz nicht per se besser ist, weil er höher ist. Sondern dass man schauen muss, was ist realistisch – kann ich Mittel in diesem Jahr auch abrufen? Außerdem läuft im Übrigen die Binnennachfrage, die Wirtschaft ist leistungsfähig. Das durch staatliche Maßnahmen noch mehr anzukurbeln, halte ich für wenig sinnvoll.

Es hapert auch beim Mittelabruf, zum Beispiel beim Kommunalinvestitionsförderungsfonds. Als ehemaliger Bürgermeister kennen Sie die Lage vor Ort: Woran liegt es?

Es gibt keine pauschale Antwort. Wenn man Zuschüsse beantragt, muss man eine Planung zugrunde legen und kalkulieren. Dann wird bewilligt, dann kann man in die Umsetzung eintreten. Die Kehrseite der boomenden Wirtschaft ist: In vielen Bereichen bekommt man kaum noch Handwerker oder Unternehmer, die zu akzeptablen Preisen Aufträge ausführen. Wir müssen Projekte dosierter auf den Markt bringen.

Wie ausgeprägt ist Ihre Sorge, dass Mittel ungenutzt liegen bleiben in diesem Jahr?

Meine Sorge ist da nicht groß. Wir müssen vielleicht flexibler werden: Wenn nachvollziehbar ist, dass sich Zeiten verzögern, müssen wir pragmatische Lösungen finden. Beispiel Breitbandversorgung: Die Gelder für Planung und Beratung sind aus-

»Politik in Zahlen«

ANDRÉ BERGHEGGER Für den CDU-Haushaltspolitiker ist eine konservative Etatplanung in unruhigen Zeiten das Gebot der Stunde



© Deutscher Bundestag/Thomas Trutschel

gegeben, aber die Mittel für die Umsetzung sind noch nicht viel abgeflossen. Das liegt an der Länge der Bauphase. Wenn ich längere Zeiten verstreichen lasse, steigen die Kosten. Also muss das Ministerium berücksichtigen, im Zweifel Preissteigerungen zu bezuschussen. Es gilt, Probleme aus der Praxis zu berücksichtigen und etwa Zeiträume unkompliziert über ein Haushaltsjahr hinaus zu verlängern.

Wie bewerten Sie vor dem Hintergrund ihrer kommunalen Erfahrung das

geplante Baukindergeld?

Man kann das eine machen, ohne das andere zu lassen. Es wird kein Patentrezept geben, um die Wohnungsnot in Stadt und Land mit einem einzigen Mittel zu lösen. Ich glaube, dass das Baukindergeld einen elementar wichtigen Anreiz ausübt, gerade im ländlichen Raum, zur Schaffung von Eigentum. Wenn wir einen Baustein haben, um Familien über die Schwelle zu heben, sich etwas Eigenes leisten zu können, dann haben wir ein wichtiges Element. Das schließt nicht aus, dass wir uns in Bal-

lungszentren um andere Sachen kümmern müssen – Stichwort Mietpreispbremse, sozialer Wohnungsbau. Aber jetzt pauschal zu sagen, das ist gut oder schlecht bei einer Maßnahme, finde ich schwierig. Dafür sind die Voraussetzungen vor Ort zu unterschiedlich in Deutschland.

Was halten Sie von Vorschlägen, in ländlichen Gegenden mit nachgewiesenen Leerstand Baukindergeld auf den Kauf von Bestandsbauten auszurichten?

Das ist eine theoretische Diskussion. In der Praxis herrschen unterschiedlichste Situationen vor. Das Planungsrecht liegt bei den Kommunen, und jede Kommune ist gut beraten, vorsichtig mit dem Flächenverbrauch umzugehen und sinnvolle Dorf- und Ortsentwicklung zu betreiben. Die Tendenz, nicht ungehemmt zu expandieren, ist ja da. Das Baukindergeld ist ohne jede planerische Vorgabe vorgesehen.

Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt: Worauf werden Sie in den Beratungen für den Etat 2019 Wert legen?

Jeder nimmt sein Buch in die Sommerpause mit und beschäftigt sich damit. Ende des Herbstes werden wir den Haushalt für 2019 beschließen. Ich glaube, man sollte seriöserweise auf diesem Haushalt aufatmen. Wir sehen einen ausgeglichenen Haushalt vor. Wir werden das nächste entscheidende Maastricht-Kriterium einhalten, das heißt, dass wir eine staatliche Gesamtschuld von weniger als 60 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt erreichen. Wenn wir das haben, dann haben wir diese finanziellen Kriterien erfüllt, das sichert Unabhängigkeit: Dann kann keiner mehr von außen hereinreden. Das ist seriös und nachhaltig. Wir müssen uns jetzt organisch weiterentwickeln. Hohe Priorität hat nach wie vor der Bereich Innere Sicherheit; da müssen wir mit den Sicherheitsbehörden zusammen Kapazitäten und Finanzierungsmöglichkeiten ausloten.

Stichwort Äußere Unsicherheit – wie krisenfest kann so ein Haushalt angesichts der weltpolitischen Konflikte gestaltet werden?

Ein Haushalt ist in Zahlen gegessene Politik. Wir sind klug beraten, die Wirtschaftsentwicklung konservativ zu planen. Wir haben Rücklagen gebildet. Wir können natürlich nicht Unvorhergesehenes komplett neu abbilden, deswegen ist es ja unvorhergesehen. Ich kann nur hoffen, dass die Weltwirtschaft sich ruhig weiterentwickelt.

Wie sehr sehen Sie das Vertrauen von Bürgern in die Politik durch die jüngsten innenpolitischen Turbulenzen gefährdet?

Es ist gut, dass sich die Koalition geeinigt hat. Ich persönlich hätte mir das früher gewünscht. Jetzt müssen wir sehen, dass wir die Ergebnisse umgesetzt kriegen. Die Bürger erwarten zu Recht, dass Ruhe herrscht und dass wir verantwortungsvoll diese Pakete in Taten münzen. Denn das Interesse an Politik ist sehr stark. Unglücklich ist in der Wahrnehmung, wenn man sich öffentlich streitet. Das möchten die Bürger nicht. Unsere Aufgabe ist es, an der Basis immer wieder den Kompromiss als besten Weg zu erklären. Wir müssen jetzt geschlossen untergehakt das Ergebnis nach außen vertreten – in Deutschland und Europa.

Das Gespräch führte Kristina Pezzei. ||

André Berghegger sitzt seit 2013 im Bundestag. Der ehemalige Bürgermeister von Melle ist Obmann im Haushaltsausschuss.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Atomgegner: Victor Perli

Dem Himmel ist Victor Perli (38) derzeit gerne schon mal 2.000 Meter näher als in seinem Berliner Abgeordnetenbüro: dreiwöchiger Wanderurlaub mit seiner Partnerin erst nach Tirol und dann nach Mittelitalien: „Ich bin beim Wandern kein Gipfelkletterer, aber ich mag hohe Berge mit Aussicht.“ Für ihn bedeutet das Erholung pur – nicht zuletzt nach der letzten Parlamentswoche vor der Sommerpause mit den Etat-Debatten. Perli sitzt für die Linksfraktion im Haushaltsausschuss. Für das von der Koalition vorgelegte Zahlenwerk hat er nichts als Schelte übrig: „Aus unserer Sicht ist das ein Haushalt, der soziale Ungerechtigkeit hinnimmt, aufrüstet und von unten nach oben umverteilt. Der an Problemen nichts ändert und zu wenig enthält für den Klimaschutz und die Zukunftsaufgaben.“ Die Koalition feiere sich für die Schwarze Null. „Dabei übersieht sie, dass wir einen immensen Investitionsstau in der Gesellschaft haben – von maroden öffentlichen Gebäuden und kaputten Straßen bis hin zu einem Personalmangel überall im öffentlichen Dienst.“ Sein knapper Befund: „Da wird auf Kosten der Zukunft gespart.“ Er verweist auf die „Niedrigzinsphase, in der man zu sehr günstigen Konditionen finanzieren kann“. Dabei blickt er nicht zuletzt auf den Wohnungsmarkt: „Viele Menschen können sich die Miete einfach nicht mehr leisten.“ Es sei nicht nur versäumt worden, den sozialen Wohnungsbau zu stärken. Er sei „sogar massiv zurückgefahren“ worden. Perli: „Das ist ein Versagen der Politik. Da sagen wir, es muss massiv umgesteuert werden mit Investitionen.“ Es verwundert nicht, dass der Abgeordnete aus Wolfenbüttel mit

© DBT/achim Meide



»Das ist ein Haushalt, der soziale Ungerechtigkeit hinnimmt, aufrüstet und von unten nach oben umverteilt.«

der Opposition am besten. Die Beschäftigung mit dem Haushaltsplan sei ihm auch deshalb wichtig, weil der Etat „in Zahlen gegessene Politik“ darstelle: „Am Haushaltsausschuss finde ich besonders faszinierend, dass ich es mit der gesamten Bandbreite der Bundespolitik zu tun habe.“ Der Atompolitik gelte aber weiterhin sein Augenmerk. Immerhin sei inzwischen „ein großer Konflikt abgeräumt worden, seit der

Atomausstieg „zwar noch nicht umgesetzt, aber auf dem Weg ist“. Die Endlagersuche bleibe ein heikles Thema: „Um diese Fragestellung zu begleiten, muss ich jedoch nicht im Umweltausschuss sitzen.“ Gab es eine Initialzündung, sich gesellschaftlich zu engagieren? „Ich bin seit dem 16. Lebensjahr politisch aktiv“, blickt Perli zurück. Und dies erst einmal vor Ort: „Junge Neonazis hatten in dem Dorf, in dem ich wohnte, den Jugendraum gekapert. Dagegen haben wir eine Initiative gegründet.“ Das war auch die Zeit des Regierungswechsels von Helmut Kohl zu Gerhard Schröder: „Ich stand mit einer Grundsympathie der rot-grünen Bundesregierung gegenüber.“ Dann habe er aber „erkannt, dass sie das Gegenteil von dem verfolgt, was ich gut fand: Kosovo – der erste deutsche Kriegseinsatz nach dem Zweiten Weltkrieg, dann der „Sozialabbau mit der Agenda 2010.“ Perli erinnert sich: „In unseren Schülerkreisen waren Joschka Fischer und Gregor Gysi populär.“ Aber Fischer habe eben mit diesen Kriegseinsätzen an Popularität eingebüßt. Zudem brachte es Perli auf, dass „Rot-Grün den Atomausstieg auf die lange Bank geschoben hat“. Für ihn sei mithin klar gewesen: „Es braucht eine Kraft links von SPD und Grünen.“ Damals besuchte er das „Gymnasium im Schloss“ in Wolfenbüttel. Studiert hat er Politikwissenschaft in Braunschweig und Potsdam. Geboren wurde Perli in Bad Oeynhausen. Über seine Eltern besitzt er die italienische und niederländische Staatsbürgerschaft. 2007 wurde er in Deutschland eingebürgert. Franz Ludwig Averdunk ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Roters

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss
6. Juli 2018

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurhesenstr. 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Claas Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezzei (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o Intime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Nicht mehr auf dem Kurs des Vorgängers: Finanzminister Olaf Scholz (SPD) wirbt im Bundestag für seinen Investitionshaushalt.

© picture-alliance/dpa

Investieren mit mehr Tempo

BUNDESHAUSHALT Scholz will nicht mehr der Sparminister sein. Opposition vermisst Transparenz im Etat

Haushalten und Sparen waren früher Synonyme. Finanzminister wie Peer Steinbrück (SPD) oder Wolfgang Schäuble (CDU) erlangten recht schnell den Ruf des eisernen Kassenwartes. Olaf Scholz (SPD), Finanzminister und Vizekanzler, ist schon vom Typus völlig anders. Eher sanft im Auftreten, mit klar norddeutschem Stil, ist er auf andere Weise deutlich: Er will mit dem Haushalt neue Akzente setzen, vor allem die Investitionen ausweiten. Der Bundeshaushalt 2018 (19/1700, 19/1701) setze „auf die Zukunft unseres Landes“ und werde mehr Wachstum sowie mehr Beschäftigung schaffen. „Wir müssen investieren“ – so beginnen viele Sätze in der Rede des Finanzministers während der Haushaltsdebatte über den Einzelplan des Finanzministeriums in der vergangenen Woche. Um dieses Ziel zu erreichen, machen die Bundesausgaben einen starken Schritt nach oben, wobei der Haushaltsausschuss bei seinen Schlussberatungen noch einen Schippe draufpackte: Die Ausgaben steigen von 325,4 auf 343 Milliarden Euro. Damit ist das Wachstumsergebnis erheblich schneller als noch zu Schäubles Zeiten geworden.

In den Koalitionsfraktionen findet der Kurs von Scholz Unterstützung. Die Haushälter hätten bei den Investitionen 2,6 Milliarden Euro draufgelegt, betonte Johannes Kahrs (SPD). Außerdem würden über 3.000 Stellen bei der Bundespolizei geschaffen und 525 Stellen im Bundeskriminalamt. Auch der Zoll bekomme 1.400 neue Stellen. Der Haushalt 2018 tue viele gute Dinge, komme aber ohne neuen Schulden aus. „Das hat was mit Generationengerechtigkeit zu tun“, freute sich Kahrs. Für Scholz steht fest, dass durch die zusätzlichen Stellen mehr Sicherheit geschaffen wird.

Ruhig und sachlich Eckhard Rehberg (CDU) zeigte sich stolz über das Ergebnis der Haushaltsberatungen: „So ruhig und sachlich ist es selten gewesen.“ Mit Investitionen von 39,8 Milliarden Euro (11,6 Prozent des Etatvolumens) seien die Investitionen so hoch wie nie. Die Sozialausgaben hätten einen Anteil von 52 Prozent und zeigten, dass der Etat ein Sozialhaushalt sei. Rehberg sagte, die Koalition

wolle die Bürger in dieser Legislaturperiode um 63 Milliarden Euro entlasten. Zusammen mit dem Investitionsaufwuchs „machen wir Deutschland zukunftsfest“. Außerdem werde der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gesenkt. An den schönen Koalitionsprojektionen vom blühenden und wirtschaftlich wachsenden Deutschland ließen die Oppositionsfraktionen aber kein gutes Haar. „Das ist kein Haushalt der Dynamik oder Ideen, sondern ein Haushalt der Verschwendung“, kritisierte Otto Fricke (FDP). Verschwendet worden seien die Möglichkeiten, Zukunft zu gestalten, die Bürger zu entlasten, Schulden zu tilgen und Anteile an Unternehmen zu verkaufen. Wenn Kahrs lobte, dass mehr Geld ausgegeben werde, heiße das in Wirklichkeit, die Koalition nehme den Bürgern noch mehr Geld ab und verteile es dann: „Das ist kein Verständnis vom Staat, in dem der Bürger im Zentrum steht.“ Der Haushalt steige trotz sich verschlechternder Wirtschaftsprognose um 3,9 Prozent statt

»Das ist kein Haushalt der Dynamik oder der Ideen.«

Otto Fricke (FDP)

3,1 Prozent in der Ursprungsplanung. Investitionen würden hochgerechnet, indem zum Beispiel das Baukindergeld als Investitionen gewertet werde. Die Koalition investiere nicht in die Zukunft, sondern fast nur in die Vergangenheit. Statt zu privatisieren, habe die Regierung noch 40 Millionen Aktien an der Telekom hinzuerworben. Gesine Lötzsch (Linke) warf der Koalition vor, sie tue nichts gegen die „wachsende Spaltung unserer Gesellschaft“ und nichts für mehr Steuergerechtigkeit. Die Vermögen der Superreichen würden geschont, und die vor zehn Jahren versprochene Finanztransaktionssteuer gebe es bis heute nicht. Die Regierung tue auch nichts gegen Aufrüstung und Kriege, sondern liefere Waffen an das kriegführende Saudi-Arabien. „Das ist doch eine Politik, die dem Frieden nicht dient“, so Lötzsch. Sie kritisierte auch die Steigerung der Rüstungsausgaben. Das sei verantwortungslos. Sven-Christian Kindler (Grüne) warf den Unionsparteien vor, mit dem Streit um Abschottung massiven Schaden auch in Europa angerichtet zu haben. De facto sei beim letzten europäischen Gipfel nichts herausgekommen, außer bei der Letztabsicherung für Banken. Die „rechten Phantomdebatten“ hätten auch von den wahren

Problemen abgelenkt, sagte Kindler mit Blick auf Kinderarmut, verschärfte Klimakrise, Artensterben, giftige Luft in den Städten, massiven Betrug beim Mindestlohn und zu wenig bezahlbare Wohnungen. Diese Probleme würden im Haushalt nicht angepackt: „Das bleibt ein Haushalt ohne Zukunft.“ Grundsätzlicher ging die AfD die Sache an. Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Peter Boehringer (AfD), sagte, der angeblich nachhaltige Haushalt 2018 sei in Wirklichkeit „kein Ergebnis guter Politik, sondern nicht nachhaltiger Sondereffekte und von nicht eingestellten Risikovorkehrmaßnahmen“. Boehringer bemängelte fehlende Transparenz beim Haushalt – vor allem bei der Buchung der EU-Finanzierung. Die deutschen Beiträge würden als negative Einnahmen verbucht, „was den Bundeshaushalt nach unserer Ansicht illegitim verkürzt“. Der Bund habe mit EU-Ausgaben Gesamtausgaben über 375 Milliarden Euro und nicht, wie ausgewiesen, von 343 Milliarden Euro. Boehringer kritisierte, dass keinerlei Vorsorge für die künftigen gewaltigen „und fast sicheren Ausfälle“ der Euro-Rettungsgelder getroffen worden sei. Es gehe um Hunderte von Milliarden, sagte der AfD-Abgeordnete.

Zahlreiche dieser Kritikpunkte wiederholten die Haushälter der Opposition auch in der Schlussdebatte am Donnerstagabend. Tobias Lindner (Grüne) bezeichnet den Haushalt beispielsweise als „Dokument des Stillstands“. Der Etat sei eine „Fiktion von Regierungshandeln“. In der namentlichen Abstimmung nach der dritten Lesung votierten 386 Abgeordnete der Koalition für das Haushaltsgesetz. Die 282 Nein-Stimmen kamen allesamt aus den Oppositionsfraktionen. Änderungsanträge der Opposition fielen in zweiter Lesung durch, ebenso wie zahlreiche ihrer Entschließungsanträge. Am Freitag ließ auch der Bundesrat den Etat passieren. Ebenfalls am Freitag beschloss die Bundesregierung den Entwurf für den Haushalt 2019 (siehe Seite 4). Die Arbeit für die Haushälter geht also unmittelbar weiter, wie auch Ausschussvorsitzender Boehringer betonte. „Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt.“

h/le/scr

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Bundeshaushalt 2018

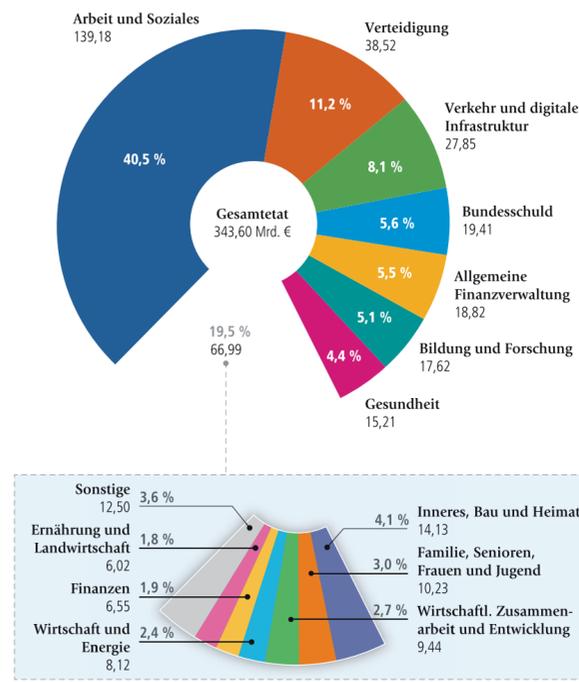
| Einzelplan | EINNAHMEN | | AUSGABEN | |
|---|--------------------|----------------------------------|--------------------|----------------------------------|
| | 2018 in 1.000 € | Veränderungen zu 2017 in 1.000 € | 2018 in 1.000 € | Veränderungen zu 2017 in 1.000 € |
| 01 Bundespräsident und Bundespräsidialamt | 193 | - | 41.851 | + 5.316 |
| 02 Deutscher Bundestag | 1.805 | + 157 | 973.693 | + 103.456 |
| 03 Bundesrat | 56 | - 41 | 30.444 | + 1.950 |
| 04 Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt | 2.885 | - | 3.038.050 | + 240.040 |
| 05 Auswärtiges Amt | 160.094 | + 10.593 | 5.450.625 | + 218.217 |
| 06 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat | 1.135.503 | + 515.070 | 14.133.574 | + 5.155.986 |
| 07 Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz | 577.337 | + 35.714 | 792.348 | - 46.274 |
| 08 Bundesministerium der Finanzen | 281.080 | - 27.391 | 6.554.911 | + 360.950 |
| 09 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie | 400.862 | - 57.692 | 8.115.031 | + 380.052 |
| 10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft | 61.700 | - 5.379 | 6.019.156 | + 16.604 |
| 11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales | 2.040.435 | + 53.854 | 139.179.759 | + 1.597.340 |
| 12 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur | 6.002.942 | + 382.913 | 27.852.061 | - 59.371 |
| 14 Bundesministerium der Verteidigung | 486.110 | + 74.080 | 38.519.574 | + 1.514.735 |
| 15 Bundesministerium für Gesundheit | 93.643 | - 5.523 | 15.207.134 | + 47.907 |
| 16 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit | 621.772 | - 142.980 | 1.978.824 | - 3.654.935 |
| 17 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 216.105 | + 139.955 | 10.226.146 | + 702.925 |
| 19 Bundesverfassungsgericht | 40 | - | 30.812 | - 752 |
| 20 Bundesrechnungshof | 3.753 | - 436 | 148.779 | - 2.148 |
| 21 Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit | 41 | + 30 | 17.773 | + 2.378 |
| 23 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 968.710 | + 38.158 | 9.441.832 | + 900.792 |
| 30 Bundesministerium für Bildung und Forschung | 36.276 | - | 17.617.030 | - 32.837 |
| 32 Bundesschuld | 1.385.163 | + 131.715 | 19.414.052 | - 576.988 |
| 60 Allgemeine Finanzverwaltung | 329.123.495 | + 13.357.203 | 18.816.541 | + 7.612.157 |
| SUMME | 343.600.000 | + 14.500.000 | 343.600.000 | + 14.500.000 |

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 19/1700 und Ergebnis der Beratung im Haushaltsausschuss. Werte für 2017 sind Soll-Werte

Grafik: Stephan Roters

Ausgaben im Bundeshaushalt 2018

Einzelplans der Ministerien in Mrd. Euro und Anteile am Gesamtetat



Quelle: Deutscher Bundestag, Ergebnis der Beratung im Haushaltsausschuss (Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters

KURZ NOTIERT

41,83 Millionen Euro für das Bundespräsidialamt

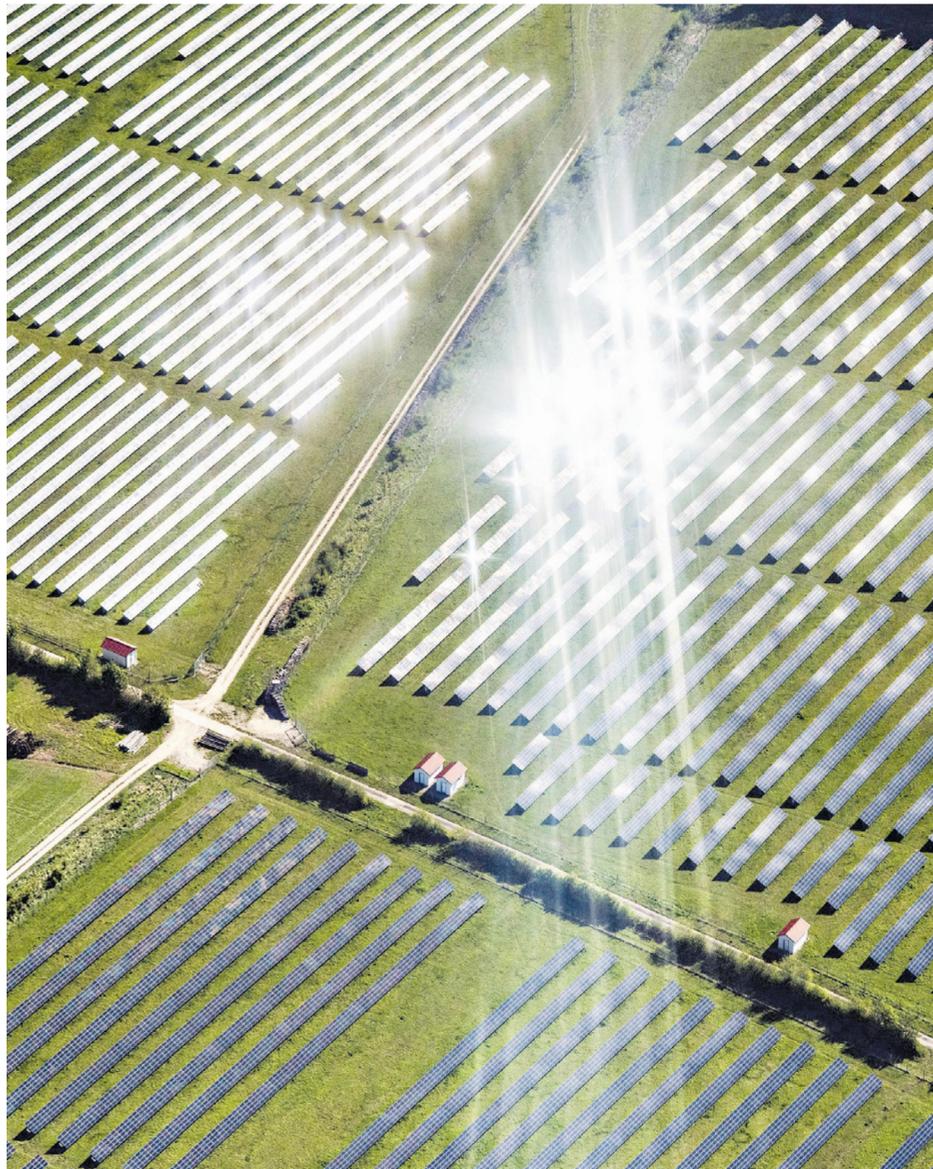
Dem Bundespräsidialamt (Einzelplan 01) wird in diesem Jahr ein Etat von 41,83 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Gegenüber dem Regierungsentwurf fällt der beschlossene Ansatz um 25.000 Euro höher aus. Wesentliche Posten sind etwa Investitionen in Umbauten im Bundespräsidialamt, die mit 2,13 Millionen Euro veranschlagt sind. 2017 lag der Soll-Ansatz für diesen Einzelplan bei 36,54 Millionen Euro. scr ||

Höherer Etat für den Bundesrat

Dem Bundesrat wird in diesem Jahr mehr Geld zur Verfügung stehen. Der beschlossene Einzelplan 03 sieht Ausgaben in Höhe von 30,44 Millionen Euro vor. Das sind 1,95 Millionen Euro mehr als der Ansatz für 2017. Zuwächse sind mit 1,18 Millionen Euro vor allem bei den sächlichen Verwaltungsaufgaben zu verzeichnen. Im parlamentarischen Verfahren waren an diesem Etat keine Änderungen vorgenommen worden. scr ||

Steigerung im Kanzleretat

Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramts (Einzelplan 04) wird in diesem Jahr 3,038 Milliarden Euro betragen. Damit steigt der beschlossene Ansatz gegenüber dem Regierungsentwurf um 117,63 Millionen Euro. Im parlamentarischen Verfahren wurden unter anderem 600.000 Euro für eine „ressortübergreifende Nachhaltigkeitskommunikation“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung eingestellt. Die Zuschüsse an den Bundesnachrichtendienst fallen mit 925,45 Millionen Euro um 5 Millionen Euro höher aus als im Regierungsentwurf. Wesentliche Änderungen beschlossen die Parlamentarier auch im Bereich der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (siehe Seite 7). 2017 lag der Soll-Ansatz für den Einzelplan bei etwa 2,8 Milliarden Euro. scr ||



Solarpanels, hier im bayerischen Greding, sollen mit Sonderausschreibungen gefördert werden. © picture-alliance/ZB/euroulftbild.de

Geld für Familien in den eigenen vier Wänden

BAU Abgeordnete streiten über Wohnungspolitik

Wohnen hat sich in den vergangenen Jahren zu einer der sozialen Fragen schlechthin entwickelt – darin zumindest waren sich die Abgeordneten bei der Debatte über den Haushalt für das laufende Jahr einig. Nur was in dem Zusammenhang unter „sozial“ zu verstehen ist, daran schieden sich einmal mehr die Geister. Für Zündstoff sorgte vor allem das geplante Baukindergeld, mit dem der Bund Familien bei Erwerb von Wohneigentum unterstützen möchte.

Nach den Worten von Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) ermöglicht die Bundesregierung damit hunderttausenden Familien die eigenen vier Wände. Die Maßnahme sei auch gesellschaftspolitisch wichtig, da so die im europäischen Vergleich unterdurchschnittliche Eigentumsquote in Deutschland verbessert werde. Vorwürfe der Klientelpolitik für eine bayerische Landbevölkerung kontierte er im Bundestag am Donnerstag mit dem Verweis auf Rekordiausgaben und

überhaupt den Wiedereinstieg des Bundes in den sozialen Wohnungsbau. Dies belege die hohe Verantwortungsgefühl des Bundes für die kleinen Leute, so Seehofer. Der Koalitionspartner SPD stand dem Minister grundsätzlich zur Seite. Damit werde die von der vorigen Bauministerin Barbara Hendricks (SPD) angestoßene Politik fortgesetzt, sagte Sören Bartol. Er erwarte von Seehofer, dass er unmittelbare mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages anfangen, und zwar Punkt für Punkt und mit genau so viel Leidenschaft für Bau wie für „Transitzentren“. Konkret erwähnte er die verabschiedete Verschärfung der Mietpreibremse.

Kritik am Baukindergeld Die Opposition setzte mit ihrer Kritik an unterschiedlichen Punkten an. Während für die AfD-Fraktion Marc Bernhard dem Minister vorwarf, auf dem Wohnungsmarkt Deutsche gegen Flüchtlinge auszuspielen, kritisierte Victor

Perli (Die Linke) das Baukindergeld als Geschenk für die Bauwirtschaft, da diese die Subventionen einpreisen werde. Familien in Städten, die schon an hohen Mieten scheiterten, helfe die Maßnahme gar nichts. Wichtiger wäre es, die Mittel in den öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau zu stecken.

Daniel Föst (FDP) erinnerte an die nach seinen Worten vernichtende Kritik von Marktteilnehmern, Verbänden und Wissenschaftlern am Baukindergeld. Wenig Kosten und schnelle Wirkung würden eine Digitalisierung vor allem in der Bauverwaltung schaffen, ein Entwickeln und Verkaufen von Bundesliegenschaften und ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer. Die Vorschläge einer vom Bund eingesetzten Expertenkommission für weniger Bürokratie lägen vor, sie müssten nur umgesetzt werden, so Föst.

»In der Bau- politik fehlt es nicht nur an Wohnraum, sondern auch an Mut.«

Daniel Föst (FDP)

Für Bündnis 90/Die Grünen sprach Daniela Wagner von einer „Reichenheimzulage“ in Anspielung an die einstige Eigenheimzulage. Das Geld werde nicht nur an falscher Stelle eingesetzt, sondern fördere auch den Flächenfraß durch Investitionen auf der grünen Wiese. Ihre Fraktion plädiert unter anderem für eine neue Wohn-gemeinnützigkeit im Bau, Programme zum Energiesparen und eine Neuverteilung der Maklerprovision.

Der Bereich „Wohnungswesen und Städtebau“ umfasst im Einzelplan 06 für 2018 Ausgaben in Höhe von 3,58 Milliarden Euro, von denen 2,81 Milliarden investiert werden sollen. Die Ausgaben für Wohn-geld belaufen sich dabei auf 540 Millionen Euro, 1,52 Milliarden Euro gehen als Kompensationszahlungen aufgrund der Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung an die Länder. Für die Städtebauförderung plant die Regierung 808,75 Millionen Euro ein, für das Baukindergeld sind 263 Millionen Euro in den Etat eingestellt. pez ||

Etatentwurf 2019 vorgestellt

HAUSHALT 2019 Der Bund soll im kommenden Jahr 356,8 Milliarden Euro ausgeben können. Das sind 13,2 Milliarden Euro mehr (+3,8 Prozent) als im just beschlossenen Haushalt 2018. Dies sieht der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2019 vor, den das Bundeskabinett gemeinsam mit dem Finanzplan des Bundes 2020 bis 2022 am Freitag beschlossen hat. Von den Einnahmen in gleicher Höhe sollen 333 Milliarden Euro auf Steuern entfallen. Das sind 11,7 Milliarden Euro mehr als 2018. Eine Neuverschuldung ist – wie auch in den kommenden Jahren – nicht geplant. Bei der Vorstellung im Haushaltsausschuss des Bundestags sprach Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) von einem „besonderen Haushalt“. So würden etwa die Zukunftsinvestitionen auf Rekordniveau steigen. Gleichzeitig werde voraussichtlich zum ersten Mal seit 17 Jahren das Maastricht-Schuldenkriterium erfüllt, sagte der Finanzminister. Das Ministerium rechnet damit, dass die gesamtstaatliche Verschuldung in diesem Jahr bei 61 Prozent des Bruttoinlandsprodukt liegen wird. Im kommenden Jahr soll die Schuldenquote mit 58,25 Prozent dann unter der Maastricht-Schwelle von 60 Prozent liegen. 2019 sollen die Ausgaben vor allem im Verteidigungsbereich steigen (siehe Seite 6): Dort ist ein Aufwuchs um 11,4 Prozent von 38,52 auf 42,9 Milliarden Euro geplant. Der Etat des Umweltministeriums soll 2019 um 14,6 Prozent von 1,98 auf 2,27 Milliarden Euro steigen. Weniger Ausgaben sind nur im Einzelplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (-0,8 Prozent) und im Einzelplan 60 (Allgemeine Finanzverwaltung, -4,3 Prozent) vorgesehen. Die Investitionen sollen 2019 von 37,4 auf 37,9 Milliarden Euro steigen und auf diesem Niveau bis 2022 verharren. Insgesamt will der Bund dem Finanzplan 2020 zufolge 363,2 Milliarden Euro und in den Folgejahren 369,3 Milliarden beziehungsweise 375,5 Milliarden Euro ausgeben. In absoluten Beträgen treibt vor allem der Etat des Bundesarbeitsministeriums die Ausgaben in die Höhe. Der Ansatz soll von 139,18 Milliarden Euro 2018 auf 161,53 Milliarden Euro im Jahr 2022 steigen. Die Steuereinnahmen sollen 2022 bei 359,7 Milliarden Euro liegen. scr ||

Mehr Energie

WIRTSCHAFT Opposition fordert von Minister Tempo

In energiepolitischen Fragen klafft nicht nur zwischen Regierung und Opposition eine Spalte – auch innerhalb der Opposition liegen die Positionen zum Teil weit voneinander entfernt. Einig waren sich die Abgeordneten bei der Aussprache zum Wirtschafts- und Energieetat für das laufende Jahr lediglich in einem Punkt: der Kritik am bisherigen Handeln des zuständigen Ministers Peter Altmaier (CDU). Sie forderten mehr Tempo, Dynamik und Entschlossenheit vor allem bei der Energiewende und ein größeres Augenmerk für die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Der Einzelplan 09 beschloss der Bundestag schließlich in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Opposition. Der beschlossene Haushaltsplan sieht für 2018 eine Erhöhung des Etats auf 8,11 Milliarden Euro vor (19/2409). Im vergangenen Jahr lag er bei 7,73 Milliarden Euro. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) verteidigte die Politik seines Hauses. Er wies auf die gute wirtschaftliche Lage Deutschlands hin und forderte dazu auf, diese Situation anzuerkennen. „Die deutsche Wirtschaft ist auf einem Erfolgskurs“, sagte Altmaier bei der Debatte vergangene Woche. Die Arbeitslosigkeit seit auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, Löhne und Renten seien kräftig gesteigert worden. Der Minister bekannte sich auch zu den energiepolitischen Leitlinien. Das Pariser Klimaschutzabkommen solle ein Erfolg werden. „Ich möchte, dass die Energiewende in Deutschland gelingt und dass sie zum Vorbild für viele andere Länder weltweit wird“, fügte Altmaier hinzu. Bei allen Maßnahmen gelte es indes auch auf die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu achten.

»Ich möchte, dass die Energiewende zum Vorbild für viele andere Länder wird.«

Peter Altmaier (CDU), Bundeswirtschaftsminister

ausschreibungen für Windenergie an Land und Solarenergie zu beginnen. Netzausbau könnte durch Maßnahmen wie eine optimierte Netzauslastung flankiert werden. Es gelte, loszulegen, um die Lücke zu den Klimazielen 2020 so weit wie möglich zu schließen, sagte Miersch.

Opposition kritisiert Energiepolitik Für die Opposition kritisierte zunächst Steffen Kotré (AfD) die Maßnahmen zur Förderung von Elektroautos. E-Mobilität solle machen, wer möchte, aber nicht mit Steuergeldern. Er sehe eine Umverteilung von unten nach oben hin zu „Ökofantasten“. Kotré bekannte sich zur Dieselttechnologie. Diese gehöre zu Deutschland. Weitere Redner der Fraktion wandten sich gegen Fördermittel für Gebäudesanierung. Karsten Klein (FDP) sprach sich für eine Kurskorrektur hin zu mehr Marktwirtschaft aus. Außerdem verlangte er einen stärkeren Fokus auf den Ausbau einer digitalen Infrastruktur.

Die Fraktion Die Linke fokussierte auf die Themen Gerechtigkeit und Soziales am Arbeitsmarkt. Neben Maßnahmen wie mehr Steuergerechtigkeit und einem Anheben des Mindestlohns müssten die Fördermittel für den Mittelstand aufgestockt werden; sagte Heidrun Bluhm. Diese Unterstützung komme kleinen und mittleren Unternehmen vor allem im Osten zugute. Nach Ansicht der Abgeordneten sollte der Solidar-pakt II von einem Solidar-pakt III abgelöst werden. Alexander Ulrich (Die Linke) mahnte an, gegen die hohen Handelsüberschüsse mit einem Ankerbündeln der Binnen-nachfrage gegenzusteuern. Dies könne durch mehr Gerechtigkeit in Lohnfragen geschehen.

Mehr Tempo angemahnt Redner der Unionsfraktion und der SPD unterstützten den Minister weitgehend in seinem Kurs, wobei gerade die SPD anmahnte, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag einzuhalten. Matthias Miersch (SPD) sprach sich etwa dafür aus, mit den geplanten Sonder-



Windenergie an Land und Solarenergie gehen. Die Union vernachlässige das Thema Energie sträflich. Fraktionskollegin Kerstin Andreae wünschte sich ebenfalls mehr Engagement des Ministers, etwa beim Thema Zuwanderung von Fachkräften – auch angesichts der jüngsten Turbulenzen in der Regierung.

Der Etat im Detail Von den 8,11 Milliarden Euro darf Bundeswirtschaftsminister Altmaier 5,04 Milliarden Euro für Zuweisungen und Zuschüsse (2017: 5,05 Milliarden Euro) ausgeben, während sich energiepolitische Maßnahmen auf 2,5 Milliarden Euro summieren (2017: 2,64 Milliarden Euro). Für die Mittelstandsförderung sind 918,06 Millionen Euro eingeplant, das ist geringfügig weniger als 2017 (920,5 Millionen Euro). Davon entfallen wie im Vorjahr 600 Millionen Euro auf Zuweisungen für betriebliche Investitionen und die wirtschaftsnahe Infrastruktur im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Für die Außenwirtschaftsförderung sind 238,17 Millionen Euro vorgesehen (2017: 228,05 Millionen Euro). Unter der Überschrift „Innovation, Technologie und Neue Mobilität“ sind Ausgaben in Höhe von 3,1 Milliarden Euro zusammengefasst (2017: 2,74 Milliarden Euro); für die „Digitale Agenda“ sind 422,26 Millionen Euro vorgesehen (2017: 173,03 Millionen Euro). Der Anstieg ist vor allem darauf zurückzuführen, dass für die Mikroelektronik für die Digitalisierung 300 Millionen Euro bereitgestellt werden sollen. Kristina Pezzi ||

Klimaschutz soll Breitensport werden

UMWELT Ministerin Schulze (SPD) will Menschen mitnehmen

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit kann in diesem Jahr 1,97 Milliarden Euro ausgeben. Der Ansatz des beschlossenen Einzelplans 16 liegt damit 6,25 Millionen Euro über dem Regierungsentwurf. Gegenüber 2017 sinkt der Etatansatz aufgrund des neuen Ressortzuschnitts um 3,65 Milliarden Euro. Die Bereiche Wohnungsbau und Stadtentwicklung sind nun im Haushalt des Ministeriums für Inneres, Bau und Heimat zu finden (siehe Text oben). Bundesministerin Svenja Schulze (SPD) freute sich in ihrer Rede im Bundestag vergangene Woche über den Zuwachs von 23 Prozent in den in ihrem Haus verbliebenen Programmbereichen. Die Ministerin

führte der AfD-Haushälter den Ausbau der Windenergie an. Dieser werde gegen „wachsende Widerstände in der Bevölkerung radikal durchgesetzt“.

Ulla Ihnen (FDP) bemängelte für ihre Fraktion den hohen Stellenzuwachs im Etat, obwohl doch kaum neue Arbeitsbereiche entstanden seien. Auch fehle der Mut zur Evaluation und Streichung von Subventionen und Fördermitteln: „Dies ist kein Haushalt der Ideen, das ist einfach verschwenderisch“, sagte Ihnen.

Heidrun Bluhm (Die Linke) forderte, Umweltpolitik stärker als Dreiklang von Umwelt-, Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik zu verstehen. Ein Beispiel für diesen „ganzheitlichen Ansatz“ könne eine Ackerbaustrategie sein. Für eine Umweltpolitik, „die Motor eines sozial-ökologischen Umbaus und auch sozial gerecht gestaltet sein muss“, seien „Lippenbekenntnisse“ nicht ausreichend: „Im Haushalt 2019 müssen Sie ranklotzen“, forderte sie.

»Für den Vorreiteranspruch müssen wir unsere Anstrengungen verstärken.«

Ingo Gädechens (CDU)

Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/ Die Grünen) relativierte die von Schulze gefeierte Zuwächse im Etat. Davon fielen 82 Prozent in den Bereich Zwischen- und Endlagerung des radioaktiven Abfalls. „Das sind Aufgaben der Vergangenheit“, kritisierte er. Der neuen Ministerin bescheinigte Kindler einen „klaren Fehlstart“. Schulze müsse jetzt „als Umweltministerin kämpfen und sich im Kabinett durchsetzen, statt nur schöne Reden zu halten“.

Endlagerung des radioaktiven Abfalls. „Das sind Aufgaben der Vergangenheit“, kritisierte er. Der neuen Ministerin bescheinigte Kindler einen „klaren Fehlstart“. Schulze müsse jetzt „als Umweltministerin kämpfen und sich im Kabinett durchsetzen, statt nur schöne Reden zu halten“.

Etat Von den Ausgaben des Umweltministeriums entfallen 1,23 Milliarden Euro auf Investitionen. Für den Klimaschutz sind 527,98 Millionen Euro vorgesehen. Die Ausgaben für den Umweltschutz belaufen sich auf 151,98 Millionen Euro. Für die Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle werden die Ausgaben auf 730,56 Millionen Euro beziffert. Die Parlamentarier beschlossen während der Haushaltsberatungen unter anderem eine Zuweisung an den Werra-Ulster-Weser-Fonds in Höhe von einer Million Euro. Neu im Etat sind zudem Mittel für kommunale Modellvorhaben zur Luftreinhaltung durch nachhaltige Mobilität. In diesem Jahr sollen dafür 625.000 Euro fließen, für die kommenden Haushaltsjahre sind Verpflichtungsermächtigungen von 5,2 Millionen Euro eingestellt. Lisa Brübler ||



KURZ NOTIERT

Mehr Geld für die Bundestagsfraktionen

Der Etat des Bundestages wird in diesem Jahr deutlich anwachsen. Der beschlossene Einzelplan 02 sieht Ausgaben in Höhe von 973,7 Millionen Euro vor. Das sind 18,1 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf. 2017 lag der Ansatz bei 870,2 Millionen Euro. Wesentliche Zuwächse sind auf den mit 709 Abgeordneten und sechs Fraktionen deutlich größeren Bundestag zurückzuführen. So wird die Entschädigungen und Amtszulagen nach dem Abgeordnetengesetz von 69,7 auf 78,995 Millionen Euro steigen. Die Aufwendungen für Mitarbeiter der Abgeordneten sollen von 212,6 auf 246,02 Millionen Euro anwachsen. Die Zuschüsse an die Fraktionen belaufen sich nun auf 115,25 Millionen Euro. Im Regierungsentwurf waren es 108,6 Millionen Euro, 2017 lag der Ansatz bei 88,1 Millionen Euro. scr

Ausgaben im Bereich des Finanzministeriums steigen

Der Etat des Bundesministeriums für Finanzen wird in diesem Jahr auf 6,54 Milliarden Euro steigen. Das sind 17,67 Millionen Euro mehr, als im Regierungsentwurf vorgesehen. Im vergangenen Jahr lag der Soll-Ansatz bei 6,19 Milliarden Euro. Der Einzelplan umfasst neben dem Ministerium unter anderem die Zollverwaltung scr

Bekämpfung der Geldwäsche

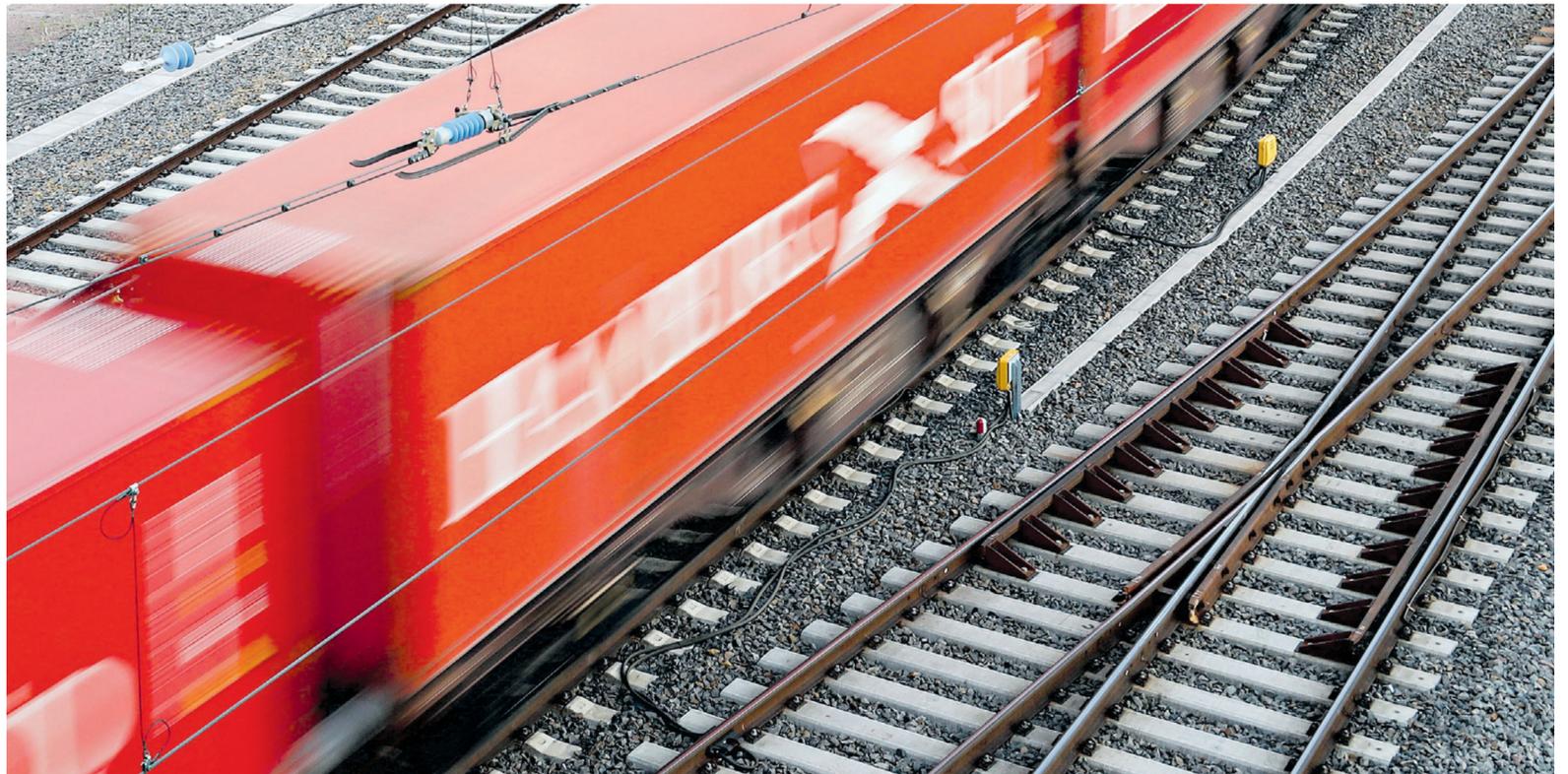
Die Linke fordert eine effektivere Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorfinanzierung in Deutschland. Ein entsprechender Antrag (19/2592) wurde am Donnerstag zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss überwiesen. In der Vorlage verlangt die Linksfraktion von der Bundesregierung Sofortmaßnahmen, um den reibungslosen Ablauf der Bearbeitung und Weiterleitung von Geldwäscheverdachtsmeldungen zu gewährleisten. vom

Bundesrechnungshof mit 145 Millionen Euro Ausgaben

Der Antrag des Präsidenten des Bundesrechnungshofes zur Rechnung des Bundesrechnungshofes für das Haushaltsjahr 2017 (Einzelplan 20 des Bundeshaushalts) sind am Donnerstag ohne Aussprache zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen worden. Laut Antrag lagen die Ausgaben des Rechnungshofes mit 145,16 Millionen Euro um 5,76 Millionen Euro unter dem Soll-Wert von 150,93 Millionen Euro. Die Einnahmen fielen mit 4,48 Millionen Euro um 293,00 Euro höher aus als der Soll-Wert von 4,19 Millionen Euro. vom

Höherer Etat für Datenschutzbeauftragten

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz wird in diesem Jahr mehr Geld zur Verfügung haben. Einstimmig nahm der Bundestag vergangene Woche den Einzelplan 21 an. Vorgesehen sind Ausgaben von 17,77 Millionen Euro, das sind 2,48 Millionen Euro mehr als 2017. Es gab keine Änderung im parlamentarischen Verfahren. scr



Damit künftig mehr Güterverkehr über die Schiene abgewickelt wird, sieht der Verkehrshaushalt 175 Millionen Euro als Beitrag zur Senkung der Trassenpreise vor.

© picture-alliance/dpa

Stau beim Mittelabfluss

VERKEHR Minister Andreas Scheuer (CSU) will mehr Planer und Ingenieure

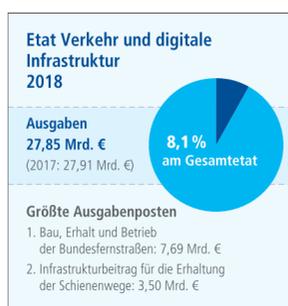
Tue Gutes und rede darüber. Diesem Motto folgten die Redner der Koalition während der abschließenden Beratung des Verkehrsetats für 2018 (19/1700, 19/1701, 19/2424) vergangene Woche. Mit Genugtuung verwiesen sechs der acht Unions- oder SPD-Redner darauf, 175 Millionen Euro zur nun schon 2018 greifenden Senkung der Trassenpreise für den Güterschieneverkehr, die der Regierungsentwurf nicht vorsah, in den Haushalt hineinverhandelt zu haben. Insgesamt stehen dem Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer (CSU) damit 27,85 Milliarden Euro zur Verfügung. Als Ergebnis der Haushaltsberatungen werden – neben den Geldern für die Trassenpreissenkung – weitere 19,9 Millionen Euro für kommunale Modellvorhaben 2018 bis 2020 im öffentlichen Personennahverkehr bereitgestellt. Fünf Millionen Euro sind als Zuschüsse für Investitionen zur Förderung von umweltfreundlicher Bordstrom- und mobiler Landstromversorgung für See- und Binnenschiffe geplant. Im Kapitel „Digitale Infrastruktur“ werden zudem zwei neue Haushaltsmittel eingeführt. Für Forschung und Testversuche mit

»Das Geld wird im Haushalt zur Verfügung gestellt, aber nicht verbaut.«
Christoph Meyer (FDP)

sperrig gestalte, wie es Hilmar von Lojewski vom Deutschen Städtetag unlängst bei einer Expertenanhörung formulierte. Das größte Problem im Verkehrshaushalt stelle der zu geringe Mittelabfluss in allen Bereichen dar, sagte dann auch Christoph Meyer (FDP) während der Debatte. „Das Geld wird im Haushalt zur Verfügung gestellt, aber nicht verbaut.“ Dies zu ändern sei ein Schlüsselthema für Verkehrsminister Scheuer in den nächsten Jahren, betonen

der FDP-Abgeordnete. „Ausreden werden wir ihm nicht durchgehen lassen“, kündigte er an.

Neue Richtlinie Scheuer ist sich der Problematik bewusst. „Damit es einen besseren Mittelabfluss gibt, braucht es notwendige Grundentscheidungen, die gewährleisten, dass wir Planer, Gutachter und Ingenieure haben“, sagte der Verkehrsminister. Um gute, motivierte Mitarbeiter zu bekommen, habe er eine Ausbildungsinitiative gestartet, „und den jungen Leuten Garantien gegeben, damit sie bei der öffentlichen Verwaltung bleiben“. Auch in Sachen Breitbandausbau verbreitete Scheuer Optimismus. „Wir geben in diesen Stunden die Richtlinie zur Förderung des Breitbandausbaus frei.“ Dabei handle es sich um eine neue Richtlinie, bei deren Entwicklung mit den Kommunen zusammengearbeitet worden sei „und die dazu führt, dass wir Zeit sparen“, erläuterte der Minister. Kritik am Haushalt übte die Opposition dennoch. Leif-Erik Holm (AfD) sagte, beim digitalen Netzausbau komme die Regierung „nicht in die Gänge“. Das magere 50-Mbit-Ziel für 2018 werde „um Lichtjahre“ verfehlt. „Unnötig wie ein Kropf“ sei zudem die Plw-Maut, an der festgehalten werde, obwohl sie nichts einbringen werde und stattdessen für eine Totalüberwachung der Bürger Sorge. Kritik übte der AfD-Abgeordnete auch an der einseitigen „Überförderung“ der Elektromobilität, die nicht wettbewerbsfähig sei.



Sören Bartol (SPD) forderte, die sich aus dem Bundeszuschuss für die Trassenpreissenkung ergebenden Kostenersparnisse müssten schnell bei den Transportunternehmen ankommen. Ein weiterer Schwerpunkt ist aus seiner Sicht der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), der verbessert werden müsse, um die Autofahrer zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen. Innerhalb des „Sofortprogramms Saubere Luft“ sollen daher künftig kommunale Modellvorhaben mit 125 Millionen Euro unterstützt werden, sagte Bartol.

Verkehrswende Sowohl der ÖPNV als auch die Bahn seien in den vergangenen Jahren „systematisch vernachlässigt worden“, befand Victor Perli (Die Linke). Perli nannte es eine desaströse Bilanz, wenn mehr als eine Milliarde Euro an Bundesmitteln für Bahn und Wasserstraßen nicht genutzt würden. „Wir fordern eine Verkehrswende, weil das finanziell, ökonomisch und sozial geboten ist“, machte der Linken-Abgeordnete deutlich. Eine Verkehrswende wollen auch die Grünen. Der vorgelegte Haushalt sei jedoch „die Grundlage für eine Verkehrspolitik des letzten Jahrhunderts“, bemängelte Sven-Christian Kindler (Grüne). Während auf der einen Seite die Gelder für den Straßenbau und für Projekte in Öffentlich-Privater Partnerschaft (ÖPP) steigen würden, gebe es auf der anderen Seite einen Rückgang bei der Schiene, beim Radverkehr und beim Nahverkehr. Götz Hausing

Anzeige

Statt Arbeit im Stall immer häufiger Formulkram

LANDWIRTSCHAFT Opposition kritisiert wachsende Bürokratie. Ministerin Klöckner will keine Argarwende

Die Erwartungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft wachsen stetig. Darin waren sich Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) und die übrigen Redner am vergangenen Donnerstag während der zweiten Lesung des Landwirtschaftsetats (Einzelplan 10) einig. Doch die Opposition kritisierte, dass der Mittelzuwachs mit den steigenden Ansprüchen nicht mithalte. Der Haushalt 2018 (19/1700, 19/1701) sieht für das Agrarressort eine Erhöhung von rund 6,43 Millionen Euro auf nun 6,01 Milliarden Euro (19/2410, 19/2424) vor. Klöckner führte

dazu aus, dass die Verbraucher nach mehr Tierwohl und Nachhaltigkeit fragen würden. „Und unsere Landwirtschaft kann sich diesen Fragen stellen“, sagte sie selbstbewusst. Dafür brauche es aber keine abrupte Agrarwende, wie es in der Opposition oft gefordert werde. Klöckner wolle stattdessen auf den bisherigen Erfolgen aufbauen.

Grundgesetz ändern Um das zu erreichen, soll der Spielraum des Fördermitteleinsatzes aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) erweitert werden. Dafür sei jedoch eine Grundgesetzänderung erforderlich, für die die Ministerin bei den übrigen Fraktionen warb. Christian Haase (CDU) gestand ein, dass die Förderung besser koordiniert werden müsse, damit die Länder die Förderpötte ausschöpfen könnten. Ein Ausschuss soll bald Vorschläge vorlegen, wie die Mittel zukünftig flexibler genutzt werden können. Auch Ulrich Freese (SPD) plädierte dafür, im nächsten Haushalt Wege zu suchen, die den Mittelabfluss verbessern.

»Der Staat muss sich nicht überall einmischen.«
Wilhelm v. Gottberg (AfD)

für junge Leute nicht attraktiver werde. Heidrun Bluhm (Die Linke) machte in ihrem Beitrag „Spekulanten, Konzernen und Kartellen“ den Vorwurf, Gewinne abzuschöpfen und die Landwirte unter niedrigen Preisen und schwierigen Bedingungen wie der Trockenheit leiden zu lassen. Die Verbraucherpolitik wälze zur selben Zeit

die Verantwortung für viele Probleme allein auf die Bürger ab. Stattdessen müsse die landwirtschaftliche Exportorientierung endlich als falsch anerkannt und die EU-Agrarförderung überarbeitet werden. Momentan konterkarriere die Agrarpolitik die Entwicklungspolitik ein- und derselben Regierung, kritisierte Bluhm. So würden keine Fluchtursachen bekämpft. Die Schaffung besserer Haltungsbedingungen für Nutztiere forderte Tobias Lindner (Grüne): „Die Art und Weise wie man Landwirtschaft betreibt, muss geändert werden.“ Aber die Bundesregierung verweigere den dafür notwendigen Kurswechsel. Der Umbau zu einer artgerechten Tierhaltung würde zwischen drei bis vier Milliarden Euro kosten, im Haushalt seien für das Thema aber nur 15 Millionen Euro bereitgestellt. „Das wird so nichts“, fasste er zusammen. Mit der Mehrheit von CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen von AfD, Linke, FDP und Grüne wurde der Einzelplan angenommen. Jan Eisel



Die Parlamentarische Kontrolle von Regierung und Verwaltung umfassend untersucht

Parlamentarische Kontrolle im Wandel
Theorie und Praxis des Deutschen Bundestages
Von PD Dr. Sven T. Siefken
2018, 461 S., brosch., 89,- €
ISBN 978-3-8487-4966-9
(Studien zum Parlamentarismus, Bd. 31)
nomos-shop.de/37975

Der Bundestag kontrolliert Regierung und Verwaltung – nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Neben einem Überblick über die formalen Kontrollinstrumente umfasst das Buch acht Fallbetrachtungen, die zeigen, wie parlamentarische Impulse antizipiert und berücksichtigt werden.

Nomos eLibrary Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Das der Streit zwischen CDU und CSU über die deutsche Flüchtlingspolitik, nachdem er die Republik drei Wochen hindurch in Atem gehalten hatte, am vergangenen Donnerstag auch die Schlussdebatte des Bundestags über den Etat 2018 des Bundesministeriums für Inneres, Bau und Heimat prägte, kann nicht überraschen. Gleiches gilt für die an diesem Vormittag geäußerte Oppositionskritik an der unionsinternen Verständigung, die freilich schon am Abend einer Übereinkunft der Koalitionsspitzen überholt sein sollte (siehe Seite 1). Immerhin zeigte sich Ressortchef Horst Seehofer (CSU) in der Bundestagsdebatte schon um 9.50 Uhr „guter Dinge“, dass die Union auch mit dem Koalitionspartner SPD eine „verlässliche Einigung“ erzielen werde. Zu den „wichtigsten Schritten jetzt“ zählte er „ein neues Grenzregime an der deutsch-österreichischen Grenze“. Man erhalte „Transitzentren“ – der Begriff sollte sich in dem später vereinbarten Koalitionspapier nicht mehr wiederfinden – „aus denen Asylbewerber innerhalb kürzester Zeit direkt in die zuständigen Länder zurückgewiesen werden“. Das alles erfolge „abgestimmt mit unseren europäischen Nachbarn – das ist eine echte Asylwende, die



hier eingeleitet wird“, sagte Seehofer. Seine zu diesem Zeitpunkt noch teilweise bevorstehenden Gespräche mit Italien, Österreich und Ungarn, denen weitere Gespräche folgen würden, dienten der „Information unserer Partner und der Sondierung, wie wir vielleicht Überlegungen anstellen, da zu gemeinsamen Vereinbarungen zu kommen“, fügte der Minister hinzu. Dabei werde es in der „ersten Runde keine Abschlüsse geben“. Er gehe davon aus, dass „am Ende die wichtigsten Punkte dieser Vereinbarung von den Regierungschefs fixiert werden müssen“.

Harsche Worte Martin Hess (AfD) sprach mit Blick auf den Unionsstreit von einem „unwürdigen Schauspiel der letzten Tage“. Europa wolle die deutsche „Willkommenspolitik“ nicht mehr, doch bis es wirksame Maßnahmen treffe, „müssen wir selbst handeln“. Notwendig sei ein effektiver nationaler Grenzschutz, „bis die europäische Außengrenze effektiv geschützt wird“. Stefan Ruppert (FDP) nannte das zurückliegende „Chaos“ „sehr betrüblich“. Die Union verhindere seit 25 Jahren ein Einwanderungsgesetz: „Wir haben keine ge-

»Eine echte Asylwende«

INNERES Der Streit über die Flüchtlingspolitik beherrscht auch die Bundestagsdebatte über Seehofers Etat



Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) spricht am Donnerstagabend vor Beginn des Koalitionsschusses mit Medienvertretern vor dem Reichstagsgebäude. Am Vormittag hatte das Parlament über seinen Haushalt 2018 debattiert. © picture-alliance/dpa / Kay Nietfeld

steuerte Einwanderung in Deutschland – das hat zu Unruhe, zu Unsicherheit geführt. Zu glauben, „dass in zwei oder drei Wochen Ordnung in etwas zu bringen ist, was Sie 25 Jahre nicht geordnet haben“, sei eine „etwas naive Herangehensweise“, fügte Ruppert hinzu. Victor Perli (Linke) hielt Seehofer vor, sich seit Wochen vor allem „um den inneren Aufstand gegen die Kanzlerin“ zu kümmern. Mit seiner Politik grenze er Millionen Menschen aus. Die Mehrheit im Land wolle jedoch „keinen Rechtsruck, und sie will auch keinen Innenminister, der schrittweise das Programm der Rechtsaußen übernimmt“. Irene Mihalic (Grüne) betonte, der „Geschwisterstreit“ der Unionsparteien sei „nur notdürftig gekittet“ und das Ergebnis „ein ganz fauler Kompromiss“ zu Lasten Dritter. „Sie ziehen die Brücken hoch und

versuchen, Deutschland vor dem Leid der Welt, so gut es geht, abzuschnitten“, kritisierte sie. Gleichzeitig werde nichts getan, „um die Fluchtursachen wirklich grundsätzlich anzugehen“.

Mehr Stellen Martin Gerster (SPD) beklagte, die vergangenen Wochen seien geprägt gewesen von einem Machtkampf zwischen CDU und CSU „auf dem Rücken von Menschen“ und zu Lasten der Demokratie. Im Haushaltsausschuss werde dagegen dafür gesorgt, dass „die Weichenstellung stimmt“. So erhielten die Sicherheitsbehörden im Rahmen der Haushaltsberatungen zusätzlich 3.800 Stellen. Auch erhalte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 1.500 zusätzliche Stellen; zudem würden hier 4.500 Stellen entfristet. Auch Klaus-Dieter Gröhler (CDU) verwies auf die in der vergangenen Wahlperiode

begonnene Personalverstärkung im Bereich der inneren Sicherheit. „Zusätzlich über 3.000 Stellen für die Bundespolizei 525 zusätzliche Stellen für das Bundeskriminalamt – das wird diese beiden Sicherheitsbehörden in die Lage versetzen, die Herausforderungen zu erfüllen“, sagte er. Seehofer nannte seinen Etat, der knapp 6.000 neue Stellen aufweise, einen „Haushalt der Superlative“, der neue Maßstäbe setze. Der Etat seines Ministeriums sieht im laufenden Jahr nach der vom Bundestag beschlossenen Ausschussfassung (19/2425) Ausgaben von mehr als 14,13 Milliarden Euro vor. Das sind gut 375 Millionen mehr als im ursprünglichen Regierungsentwurf und knapp 5,16 Milliarden Euro mehr als im Haushalt 2017, was unter anderem am Aufgabenzuwachs um den Bereich Bauen und Wohnen liegt (siehe Seite 4). **Helmut Stoltenberg** ||

Rechtsstaat im Blick

JUSTIZ Verbraucher sollen besser geschützt werden

Zu einer Verteidigung des Rechtsstaates nutzte Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) ihre Rede vergangene Woche in der Schlussdebatte über den Etat ihres Hauses. In den vergangenen Wochen sei im Zusammenhang mit Flüchtlingen viel darüber gesprochen worden, dass das geltende Recht durchgesetzt werden müsse. Dabei sei zum Teil ein falscher Eindruck erzeugt worden. Sie wehre sich „ganz entschieden“ dagegen, wie die Arbeit der Beschäftigten bei Polizei und Justiz schlechtergedeutet werde. „Unser Rechtsstaat funktioniert ausgesprochen gut“, betonte sie. Barley sagte, mit dem Haushalt und der damit verbundene Qualitätsoffensive werde der Rechtsstaat gestärkt. Es würden neue Stellen in der Justiz geschaffen, die Arbeitsbedingungen würden verbessert, und mit der Schaffung des Forum Recht in Karlsruhe werde schließlich der Rechtsstaat auch greifbarer gemacht. Barley, die auch für den Verbraucherschutz zuständig ist, nannte die Musterfeststellungsklage und das in Arbeit befindliche Mieterschutzgesetz als wichtige Neuerungen. Im Koalitionsvertrag gebe es dazu klare Verabredungen. Sie verwies außerdem auf die zusätzlichen Mittel für den Entschädigungsfonds zugunsten der Opfer terroristischer Gewalt und extremistischer Übergriffe.

»Bezahlbares Wohnen für alle zu schaffen, ist eine zentrale Frage.«

Victor Perli (Die Linke)

Weniger Ausgaben Mit den Änderungen des Haushaltsausschusses (19/2424) umfasst der Etat 2018 des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz rund 792 Millionen Euro. Das sind rund zehn Millionen Euro mehr, als ursprünglich vorgesehen, aber rund 46 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. 2017 lagen die Ausgaben bei rund 838 Millionen Euro. Der Etat wurde mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP verabschiedet. Die Fraktionen von AfD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke votierten dagegen.

In der Schlussdebatte bezeichneten Sprecher der Opposition den Justizhaushalt als unzureichend und unausgewogen. Auch die FDP, die dem Etat zustimmte, war unzufrieden. Stefan Ruppert (FDP) monierte, Bürgerrechte, Grundrechte und Minderheitenrechte würden zu wenig beachtet. Zu-

dem müssten einige Reformen dringend überarbeitet werden, vor allem das Netzwerkdurchsetzungsgesetz gegen Hetze und Falschnachrichten im Internet. Dies sei „vielleicht das am schlechtesten gemachte Gesetz der letzten Jahre“. Auch für die Vorratsdatenspeicherung gebe es noch keine rechtsstaatliche Lösung, dies sei ein Sicherheitsrisiko.

Stephan Brandner (AfD) malte ein düsteres Bild vom Zustand der Justiz im Zuge der „Einwanderungslawine“. Die Willkommenskultur habe „zu vielfachen Angriffen auf den ehemals gut funktionierenden Rechtsstaat geführt“. Das Land und die Justiz müssten noch Jahrzehnte unter den Folgen leiden.

Diesel und Digitales Victor Perli (Linke) sagte, der Dieseldiebstahl zeige, dass Kunden eine starke Interessenvertretung benötigten. Die Verbraucherzentralen müssten so stark werden, dass sie sich auch mit Konzernen anlegen könnten. Perli forderte ferner schnellere Gerichtsverfahren und mehr Prozesskostenhilfe. Zudem müsse die Mietpreisexpllosion angegangen werden. Die bisherige Mietpreisbremse sei wirkungslos, hier habe die Politik versagt. Auch Volker Ullrich (CSU) sprach sich dafür aus, die Mieter vor steigenden Kosten besser zu schützen. Die Union teile die Sorgen der Menschen und werbe für kluge Lösungen.

Danyal Bayaz (Grüne) verlangte eine Strategie zum Schutz der Bürger in der Digitalisierung, die zwar viele Chancen eröffne, aber auch Risiken berge. Wenn Kunden keinen Kredit mehr bekämen, weil sie durch einen Algorithmus ausgeschlossen würden, sei das nicht künstliche Intelligenz, sondern Diskriminierung. Sarah Ryglewski (SPD) versicherte, Justiz und Verbraucherschutz stünden nicht in Konkurrenz zueinander, beide Bereiche ergänzten sich. Sie verteidigte die Musterfeststellungsklage gegen heftige Kritik. Verbraucher hätten nun im Schadenfall die Möglichkeit, ihre Rechte gegenüber großen Konzernen kollektiv und ohne Kostenrisiko geltend zu machen. Die Behauptung, das Gesetz nutze eigentlich nur der Industrie, sei hanebüchen. **Michael Wojtek** ||

Pflegekrise dominiert Etatdebatte

GESUNDHEIT Die Konzentrierte Aktion Pflege soll konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Versorgungslage bringen

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen das Votum der Opposition hat der Bundestag den Gesundheitsetat für das Jahr 2018 gebilligt. In der Schlussdebatte vergangene Woche waren die Pflegeversorgung und die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wichtige Themen. Der Einzelplan 15 sieht Gesamtausgaben in Höhe von rund 15,20 Milliarden Euro vor, das ist geringfügig mehr als im Vorjahr (15,16 Mrd. Euro). In den Beratungen wurde der ursprüngliche Ansatz noch um rund sechs Millionen Euro erhöht, damit wird unter anderem ein Programm der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Kampf gegen das Ebola-Virus finanziert. Allein 14,5 Milliarden Euro des Etats gehen als Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds. Mit dem Geld werden versicherungsfremde Leistungen finanziert, beispielsweise die beitragsfreie Familienversicherung oder Aufwendungen für Schwangerschaft und Mutterschaft. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) versprach konkrete Verbesserungen zugunsten der Patienten wie auch der Akteure im Gesundheitswesen. Es gehe um ein großes Leistungsversprechen, dass jeder Bürger jederzeit die nötige medizinische Versorgung auf hohem Niveau bekomme.

»Der Pflegenotstand ist kein unerwartetes Naturereignis.«

Gesine Löttsch (Die Linke)

Er räumte ein, dass die Versorgung in einigen Bereichen „nicht so gut ist, wie es sein soll“ und nannte als Beispiele die Wartezeiten für einen Termin beim Facharzt, die Notfallversorgung, die Krankenhausstrukturen, die Geburtshilfe und die Pflege.

Vertrauenskrise Spahn bekannte: „Es gibt in der Pflege eine massive Vertrauenskrise.“ Er fügte hinzu, die Probleme würden nun konkret angegangen. So werde künftig in Kliniken jede neue Pflegestelle voll finanziert. In der Altenpflege sei das Sofortprogramm für 13.000 zusätzliche Stellen angelaufen. Mit der Konzentrierten Aktion Pflege (KAP) unter Beteiligung der Ministerien für Familie und Arbeit werde in Arbeitsgruppen zeitnah an Verbesserungen, etwa in der Ausbildung, Bezahlung oder betrieblichen Gesundheitsförderung gearbeitet. Die Opposition warf Spahn falsche Weichenstellungen und eine Ankündigungspolitik vor. Karsten Klein (FDP) kritisierte vor allem die für 2019 vorgesehene Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der GKV durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Abschaffung der Parität sei ein elementarer Bestandteil der „Agenda 2010“ gewesen, um Arbeit billiger zu machen. „Heute tun Sie genau das Gegenteil. Was hat Sie geritten?“ Die Lohnstückkosten in Deutschland seien weiter hoch. Richtig sei hingegen, die hohen Rücklagen der Krankenkassen zurückzuführen. Auch die Rücklage im Gesundheitsfonds könnte deutlich niedriger sein, der Bundeszuschuss ließe sich somit künftig kürzen.

Grüne und Linke sehen in der Wiederherstellung der Parität hingegen einen überfälligen Schritt und erneuerten ihre Forderungen nach Einführung einer Bürgerversicherung. Gesine Löttsch (Linke) sprach von einem „wirklichen Erfolg“. Ihre Partei habe sich seit Abschaffung der Parität 2003 dafür eingesetzt, „dass das endlich wieder in Ordnung gebracht wird“. Auch Löttsch ging auf die Krise in der Pflegeversorgung ein und nannte die Lage „prekär“. Der Pflegenotstand sei „kein unerwartetes Naturereignis“, sondern eine absehbare Entwicklung. Maria Klein-Schmeink (Grüne) beklagte einen Reformstau und führte als Beispiele Mängel bei der Fachkräftesicherung, der Digitalisierung und den Krankenhausinvestitionen an. Der von Spahn angesprochene Vertrauensverlust gelte nicht nur für die Pflege, sondern für sämtliche Beschäftigten im Gesundheitswesen, allen voran den nichtärztlichen Berufen. Für das Gesundheitswesen müsse mehr steuerfinanziertes Geld aufgebracht werden, etwa für die nötige Digitalisierung. Die AfD-Abge-

ordnete Birgit Malsack-Winkemann hielt der Regierung eine undurchsichtige Haushaltspolitik vor und verlangte mehr Informationen über die Gesundheitskosten für Migration und Flüchtlinge. So gebe es keine Auswertungen zu flüchtlingsbedingten Kosten im Zusammenhang mit dem Gesundheitsfonds. Sie kritisierte überdies die aufgestockten Gelder für die globale Gesundheitspolitik. Wer so viel Geld im Ausland hinauswerfe, habe natürlich keines mehr für die Probleme im eigenen Land.

Globale Gesundheit Josef Rief (CDU) widersprach und betonte, internationale Gesundheitsfragen nähmen an Bedeutung zu. Der Haushaltsausschuss habe zuletzt einer Ebola-Soforthilfe in Höhe von fünf Millionen Euro an die WHO zugestimmt. Das sei gut angelegtes Geld. Der Gesundheitshaushalt sei insgesamt auf die Zukunft ausgerichtet, sagte Rief weiter. So werde mit der Förderung von Modellstudiengängen zur Ausbildung von Ärzten für den ländlichen Raum begonnen. Die wohnortnahe Versorgung sei ein wichtiger Baustein in der Gesundheitspolitik.

Auf nötige Strukturveränderungen ging auch Edgar Franke (SPD) ein und verwies dabei auf bereits erreichte Erfolge. Den Kassenärztlichen Vereinigungen seien Instrumente in die Hand gegeben worden, um die ärztliche Versorgung zu verbessern. Diese Instrumente wie die Ansiedlungsprämie und Honorarzuschläge müssten aber auch eingesetzt werden. Was die Kliniken angehe, sollten Ausgaben zielgerichteter gesteuert werden. „Wir dürfen auch nicht mit der Gießkanne arbeiten.“ Nötig sei ein Wettbewerb um Qualität. Die Versorgungsstrukturen, meinte Franke, müssten besser an den tatsächlichen Versorgungsbedarf angepasst werden. **Claus Peter Kosfeld** ||



Mehr Geld für Eltern

FAMILIE Etat steigt auf über zehn Milliarden Euro

Mit einem Volumen von 10,23 Milliarden Euro erzielt der Etat für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in diesem Jahr einen „historischen Höchststand“, wie sich Familienministerin Franziska Giffey (SPD) bereits bei der Einbringung des Haushalts gefreut hatte. In der vergangenen Woche verabschiedete der Bundestag den Etat in der durch den Haushaltsausschuss noch einmal um 22 Millionen Euro erhöhten Fassung (19/2424).

Geschuldet ist der starke Anstieg des Familienetats um 703 Millionen Euro gegenüber 2017 vor allem den Ausgaben für die gesetzlichen Leistungen für Familien. An erster Stelle steht das Elterngeld, das mit 6,67 Milliarden Euro rund zwei Drittel des Etats ausmacht und um 270 Millionen Euro erhöht wird. Den mit Abstand größten Zuwachs im Familienetat hat jedoch der Unterhaltsvorschuß mit einem Anstieg der Ausgaben um 551 auf 866 Millionen Euro zu verzeichnen. Dies ist auf die Reform des Unterhaltsvorschußgesetzes im Sommer 2017 zurückzuführen, mit der die Zahlung des Unterhaltsvorschußes vom zwölften bis zum 18. Lebensjahr eines Kindes verlängert und die bis dahin geltende Befristung von maximal 72 Monaten Bezugsdauer aufgehoben wurde.

Gemeinsam mit dem Kindergeld und Kinderzuschlag (581 Millionen Euro), den Zuweisungen an die Conterganstiftung (170 Millionen Euro) und die Stiftung „Mutter und Kind“ (96 Millionen Euro) und anderen Leistungen umfassen die gesetzlichen Ausgaben für Familien insgesamt 8,42 Milliarden Euro und damit rund 82 Prozent des Familienetats. Der Etat knüpfte an jene Fragen an, die Familien bewegten, sagte Ministerin Giffey: „Menschen fragen sich, wie sie dafür sorgen können, dass ihre Kinder sich gut entwickeln, dass sie Familie und Beruf unter einen Hut bekommen, und dass sie mit dem Geld, das sie haben, auch ein gutes Auskommen haben.“

Kitabetreuung Eine völlig andere Lesart des Familienetats präsentierte die AfD-Parlamentarierin Beatrix von Storch: „Es geht in diesem Haushalt um die Entmündigung der Familien, die Indoktrinierung der Kinder und Jugendlichen mit linker, politisch korrekter Genderideologie.“ Diese Politik gehe „Hand in Hand mit finanzieller Entwertung der Familien“. Die Belastungen für die Familien durch Sozialabgaben, Mehrwertsteuer und Solidaritätszuschlag müs-



ten gesenkt werden, forderte von Storch. Kritik, wenn auch gänzlich anderer Natur, war aus den Reihen von Bündnis 90/Die Grünen zu vernehmen. Deren Abgeordnete Ekin Deligöz warf der Regierung vor, kein Konzept in der Familienpolitik zu haben, sondern lediglich ein „Sammelsurium“ aus Kindergeld und Freibeträgen, Baukindergeld und Mütterrente zu bieten. Im Gegenzug reiche das „Geld vorne und hinten nicht“, um die Qualität der Betreuung in den Kitas wie angekündigt zu erhöhen. Norbert Müller (Linke) hielt Ministerin Giffey vor, sie belasse es bislang bei Ankündigungen. Weder liege ein Entwurf für das Gute-Kita-Gesetz vor, noch konkrete Vorschläge für die Kita-Fachkräfteoffensive. In der Realität fehlten aber 340.000 Kitaplätze und mehr als 100.000 Erzieherinnen und Erzieher.

Evaluation Die FDP bemängelte eine mangelnde Evaluation der familienpolitischen Leistungen. Der Aufwuchs des Etats auf über zehn Milliarden Euro sei schließlich „Selbstzweck“, befand Christoph Meyer (FDP). Der Bundestag als Haushaltsgesetzgeber habe die Pflicht, drauf zu achten, dass die Mittel effizient ausgegeben werden. So flössen beispielsweise die bereitgestellten Mittel für Darlehen nach dem Pflege- und dem Familienpflegezeitgesetz nicht ausreichend ab. Zufrieden zeigten sich hingegen die Koalitionsfraktionen. Der Entwurf der Regierung sei in den Haushaltsberatungen noch einmal verbessert worden, attestierte Svenja Stadler (SPD). Und Marcus Weinberg (CDU) rechnete an die AfD gerichtet vor, dass die Koalition die Familien in dieser Legislaturperiode um zwölf Milliarden Euro entlaste. **Alexander Weinlein** ||





Der Dienstleistungssektor boomt, allein bei DHL arbeiten mehr als 60.000 Paketzusteller. Die Fraktion Die Linke kritisierte in der Haushaltsdebatte deren Arbeitsverträge.

© picture-alliance/Wolfram Steinberg

Erneut Ärger um Denkmal der Einheit

KULTUR Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) stehen in diesem Jahr 1,78 Milliarden Euro für ihren Geschäftsbereich zu Verfügung. Der Haushaltsausschuss hatte den Etat, der im Haushalt des Bundeskanzleramtes veranschlagt ist, noch einmal um 110 Millionen Euro erhöht. Das steigert Grütters' Etat gegenüber 2017 um 170 Millionen Euro. Profitieren von den Erhöhungen des Regierungsentwurfs wird unter anderem der Denkmalschutz. Für den Erhalt und die Restaurierung von Kulturdenkmälern erhöhte der Bundestag die eingeplanten Mittel von sechs auf 36 Millionen Euro. Zusätzliche sieben Millionen Euro bewilligten die Haushalter zudem für die Deutsche Welle, die somit insgesamt 326 Millionen Euro vom Bund erhält. Deutlich erhöht werden gegenüber 2017 die Mittel zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland, sie steigen von 50 auf 135 Millionen Euro. Darunter fällt auch die Einrichtung eines „German Motion Picture Fonds“ zur Förderung hochwertiger Serien in Höhe von zehn Millionen Euro. Um 7,5 auf rund zehn Millionen werden die Mittel für den Schutz und Erwerb national wertvoller Kulturgüter erhöht.

»Freigabe im September« Überlagert wurde die Debatte über den Kulturhaushalt erneut durch den Streit über die geplante Errichtung des Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit. Die dafür veranschlagten 17,1 Millionen Euro unterliegen derzeit noch einer Haushalts-sperre, die der Haushaltsausschuss aufheben muss. Doch der Ausschuss setzte den Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung vor zwei Wochen ab. Der SPD-Haushaltsexperte Johannes Kahrs begründete dies mit der angeblich unvollständigen Vorlage von Staatsministerin Grütters. Diese ließ den Vorwurf durch ihren Pressesprecher zurückweisen.

Die kulturpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Elisabeth Motschmann (CDU), forderte die SPD in der vergangenen Woche auf, ihren Widerstand gegen das Denkmal aufzugeben: »Wir haben es dreimal im Bundestag beschlossen und es auch in der Koalitionsvereinbarung festgelegt: Nun muss dieses Denkmal endlich kommen.« Auch die grüne Kulturpolitikerin Margit Stumpff warf der SPD vor, sie setze sich über die Beschlusslage des Bundestages hinweg. »Diese Aktion ist peinlich und den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vermittelbar.«

Der kulturpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Marc Jongen, hingegen forderte, auf die Realisierung des misslungenen Denkmalentwurfs zu verzichten und einen neuen Wettbewerb auszuschreiben. Höhnisch fügte er an, dass die im Volksmund genannte »Bundesbanane« symbolischer Ausdruck für den Weg Deutschlands in eine »Bananenrepublik« sei. Diese Bemerkung veranlasste Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki (FDP), der die Sitzung leitete, zu der Feststellung, dass Jongen doch mit ihm übereinstimme, dass Beschlüsse des Bundestages umzusetzen seien. »Ich denke, es wird Zeit, dass es auch dazu kommt«, mahnte Kubicki.

Nun soll der Haushaltsausschuss offenbar nach der parlamentarischen Sommerpause die Gelder für das Einheitsdenkmal freigeben. Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) verkündete Ende vergangener Woche auf seinem Twitter-Account: »Haushaltsausschuss und Ältestenrat sind sich einig: Einheits-Denkmal kommt! Freigabe der Mittel im September!« aw

Keine Zeit zum Ausruhen

ARBEIT UND SOZIALES Die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II sinken um 500 Millionen Euro

Ein Minus zum ursprünglichen Entwurf der Regierung von saten 580 Millionen Euro: In anderen Ressorts würde dies einen Aufschrei der Empörung erzeugen. Für die Haushalter der Regierungsfaktionen, die sich in der vergangenen Woche noch einmal mit dem Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales befassten, war dies aber keineswegs eine schlechte Nachricht. Im Gegenteil: Wegen der guten Konjunktur sei man in der Lage, diese Summe beim Arbeitslosengeld II und noch einmal 100 Millionen Euro bei den Kosten für Unterkunft und Heizung einzusparen, freute sich Axel Fischer (CDU). Gleichzeitig versicherte er, dass Sparen natürlich nicht das einzige Ziel sei, sondern man gleichzeitig viel Geld in die Hand nehme, um die Herausforderungen der Zukunft anzugehen. So seien beispielsweise die Ausgaben für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Vergleich zu 2017 um 300 Millionen Euro erhöht worden, betonte Fischer. Erwartungsgemäß reagierte die AfD-Fraktion auf diese frohen Botschaften ablehnend. Uwe Witt (AfD) kritisierte, dass nach wie vor zu viele Menschen im Niedriglohnsektor festhingen. Hartz IV habe Millionen zu arbeitenden Armen gemacht. »Wir brauchen eine Sozialpolitik, die sich zuerst um unsere eigenen Bürger küm-

mert«, forderte er, ließ aber offen, wer genau damit gemeint sein könnte.

Solidarität statt Spaltung Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) warf Witt vor, ein Zerrbild von Deutschland zu verbreiten. Natürlich gebe es viele Menschen, denen es nicht gut gehe. Um diese wolle man sich unter anderem durch die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes kümmern. Außerdem soll die Einkommensgrenze, ab der Sozialversicherungsbeiträge voll wirksam werden, von 850 Euro auf 1.300 Euro angehoben werden. Dennoch gehe es dem Land insgesamt wirtschaftlich so gut wie seit Jahren nicht, erwiderte Heil. Auch Kerstin Tack (SPD) kritisierte den Ansatz der AfD. »Wenn wir über Sozialpolitik reden, dann reden wir von Zusammenhalt und einem solidarischen Sozialstaat und nicht von Spaltung der Gesellschaft«, sagte sie. Genau dies warfen aber die anderen Fraktionen, denn auch mit unterschiedlichen Motiven, der Bundesregierung vor. Für die FDP ging es dabei um die Spaltung der Generationen, für Grüne und Linke vor allem um die Spaltung in Arm und Reich.

Michael Theurer (FDP) bezeichnete die Ausweitung der Mütterrente und die geplanten Zuschüsse für Geringverdienende bei der Rente als verantwortungslos. Zusätzliche Milliarden für die Mütterrente dürften nicht aus Beitragsmitteln finanziert werden, sagte er mit Verweis auf die jährlich steigenden Zuschüsse des Bundes an die Rentenkasse. »Diese Politik ist nicht enkelfit, sie ist nicht generationengerecht«, sagte Theurer.

»Diese Politik ist nicht enkelfit, sie ist nicht generationengerecht.«
Michael Theurer (FDP)

Gesine Löttsch (Die Linke) kritisierte, es werde zu wenig über die Humanisierung der Arbeitswelt gesprochen. So dürften Mitarbeiter der Deutschen Post nicht mehr als zehn Krankheitsstage pro Jahr haben, wenn sie eine Festanstellung bekommen wollen. »Hier muss die Bundesregierung eingreifen«, forderte sie. Löttsch plädierte ebenfalls für ein Ende der Sanktionen beim Arbeitslosengeld II und einen höheren Mindestlohn. Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf die chronische Unterfinanzierung der Jobcenter, die auch der aktuelle Haushalt nicht beende. AfD und FDP hätten sogar noch gefordert, die Mittel weiter zu kürzen. »Sieht so Ihre Politik für die



Der größte Posten bleibt dabei, wie eh und je, die Rente. Auf mittlerweile 94,02 Milliarden Euro (2017: 91,02 Milliarden Euro) beziffern sich die Leistungen an die Rentenversicherung, ein deutlicher Anstieg um drei Milliarden Euro im Vergleich zu 2017. Bei diesen Leistungen bilden die Zuschüsse des Bundes an die allgemeine Rentenversicherung mit 35,04 Milliarden Euro (2017: 34,4 Milliarden Euro) den größten Ausgabenposten. Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gibt der Bund in diesem Jahr 5,9 Milliarden Euro und damit 1,2 Milliarden Euro weniger aus als 2017 (7,13 Milliarden Euro). Für arbeitsmarktpolitische Leistungen und Programme stellt der Bund, zusätzlich zu den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, 37,04 Milliarden Euro (2017: 37,28 Milliarden Euro) bereit, was nur eine unwesentliche Änderung gegenüber 2017 bedeutet. Die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit umfassen mit neun Milliarden Euro zu Buche. Fast die gesamten Mittel dieses Bereiches werden aber für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende ausgegeben: 36,45 Milliarden Euro (2017: 36,4 Milliarden Euro). Davon entfallen 20,4 Milliarden Euro (2017: 21 Milliarden Euro) auf das Arbeitslosengeld II, weitere 6,9 Milliarden Euro (2017: 6,5 Milliarden Euro) auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung. Claudia Heine

17,62 Milliarden für »Entwickler und Facharbeiter«

BILDUNG UND FORSCHUNG Ministerin Anja Karliczek erhält den viertgrößten Etat im Bundeshaushalt

Bildung ist ein entscheidender Baustein für die künftige Entwicklung Deutschlands. Diese Einschätzung findet wohl uneingeschränkte Zustimmung bei den politischen Verantwortungsträgern aller Parteien. Uneins sind sich Koalition und Regierung auf der einen Seite und die Opposition auf der anderen Seite allerdings, inwiefern der Bildungsetat 2018 diesem hohen Anspruch gerecht wird. Eher nicht, finden AfD, FDP, Linke und Grüne und üben entsprechende starke Kritik während der abschließenden Beratung des Haushaltes für Bildung und Forschung (19/1700, 19/2424) vergangene Woche. Bei Union und SPD ist man da optimistischer und freut sich auf Gelder aus dem Digitalfonds. Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) betonte, mit dem viertgrößten Etat im Bundeshaushalt zeige die Bundesregierung, »dass sie kontinuierlich und verlässlich in Bildung und Forschung investiert«. Ausgaben im Wert von 17,62 Milliarden Euro sieht der Etat 2018 vor. Etwas weniger als 2017 (17,65 Milliarden Euro) aber wiederum auch etwas mehr als im Regierungsentwurf geplant (17,59 Milliarden Euro). Dieses Geld werde in 22.000 Einzelprojekte aufgeteilt, sagte Götz Frömming (AfD) während der Debatte. Er bezweifelte, dass die Ministerin wisse, welche Projekte davon unnötig seien, weil sie lediglich der



reinen Klientelbefriedigung dienen und wo die Förderung erhöht werden müsse, »um unsere Bildungs- und Wissenschaftslandschaft zukunftsfähig zu machen«. Frömming kritisierte, das Geld der Steuerzahler werde mit der Gießkanne ausgegossen und keiner wisse, ob daraus Blumen oder lediglich Unkraut erwachse. Kerstin Radomski (CDU) sagte, der entscheidende Faktor, ob Deutschland weiterhin zur Weltspitze der führenden Industrienationen gehört, sei der Bereich Bildung und Forschung. »Wir wollen nicht, dass unsere Zukunft im Silicon Valley oder in China bestimmt wird«, sagte die Uni-

onsabgeordnete. Benötigt würden aber nicht nur gut ausgebildete Entwickler, sondern auch hochqualifizierte Facharbeiter. Daher sei es richtig, die berufsbegleitende Bildung zu stärken und gleichzeitig die Forschung an den Fachhochschulen weitergehend zu unterstützen.

»Bonuskaller« Digitalfonds Im Bereich Bildung dürfe nicht nur verwaltet werden, sondern es müsse endlich regiert werden, forderte Christoph Meyer (FDP). Der Etat deute jedoch lediglich auf ein »Weiter so« hin, kritisierte er. Es fehle eine sinnvolle Schwerpunktsetzung. »Die Zukunftsthemen werden vom Bildungsministerium nicht angegangen.« Es gebe »keine mutigen Investitionen in smarte Ideen«. Im Haushalt 2019 müsse es zu einer Trendwende kommen, sagte Meyer.

Sven Schulz (SPD) sagte, mit dem Haushalt 2018 wolle man angesichts seiner späten Verabschiedung Maßnahmen anstoßen, die dann in den Folgejahren stärker zur Geltung gelangen sollen. Ein wichtiger Punkt sei die Begabtenförderung durch die alle eine faire Chance erhalten sollen. Der »Bonuskaller« sei aber, dass Dank des von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) initiierten Digitalfonds im Volumen von 2,4 Milliarden Euro »endlich der Digitalpakt Schule begonnen werden kann«.

Das Verteidigungsministerium erhalte 1,5 Milliarden Euro mehr, während der Bildungsetat stagniere und weniger als die Hälfte des Militärhaushaltes ausmache, bemängelte Gesine Löttsch (Die Linke). Richtig wäre hingegen: »Weniger Geld für Kriege und mehr Geld für die Bildung.« Nach wie vor gebe es im Übrigen im deutschen Bildungssystem keine Chancengleichheit, sagte sie. Laut dem Bildungsbericht 2018 sei noch immer die Bildungsherkunft entscheidend für die Beteiligung an der Hochschulbildung. Für Katja Dörner (Grüne) ist »auch nach einhundert Tagen im Amt nicht zu erkennen, wo Ministerin Karliczek in der Bildungspolitik hinwill«. Wo sie in der Wissenschaftspolitik hinwill, bleibe leider auch schleierhaft. »Ich kann nicht erkennen, dass sie die zentralen Themen, beispielsweise die Neuverhandlung des Hochschulpakts oder die Personalisere im akademischen Mittelbau, ernsthaft und mit Elan angeht«, sagte die Grünenabgeordnete. Götz Hausding



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2019

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2019 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 31. Juli 2018
Teilnahmebedingungen unter <http://www.bundestag.de/wissenschaftspreis>

Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin



Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de
Telefon: +49 30 227-38630
Fax: +49 30 227-36464

Es ist vor allem der Blick auf die Perspektive und die Proportionen, der Teile der Opposition stört: Das Auswärtige Amt kann in diesem Jahr über Ausgaben in Höhe von knapp 5,45 Milliarden Euro verfügen. Für die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (19/2405, 19/2424, 19/2425, 19/2426) zum Entwurf der Bundesregierung (19/1700, 19/1701) für den Einzelplan 05 votierten vergangene Woche Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, die Oppositionsfraktionen von AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten dagegen.

Das Auswärtige Amt erhält damit rund 124,5 Millionen Euro mehr als im Jahr 2017 und knapp 94 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf für 2018 ursprünglich vorgesehen. Deutliche Aufschläge gibt es dabei insbesondere für die humanitäre Hilfe und die zivile Krisenprävention. Doch der Blick auf die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass der Etat für das Haus am Werderschen Markt wieder schrumpfen soll, woran insbesondere Vertreter von FDP, Linken und Grünen in der Debatte in der vergangenen Woche Anstoß nahmen.

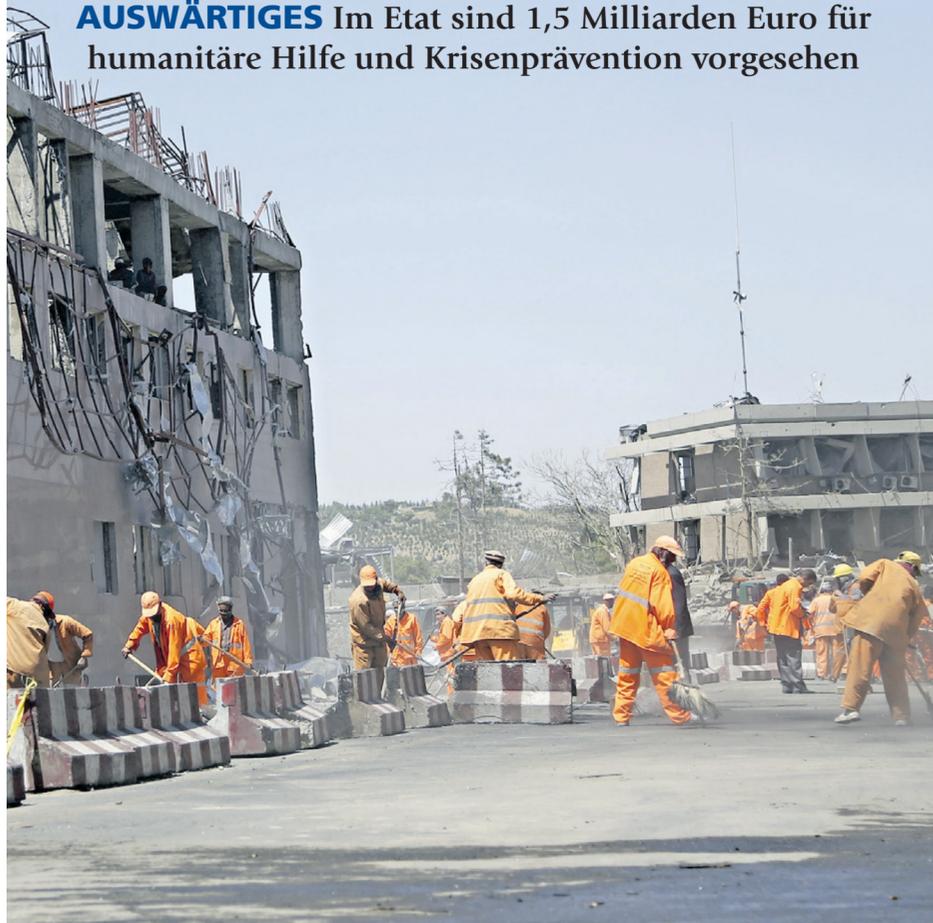
Die Kritik der AfD-Fraktion ging hingegen in eine ganz andere Richtung. Deren Vertreter Armin-Paulus Hampel monierte, dass bei den 1,5 Milliarden Euro, die im Etat für humanitäre Hilfe und Krisenprävention vorgesehen sind, auch solche Hilfsorganisationen Gelder bekommen würden, die politischen Einfluss in anderen Ländern nehmen wollten. Man könne aber nicht glaubwürdig mit anderen Regierungen verhandeln, wenn man gleichzeitig Kräfte unterstütze, die deren Sturz betreiben würden. Zudem bringe diese Praxis Hilfsorganisationen wie das Internationale Rote Kreuz in Misskredit, das sich streng an das Neutralitätsgebot halten würde. Doris Barnett (SPD) warnte hingegen davor, ausgerechnet bei den Mitteln der humanitären Hilfe die Axt anzulegen. „Wenn wir jetzt, wie manche vorschlagen, der UNO, dem UNHCR, OCHA und dem World Food Programme die Mittel kürzen, weil Sie ihnen nicht trauen, dann wissen wir doch, was passiert. Die Menschen machen sich auf den Weg dorthin, wo sie versorgt werden: nach Europa.“ Die zusätzlichen 300 Millionen Euro bei der humanitären Hilfe sowie zusätzlich 30 Millionen Euro für die Krisenprävention im Etat seien gut angelegtes Geld.

Alexander Graf Lambsdorff (FDP) kritisierte, dass der Auswärtige Dienst nicht hinreichend ausgestattet sei. „Das Auswärtige Amt pfeift auf dem letzten Loch.“ Die Attraktivität als Arbeitgeber leide, bei den Sicherheitsvorkehrungen in den Auslandsvertretungen gebe es Nachholbedarf. Erstmals seien in diesem Jahr mehr Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes im In- statt im Ausland beschäftigt gewesen. „Hier läuft etwas grundsätzlich falsch“, konstatierte Lambsdorff.

Alois Karl (CSU) betonte, dass mit 1,5 Milliarden Euro noch nie so viele Mit-

Fluchtersachen im Blick

AUSWÄRTIGES Im Etat sind 1,5 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe und Krisenprävention vorgesehen



Die Sicherheit von Auslandsvertretungen in Krisengebieten bleibt ein Thema für das Auswärtige Amt. Im Bild ist die deutsche Botschaft in Kabul nach einem Bombenanschlag im Frühsommer 2017.

tel für die humanitäre Hilfe bereitgestellt worden seien und diese Zahl eine Verfüfzuehnung gegenüber dem Jahr 2012 darstelle. Es müsse darum gehen, die Notlagen in Afrika und in in anderen Fluchtgebieten der Welt anzupacken „und das tun wir“. Karl argumentierte, dass kein Land der Welt diese Herausforderungen allein bewältigen könne. Hier gelte der Satz von Außenminister Heiko Maas (SPD): „Europe united“ statt „America first“. Michael Leutert (Die Linke) kritisierte, dass der Etat in den kommenden Jahren wieder unter fünf Milliarden Euro rutschen soll. „Warum? Sind die Krisen dann alle gelöst oder ist unser Investitionsstau beim Auswärtigen Amt aufgelöst?“ Die Mittel fehlten mittlerweile selbst bei Grundaufgaben, wenn in Botschaften wie in Sarajevo ein Antragssteller für ein Visum acht Monate auf einen Termin warten müsse. Leutert wies zudem darauf hin, dass das Verteidigungsministerium bis zum Ende der Legislatur 30 Milliarden Euro mehr erhalten solle. Das widerspre-

che dem Ziel der Koalition, Aufwüchse bei der Verteidigung mit Aufwüchsen für Entwicklung, humanitäre Hilfe und Krisenprävention zu koppeln. Auch Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) Kritik ging in diese Richtung: Der Militäretat steige in den kommenden Jahren erheblich und das Auswärtige Amt und das Entwicklungsministerium gingen leer aus. „Das passt nicht. Das ist falsch. Das kann nicht die Rolle Deutschlands sein.“ Das Auswärtige Amt benötige allein für die Personalreserve zusätzlich 500 Stellen. Stattdessen leiste sich die Koalition 100 zusätzliche Stellen im Innenministerium für die Heimatabteilung, bei der man eigentlich nach Auswärtigen Amt aufgelöst?“ Die Mittel fehlten mittlerweile selbst bei Grundaufgaben, wenn in Botschaften wie in Sarajevo ein Antragssteller für ein Visum acht Monate auf einen Termin warten müsse. Leutert wies zudem darauf hin, dass das Verteidigungsministerium bis zum Ende der Legislatur 30 Milliarden Euro mehr erhalten solle. Das widerspre-

gen mit nationalen Mitteln lösen zu können. Weder die Migration, noch der Klimawandel, noch die Bedrohung des Weltmawandel, noch die Bedrohung der nuklearen Ordnung werde Deutschland allein lösen können. Deutsches Interesse habe in einer sich dramatisch ändernden Weltordnung einen Namen, und dieser sei Europa. „Wer auf Abschottung mit Abschottung reagiert, der ist auf einem Irrweg und trägt dazu bei, Deutschland zu einem politischen Zwerg zu machen.“ Abgelehnt wurde nach der Debatte mit den Stimmen der übrigen Fraktionen ein Änderungsantrag der AfD (19/3189), die Mittel für gesellschafts- und europapolitische Maßnahmen der politischen Stiftungen kürzen wollte. Bei Enthaltung der Grünen wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen auch ein Änderungsantrag der Linken (19/3121) abgelehnt. Diese hatte unter anderem mehr Mittel für Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung gefordert. Alexander Heinrich

Von der Leyen bleibt bei Zwei-Prozent-Ziel

VERTEIDIGUNG Wehretat soll stärker steigen als geplant

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) kann zufrieden sein. Nicht nur, weil der Bundestag in der vergangenen Woche die Erhöhung des Wehretats in diesem Jahr um 1,52 Milliarden Euro auf 38,52 Milliarden Euro billigte (19/2413, 19/2424) und noch einmal 26 Millionen Euro auf den Regierungsentwurf für den Einzelplan 14 (19/1700, 19/1701) drauflegte. Es ist vor allem der Blick in die kommenden Jahre, der die Ministerin erfreut. Bereits im kommenden Jahr soll der Verteidigungshaushalt um mehr als vier Milliarden Euro auf 42,9 Milliarden Euro. So sieht es der Haushaltsentwurf von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) vor, den er am vergangenen Freitag präsentierte. Damit würde von der Leyen immerhin 675 Millionen mehr erhalten, als in der bisherigen Finanzplanung vorgesehen waren. Auf 1,5 Prozent des Bruttonationalproduktes (BNP) will Ursula von der Leyen den Verteidigungshaushalt bis zum Jahr 2024 erhöhen. Dies sei „eine politische Verabredung“, sagte sie in der Debatte. Und die Regierung stehe auch weiterhin zum 2014 von der Nato ausgegebenen Zwei-Prozent-Ziel, betonte die Ministerin. In diesem Jahr erreicht Deutschland bei den Verteidigungsausgaben 1,24 Prozent des BNP. Von Seiten der Opposition hagelte es Kritik am Verteidigungshaushalt und an der Ministerin – wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen. Während der AfD der Wehretat noch viel zu klein erscheint, halten ihn Linke und Grüne für überzogen und beklagen ebenso wie die FDP eine unsaubere Haushaltsführung. Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion Rüdiger Lucassen warf der Bundesregierung vor, dass der Wehretat 2018 nicht einmal ausreiche, um „den Verfall unserer Bundeswehr aufzuhalten“. Von der Leyen und ihre drei Amtsvorgänger aus den Reihen der Unionsparteien hätten Deutschlands Verteidigungsfähigkeit während der Kanzlerschaft von Angela Merkel „zugrunde gerichtet“. Die Bundeskanzlerin trage deshalb die „Verantwortung für den erschreckenden Zustand der Bundeswehr – sowohl für den finanziellen als auch den personellen“, schimpfte Lucassen. Der haushaltspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Tobias Lindner, hingegen wies die Argumentation der Koalition zurück, die Bundeswehr sei unterfinanziert. Seit dem Amtsantritt von der Leyens im Jahr 2013 sei der Wehretat von 32,4 auf 38,52 Milliarden angewachsen. „Wenn man alle Etatsteigerungen Ihrer Amtszeit zusammenrechnet, kommt man, wenn ich das kommende Jahr auch dazu nehme, auf über 20 Milliarden Euro“, rechnete Lindner der Ministerin vor. Trotzdem seien die Probleme der Streitkräfte nicht gelöst worden, weder bei den Beschaffungen, noch beim Personal. Eine klare Absage erteilte er an die Ausrichtung des Wehretats am BIP: „Das 1,5- oder Zwei-Prozent-Ziel ist ein wahnwitziger Indikator, um eine vernünftige Lastenteilung in einem Bündnis zu messen.“ In diesem Sinne argumentierte auch der Linken-Haushaltsexperte Michael Leutert. Es sei an der Zeit, den Amerikanern zu sagen, dass Deutschland das Zwei-Prozent-



Ziel nicht einhalten werde, weil dafür keine Notwendigkeit bestehe. In einem Änderungsantrag (19/3144), den der Bundestag jedoch ablehnte, forderte die Linksfraktion, den Verteidigungshaushalt um 5,1 Milliarden zu kürzen, alle Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beenden sowie auf die weitere Beschaffung und Entwicklung von Großgerät zu verzichten. Die eingesparten Mittel sollten stattdessen in die Entwicklungszusammenarbeit und die zivile Krisenprävention fließen. Ebenfalls gescheitert ist die FDP mit ihrem Vorstoß, die Verteidigungsministerin auf mehr „Haushaltsklarheit und -wahrheit“ zu verpflichten, wie es liberale Haushaltspolitiker Karsten Klein ausdrückte. In einem Änderungsantrag (19/3178) forderte die Fraktion, dass die einzelnen Haushaltsartikel künftig den tatsächlichen zu erwartenden Finanzbedarf abbilden und nicht bereits die gegenseitige Deckung mit anderen Titeln vorwegnehmen. Zudem dürften aus

der neuen Rücklage im Verteidigungshaushalt die Mittel von maximal 500 Millionen Euro nur eins zu eins für den Titel entnommen werden, aus dem die Mittel zugeflossen sind. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurden zwei Änderungsanträge der FDP und der Linken zur geplanten Beschaffung

»Tun wir nicht so, als würde die Bundeswehr Hunger leiden«

Tobias Lindner (Grüne)

der israelischen Drohne Heron TP, die auch Waffen tragen kann. Während die Liberalen forderten, die Drohnen gleich in einem bewaffneten Zustand zu beschaffen und das Personal entsprechend auszubilden, stellte die Linke den Antrag, den Leasingvertrag für die Drohnen zu kündigen. Die Vertreter der Koalitionsfraktionen verteidigten die Erhöhung des Wehretats. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU (CSU) argumentierte, bei der Neuausrichtung der Bundeswehr im Jahr 2011 habe niemand vorhersehen können, dass sich das Verhältnis zu Russland dermaßen verschlechtern und die Landes- und Bündnisverteidigung wieder verstärkt in den Fokus rücken wird. Thomas Hitschler (SPD) schloss sich seinem Kollegen an, bewertete das Zwei-Prozent-Ziel jedoch skeptisch. Für die Truppe zähle nicht, ob der Verteidigungshaushalt bei 1,2 oder zwei Prozent des BIP liege. „Für sie zählt, dass wir sie ihren Aufgaben gemäß ausrüsten.“ Für diese Spitze Richtung von der Leyen erntete Hitschler dann auch nur Applaus aus den Reihen der SPD und nicht vom Koalitionspartner. Alexander Weinlein



»Richten wir den Blick über die Grenzen hinaus«

ENTWICKLUNG Etat steigt auf Rekordhöhe, doch der Ausblick auf 2019 vermiest vielen Fraktionen die Freude. Minister Gerd Müller (CSU) kritisiert deutsche Flüchtlingsdebatte

Ausgerechnet ein CSU-Kabinettsmitglied fand im Bundestag deutliche Worte für den wochenlangen und vom eigenen Parteichef, Bundesinnenminister Horst Seehofer, maßgeblich mitforcierten Unionskrach über die Migration. „Mich erschüttert die aktuelle deutsche Flüchtlingsdebatte, wie wir sie führen“, offenbarte Entwicklungsminister Gerd Müller vergangene Woche in der zweiten Lesung seines Etats. Und er empfahl: „Richten wir doch den Blick einmal über die Grenzen der Europäischen Union hinaus.“ Auf die 270.000 Menschen beispielsweise, die in den vergangenen drei Tagen vor syrischen Bomben an die jordanische und israelische Grenze geflohen seien und nun in der Wüste ausharrten. Oder die mehr als zehn Millionen geflüchteten Kinder und Erwachsenen, die im Jemen um ihr Überleben kämpfen. „Es fehlt an Geld, an Essen und an Verantwortung“, warnte Müller und stellte klar: „Deutsche Politik kann nicht an den Grenzen Deutschlands oder Europas enden.“

68,5 Millionen Menschen waren laut Uno-Flüchtlingshilfe 2017 weltweit auf der Flucht, so viele wie noch nie zuvor. Dass dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) angesichts dieser Zahlen mehr denn je eine Schlüsselfunktion zukommt, hat nicht nur Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mehrfach unterstrichen, sondern auch Ressortchef Müller immer wieder angemaht. Mit Erfolg: Sein Haus kann 2018 einen Rekordhaushalt verbuchen. 9,4 Milliarden Euro und damit 900 Millionen Euro mehr als 2017 kann der Minister ausgeben – ein sattes Plus von mehr als zehn Prozent. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationalprodukt („ODA-Quote“) wächst damit auf 0,5 Prozent und rückt deutlich näher an das international vereinbarte 0,7-Prozent-Ziel heran.

Mehr für Kirchen und Stiftungen Der Bundestag stimmte dem Regierungsentwurf (19/1700, 19/1701) mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen zu; der Haushaltsausschuss hatte die Vorlage nur geringfügig um 543.000 Euro erhöht (19/2420, 19/2424, 19/2425). „Vor einem Jahr hätte kein Mensch den nun vorliegenden Haushalt für möglich gehalten“, lobte Gabi We-

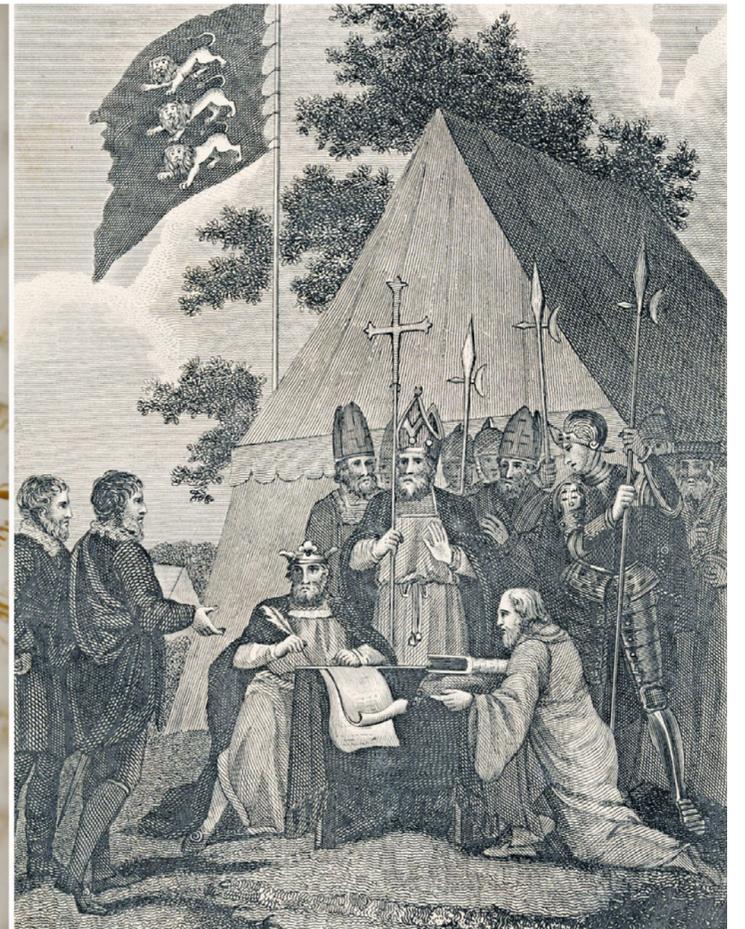
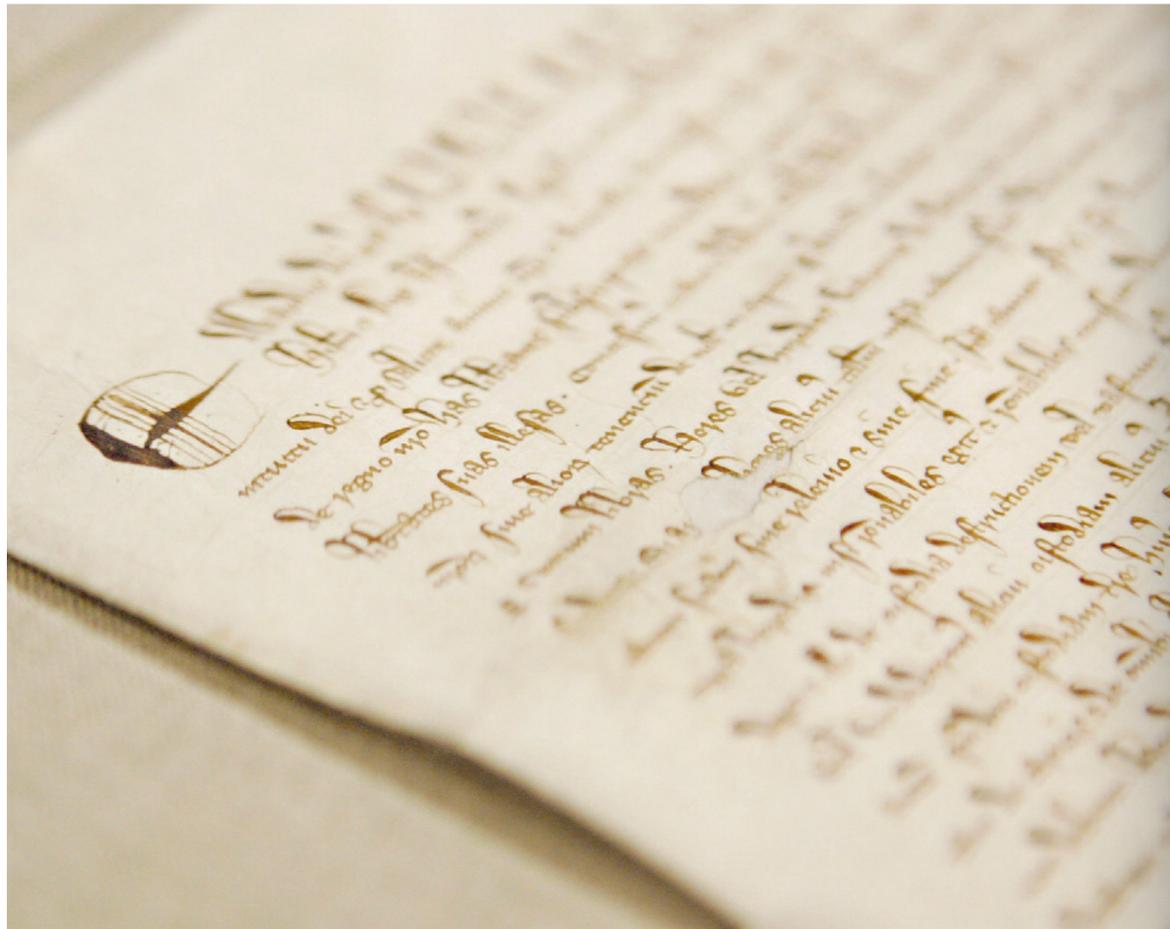
ber (SPD) das Ergebnis. Ihre Fraktionskollegin Dagmar Ziegler begrüßte es, dass als Ergebnis der Bereinigungssitzung für die Bekämpfung von Polio zusätzlich drei Millionen Euro im BMZ-Etat eingestellt wurden und außerdem Stiftungen und Kirchen mehr Geld bekommen sollen. Volkmar Klein (CDU) bezeichnete den von Müller initiierten „Marshallplan mit Afrika“ als „genau den Paradigmenwechsel, den wir brauchen“. Nötig sei intensivere Hilfe und eine größere Wirksamkeit. „Und wir müssen sicherlich auch in den jeweiligen Ländern mehr einfordern.“ Die Oppositionsfraktionen lehnten den Etat trotz des hohen Aufwuchses ab – aus ganz verschiedenen Gründen. So würde die AfD die staatlichen Entwicklungsgelder lieber massiv reduzieren. Ulrich Oehme sprach von einer Versonkung von Milliarden an Entwicklungsgeldern. Dabei zeige die Vergangenheit, dass davon kaum etwas ankomme. Er forderte ein „Zurückfahren beziehungsweise die Einstellung von Entwicklungshilfe für Staaten, die sich nicht an Vereinbarungen und Vorgaben halten – ausgeschlossen natürlich Nothilfe –, sowie die Streichung und Umverteilung der Ausgaben für kirchliche Organisationen, politische Stiftungen und bestimmte Nichtregierungsorganisationen.“

Michael Georg Link (FDP) kritisierte indes, dass Auswärtiges Amt und BMZ ihre Maßnahmen oft nicht miteinander abstimmten und forderte mehr Kohärenz. Außerdem müssten deutlich mehr Mittel für internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria bereitgestellt werden statt auf bilaterale Projekte zu setzen. „Solange das nicht geschieht, sagen wir nicht einfach Ja zu Erhöhungen“, begründete der FDP-Politiker das Nein seiner Fraktion. Ähnlich argumentierte Uwe Kekeritz (Bündnis 90/Die

Grünen). Der BMZ-Etat 2018 mutiere zum „Bollwerk bilateraler Zusammenarbeit“, urteilte er, der multilaterale Anteil betrage gerade noch 20 Prozent. „Das ist eine klare Absage an die internationale Staatengemeinschaft.“ Globale Probleme löse man nur gemeinsam. Dem Minister warf Kekeritz vor, im Zuge des „Marschallplans mit Afrika“, der Grenzmanagement und Rückführungen vorsieht, Entwicklungspolitik zur „Flüchtlingsabwehr“ zu degradieren. Helin Evrim Sommer (Die Linke) wies auf darauf hin, dass der Anteil der ärmsten Empfängerstaaten an der deutschen Entwicklungszusammenarbeit seit Jahren schrumpfe. Außerdem sei die Tatsache, dass die Bundesregierung die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen in die Entwicklungsausgaben mit einrechnet, „absurd“. Das sei, „als würde man für einen Grillabend mit Freunden einkaufen, aber am Ende alles selber aufessen“. Für ihre Fraktion verlangte Sommer „mehr legale Fluchtwege nach Europa, offene Grenzen für Menschen in Not und eine wirkliche Bekämpfung von Fluchtersachen.“

Tritt auf die Bremse Für Unruhe sorgten bei fast allen Fraktionen und auch beim Minister selbst die Pläne von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD). Laut des-





Mit der „Magna Charta“ wurde eine sehr frühe Form des parlamentarischen Budgetrechts verankert. Englische Barone setzten ihr Mitbestimmungsrecht 1215 gegen König Johann Ohneland durch.

© picture-alliance/dpa/Heritage Images

Geldfragen, Machtfragen

RÜCKBLICK Das parlamentarische Haushaltsrecht hat eine lange Vorgeschichte. Ein Meilenstein in der demokratischen Entwicklung

Am Ende des Tages lag der dänische König Abel tot auf dem Schlachtfeld, von einem Friesenpfeil durchbohrt, und mit ihm zwei Drittel seiner Streitkräfte. Die Überlebenden des Ritterheeres waren auf der Flucht. Die Schlacht bei Oudenwort am 29. Juni 1252 ist ein Markstein in der friesischen Freiheitserzählung und ein denkwürdiges Datum in der Geschichte Schleswig-Holsteins.

Krisen der Monarchie waren oftmals Sternstunden ständischer Mitbestimmung.

Der Monarch hatte den Konflikt provoziert, indem er versuchte, bei seinen nordfriesischen Untertanen den „Pflugpfennig“ einzutreiben. Er biss auf Granit. Die friesischen Bauern verschworen sich, „sie wollten eher sterben“ als die Steuer bezahlen, „oder König Abel sollte sterben“. Geldfragen sind Machtfragen, das gilt seit jeher. Die Budgethoheit, das „Königsrecht“ des Parlaments, hat in Europa eine lange und durchaus auch blutige Vorgeschichte. Wer sollte das Sagen haben, das war immer wieder die Frage, der Monarch allein oder auch seine Untertanen, im Mittelalter vertreten durch die drei Stände der Geistlichkeit, des Adels und der Bürger. Verschärft stellte sich diese Machtfrage immer dann, wenn der Monarch sich in einer finanziellen Zwangslage veranlasst sah, seinen Untertanen neue Steuern abzufordern. „No taxation without representation“, keine Besteuerung ohne Volksvertretung war noch 1773 der Schlachtruf der rebellischen nordamerikanischen Kolonien Englands. Nicht von ungefähr empfahl im 16. Jahrhundert der französische Staatstheoretiker Jean Bodin, ein Gemeinwesen in erster Linie aus dem Vermögen des Monarchen, aus Kriegsbeute, Schenkungen und Tributzahlungen von Verbündeten, Handelserträgen sowie Zollerlösen zu finanzieren und nur im alleräußersten Notfall durch die Erhebung von Steuern. Nicht von ungefähr auch ging in der historischen Entwicklung der parlamentarischen Budgethoheit die Befugnis, Steuern zu bewilligen, dem Recht, auch über die Ausgaben des Staates zu entscheiden, um Jahrhunderte voraus.

Dass Krisen der Monarchie oftmals Sternstunden ständischer Mitbestimmung waren, verstand sich in dieser Konstellation von selbst. Zu den Unglücksraben der englischen Geschichte zählte König Johann mit dem bezeichnenden Beinamen „Ohneland“. Er hatte den riesigen Festlandsbesitz seiner Dynastie in der Normandie und im Südwesten Frankreichs an den französischen König Philipp August

verloren, der ihm obendrein im Juli 1214 bei Bouvines in der Gegend von Lille ein militärisches Desaster bereitete.

Magna Charta Die englischen Barone sahen ihre Chance. Ein knappes Jahr nach der Schlacht von Bouvines, im Juni 1215, pressten sie auf der Wiese von Runnymede am Themseufer bei Windsor dem geschlagenen Herrscher die Mutter aller Verfassungsurkunden ab, die Magna Charta. Zu ihren Bestimmungen zählte, dass neue Abgaben allein mit Billigung eines „Allgemeinen Rates“ erhoben werden durften, dem zunächst nur der Hochadel angehörte, und für den sich unter Johanns Sohn und Nachfolger Heinrich III. die Bezeichnung „Parlament“ einbürgerte.

Die Magna Charta war keineswegs das Ende, viel eher der Ausgangspunkt der Dauerspannung zwischen monarchischem und ständisch-parlamentarischem Machtanspruch, die jahrhundertlang Englands Geschichte begleitete. Auf die Versammlung von Runnymede folgte ein zweijähriger „Krieg der Barone“, um die Anerken-

nung der neuen Freiheiten durch den König mit Waffengewalt durchzusetzen. Ein weiteres Mal eskalierte der Konflikt unter Heinrich III., der wie der Vater mit kostspieligen und erfolglosen militärischen Abenteuern den Unmut der Barone erregt hatte. Im Juni 1258 trafen sich in Oxford englische Magnaten mit 150 Vertretern des ländlichen Kleinadels und einigten sich auf die Forderung nach einer grundlegenden Reform der Monarchie. Unter anderem sollte das Parlament künftig dreimal im Jahr zu festen Terminen zusammenkommen und in der Zwischenzeit ein 15-köpfiger Ausschuss die königliche Regierung kontrollieren.

Die folgende Ereignisse sind als der „Zweite Krieg der Barone“ in die englische Geschichte eingegangen. Im Mai 1264 siegten die Aufständischen in der Schlacht bei Lewes und nahmen den Monarchen in ihre Obhut. Im August 1265 wurden sie zwar bei Evesham geschlagen, doch war die Verstetigung und Konsolidierung parlamentarischer Mitbestimmung in England fortan nicht mehr aufzuhalten.

Neben dieser insularen gibt es auch eine kontinentale Wurzel des europäischen Parlamentarismus, und zwar in den südlichen Niederlanden, dem heutigen Belgien, wo freilich die Entwicklung zu-

nächst weniger gewalttätig verlief. Hier entstand ein knappes Jahrhundert nach der Magna Charta im September 1312 die erste Verfassungsurkunde auf dem europäischen Festland, die Charta von Kortenberg, in der sich der Herzog und die Stände von Brabant auf gemeinsame Grundsätze der Landesregierung einigten.

Direkter Anlass war wieder ein Schwächezustand, gepaart mit finanzieller Notlage, der Monarchie. Herzog Johann II. war schwer erkrankt und hoffte, durch Zugeständnisse die Nachfolge seines noch minderjährigen Sohnes absichern zu können. In der östlich von Brüssel gelegenen Benediktinerinnenabtei Kortenberg fand die entscheidende Versammlung von Vertretern des Adels und der Städte statt. In finanzpolitischer Hinsicht war die Charta rigoros. Der Herzog durfte überhaupt keine Steuern erheben, außer in Fällen, die ihm persönlich nahegingen. Wenn etwa ein Sohn zu Ritter geschlagen wurde, eine Tochter heiratete oder er selbst in Gefangenschaft geriet. Und auch dann waren die Abgaben so bescheiden zu bemessen, dass kein Untertan „verletzt“ wurde.

Zur Überwachung der herzoglichen Regierung wurde ein 14-köpfiger Ausschuss aus Vertretern von Ritterschaft und Städten eingesetzt, der alle drei Wochen in Kor-

tenberg tagen sollte. Vereinbart war auch ein Widerstandsrecht der Stände in Fällen, in denen der Herzog sich nicht an die Abmachungen hielt. Von der Magna Charta hob sich die Kortener Urkunde zudem dadurch ab, dass ihre Rechtsschutzgarantien von vornherein nicht allein den höheren Adel, sondern alle Bürger, in damaligem Niederländisch „riken ende armen“, betrafen. Bestätigt und erweitert wurde die Charta von Kortenberg im Januar 1356 durch die „Blijde Inkomst“, zu Deutsch etwa „Fröhlicher Einzug“. Der Name bezog sich auf die Tradition, dass jeder neue Landesherr bei Regierungsantritt von Stadt zu Stadt zog, um auf die hergebrachten Privilegien zu schwören. Auch die Blijde Inkomst enthielt im Kern die Bestimmung, dass der Herzog ohne Zustimmung der Stände weder Steuern erheben noch Krieg führen durfte.

Die Brabanter Verfassungsurkunden wirkten weit in die Zukunft. Als 1581 die Generalstände der nordniederländischen Provinzen Spaniens König Philipp II. als Landesherrn für abgesetzt erklärten, berie-

fen sie sich unter anderem auf die Charta von Kortenberg, die Blijde Inkomst und das dort fixierte Widerstandsrecht.

In Deutschland haben parlamentarische Traditionen ihre tiefsten Wurzeln im Südwesten. So kam im Jahr 1357 die damalige Bundespost dazu, das 500-jährige Bestehen des altwürttembergischen Landtages mit einer Sondermarke zu würdigen.

In Deutschland haben parlamentarische Traditionen ihre tiefsten Wurzeln im Südwesten.

In der Tat sind für 1457 erstmals zwei Ständeverfassungen quellenmäßig zu belegen, die in Stuttgart und Leonberg tagten, jeweils eine für die beiden Hälften der damals zwischen zwei Linien des Herrscherhauses geteilten Grafschaft Württemberg. Wie üblich, ging es um Geld. Ein Krieg mit der benachbarten Kurpfalz stand bevor, der wollte finanziert werden.

Mit dem Vertrag von Tübingen gelang es 1514 den württembergischen Ständen, ihre Mitwirkungsrechte in dem mittlerweile wiedervereinigten und zum Herzogtum erhobenen Landes zu kodifizieren. Im Gegenzug übernahmen sie die Schulden des nahezu bankrotten Herzogs Ulrich. Auch der Tübinger Vertrag, der bis 1805 als Verfassung Württembergs wirksam blieb, enthielt im Kern die klassische Klausel, dass Steuererhebung wie Kriegführung der Zustimmung der Stände bedurfte.

Nach 1848 In den Jahren nach dem Wiener Kongress waren die Landtage des Großherzogtums Baden und des Königreichs Württemberg Plattformen des Vormärz-Liberalismus, während im übrigen Deutschen Bund weithin der Absolutismus herrschte. Das änderte sich mit der als nationales Einigungsprojekt gescheiterten, als Reformprojekt teilweise erfolgreichen Revolution von 1848. Jetzt erhielten die Parlamente in Deutschland das Recht, außer den Einnahmen auch die Ausgaben des Staates zu bewilligen. Erst jetzt gab es seit 1850 auch in Preußen eine Verfassung, die in Artikel 99 bestimmte: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im Voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.“ Damit war erstmals in Deutschland ein modernes Haushaltsrecht formuliert. *Winfried Dolderer*

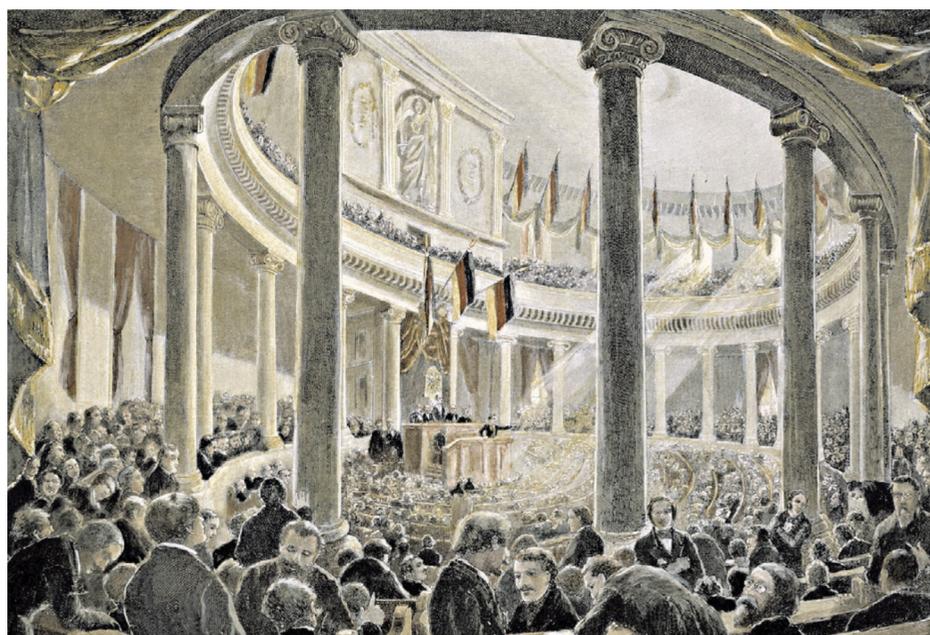
KOMPAKT

So wird ein Haushalt gemacht

> Vorarbeiten Zunächst müssen sich die Ressorts einigen. Nach einem Eckwertebeschluss der Bundesregierung geht es in die Feinabstimmung zwischen den Ministerien. Dabei hat das Finanzministerium den Hut auf – doch am Ende steht wieder ein Kabinettsbeschluss an.

> Im Parlament Der Regierungsentwurf geht an den Bundesrat und den Bundestag. Nach der umfangreichen ersten Lesung schlägt die Stunde der Haushälter – in intensiven Berichterstattergesprächen mit den jeweiligen Ministerien, in Einzelplanberatungen in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuss.

> Beschluss Auf die Zielgerade biegen die Haushälter mit der sogenannten Bereinigungssitzung ein, bis in die frühen Morgenstunden wird abgestimmt und der Entwurf finalisiert. Es folgt die intensive zweite Lesung aller Einzelpläne im Plenum, bevor mit der dritten Lesung der Bundestag sein Königsrecht wahrnimmt und den Haushalt beschließt. Legt der Bundesrat keinen Einspruch ein, steht der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt nichts mehr im Wege. *scr*



Die Eröffnung der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848: Mit den Umwälzungen der Zeit etablierte sich das klassische Haushaltsrecht.

©picture-alliance / akj-images

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Nein Stunden lang hatten die 28 Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel Ende Juni um eine gemeinsame Position in der Migrationsfrage gerungen. Morgens um kurz nach halb fünf stand der Kompromiss: Die Außengrenzen sollen besser geschützt, regionale Ausschiffungsplattformen außerhalb der EU sowie zentrale Aufnahmelager innerhalb der EU geschaffen werden. Ratspräsident Donald Tusk klang nach der Sitzung dennoch nicht euphorisch: „Es ist zu früh, um über einen Erfolg zu reden.“

Tatsächlich stellt sich jetzt die Frage, wie die EU-Staaten das Vereinbarte konkret umsetzen wollen. „Der Juni-Gipfel hat Zeit gekauft, aber in den kommenden Jahren und Monaten muss noch viel mehr gemacht werden“, urteilt Janis Emmanouilidis von der Denkfabrik European Policy Centre.

Österreicher am Zug An diesem Donnerstag kommen die EU-Innenminister im österreichischen Innsbruck zusammen, um über die weiteren Schritte zu beraten. Das Alpenland wird in den kommenden sechs Monaten eine gewichtige Rolle bei der Umsetzung einnehmen, schließlich hat es seit einer Woche die EU-Ratspräsidentschaft inne.

Er freue sich über die „Trendwende“, die der EU-Gipfel im Kampf gegen illegale Migration gebracht habe, erklärte Bundeskanzler Sebastian Kurz bei der Präsentation seines Programms im Europäischen Parlament in Straßburg. Und sicherte zu: Er wolle „Brückenbauer“ sein und im Bereich Migration und Asyl und der Verstärkung der EU-Außengrenzen konkrete Beschlüsse erreichen. „Wir müssen in der Lage sein zu entscheiden, wer in die EU kommen darf und wer nicht“, betonte er.

Für ihn als 31-Jährigen sei das gemeinsame Europa „eine Selbstverständlichkeit“, betonte Kurz, dem viele Abgeordnete in der anschließenden Debatte vorwarfen, das Thema Migration vor allem mit Angst und dem Thema Sicherheit zu verknüpfen. Er habe gelernt, dass Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit ohne Abstriche verteidigt werden müssten, entgegnete Kurz. „Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit es wieder ein Europa ohne Grenzen gibt.“

Ob dafür nationale Maßnahmen notwendig sind, wie die deutsche CSU sie fordert, ließ Kurz in Straßburg offen. Zur Einigung zwischen CDU und CSU, der zufolge an der deutsch-österreichischen Grenze Transitzentren für Flüchtlinge eingerichtet werden sollen, für deren Asylverfahren ein anderes EU-Land zuständig ist, sagte er lediglich: „Wenn das so gehandhabt wird wie derzeit angekündigt, dann ist es das Land Deutschland, das hier nationale Maßnahmen setzt, und andere Länder wie Österreich werden natürlich dementsprechend darauf reagieren.“

Bilaterale Abkommen Der Kernpunkt des Unionsstreits, die Weiterreise von registrierten Asylbewerbern in andere EU-Länder, hatte beim EU-Gipfel nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Im Abschlussdokument wird lediglich an die Mitgliedsländer appelliert zu verhindern, dass Migranten das Land ihrer Einreise in die EU verlassen. Nun wird der Abschluss von bilateralen Abkommen eine der Herausforderungen für Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) sein. Spanien und Griechenland haben ihre Bereitschaft zu solchen Abkommen erklärt. Auch mit Österreich will die Bundesregierung eine Vereinbarung schließen. Doch dort ist man skeptisch. „Diese Vereinbarung gibt es bis dato nicht“, sagte der österreichische Innenminister Herbert Kickl vergangene Woche.

Der Streit geht weiter

EUROPA Über die Ziele in der Migrationspolitik besteht seit dem EU-Gipfel weitgehend Einigkeit, die Umsetzung gestaltet sich aber zäh



Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz vergangene Woche im Europäischen Parlament. Sein Land hat bis Ende des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft inne und damit eine Schlüsselrolle bei der Ausarbeitung der neuen Asylpolitik.

„Und ich kann mir nur sehr schwer vorstellen, dass es die geben wird.“ Italien hat bisher ebenfalls kein Interesse signalisiert. Unklarheiten gibt es zudem in Bezug auf die europäische Grenzschutzbehörde Frontex. Die Staats- und Regierungschefs hatten ihr auf dem Gipfel mehr finanzielle Ressourcen und ein erweitertes Mandat in Aussicht gestellt. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger hat vorgeschlagen, die Zahl der europäischen Grenzschützer von 1.500 auf 10.000 Personen auszuweiten. Doch das bezog sich auf die kommende Fi-

nanzperiode ab dem Jahr 2021. EU-Diplomaten gehen davon aus, dass das Personal deutlich schneller aufgestockt werden soll.

Streit um Plattformen Ebenso vage ist der Beschluss zu den regionalen Ausschiffungsplattformen. Aus Seenot gerettete Migranten sollen zu diesen Plattformen gebracht werden, bevor sie europäischen Boden erreichen. Dort würde dann überprüft, ob sie Anrecht auf Asyl haben oder es sich um Wirtschaftsmigranten handelt. Die Zentren sollen in Zusammenarbeit mit

dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Ländern außerhalb der EU betrieben werden.

Die Staats- und Regierungschefs wollen dieses Konzept schnell prüfen lassen. Bisher ist allerdings völlig ungewiss, in welchen Ländern die Plattformen entstehen könnten. Albanien, Tunesien und Marokko haben die Idee bereits abgelehnt. Sie befürchten, dass die Zentren weitere Migranten anziehen könnten.

Der niederländische Premier Mark Rutte hatte schon im Vorfeld des Gipfels seine Bereitschaft betont, Länder zu besuchen, die für die Zentren in Frage kommen, um mit ihnen über die Konditionen zu verhandeln. Er könne sich zudem vorstellen, dass Staats- und Regierungschefs in Kleingruppen vor Ort sondieren.

Klar scheint aber auch: Die Staaten werden absehbar Gegenleistungen für solche Zentren auf ihrem Territorium verlangen. Dabei dürfte es nicht nur um Geld gehen, sondern auch um einen besseren Zugang

zum europäischen Markt, etwa für Agrarprodukte. Südeuropäische Länder, die ähnliche Produkte wie die nordafrikanischen Staaten herstellen, sind bisher aber nicht willens, den europäischen Agrarprotektionismus herunterzufahren.

Für Migranten, die in EU-Gewässern gerettet werden, soll es künftig kontrollierte Zentren in den Mitgliedstaaten geben. Ob sie solche Zentren aufbauen, sollen die Mitglieder aber selbst entscheiden können. Bisher hat sich dafür nur Griechenland bereit erklärt. Unklar bleibt, ob und in welcher Weise sich Länder, die keine solchen Zentren einrichten, alternativ engagieren müssen.

Grundsätzlich verständigt haben sich die EU-Mitglieder darauf, Drittstaaten dafür zu bezahlen, dass sie die Zahl der neu ankommenden Migranten niedrig halten. So hat der Europäische Rat eine zweite Tranche über drei Milliarden Euro für die Türkei beschlossen. 500 Millionen Euro werden aus dem Europäischen Entwicklungsfonds umgeschichtet in den Afrika-Fonds der Europäischen Union.

Mangelnde Solidarität Bei vielen Punkten gibt es jedoch noch immer keinen Durchbruch. So bleibt die Frage unbeantwortet, wie viel Solidarität die einzelnen Länder bei der Aufnahme von Flüchtlingen aufbringen sollen – ein zentraler Punkt auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Migrationssystem. An ihm scheitert bisher vor allem die Reform der Dublin-III-Verordnung, die Ländern an den EU-Außengrenzen die Hauptlast aufbürdet. Grundsätzlich ist das Land für einen Flüchtling oder Migranten zuständig, in dem dieser zum ersten Mal europäischen Boden betritt. Länder wie Polen und Ungarn lehnen Quoten zur Umverteilung nach wie vor ab. In Brüssel wird deshalb seit geraumer Zeit über eine „differenzierte Solidarität“ diskutiert, bei der Mitgliedstaaten sich beispielsweise stärker beim Grenzschutz einbringen könnten, dafür aber weniger Flüchtlinge aufnehmen müssten. Die Bundesregierung lehnt das entschieden ab. „Es muss eine Mindestbeteiligung bei allen Formen der Solidarität geben“, heißt es dazu aus Regierungskreisen.

Die Reform der Dublin-III-Verordnung gehört zu dem Gesetzespaket, das die Staats- und Regierungschefs eigentlich bis Jahresende abschließen wollen. Von den darin enthaltenen sieben Vorhaben sind aber nur fünf weitgehend ausgehandelt. Neben der Dublin-Verordnung ist auch der Vorschlag zu den Asylverfahren weiter strittig. Dabei geht es darum, die Asylverfahren in den Mitgliedsländern anzunähern, damit die Anerkennungsraten in den Mitgliedsländern nicht so stark variieren wie bisher. Dies würde Sekundärbewegungen eindämmen: Asylbewerber hätten weniger Anreiz in ein Land weiterzuziehen, in dem sie sich bessere Anerkennungschancen versprechen.

»Alles ein Paket« Unter den EU-Mitgliedstaaten herrscht Konsens, dass Asylverfahren schneller und effizienter ablaufen müssen und es in der Europäischen Union eine einheitliche Liste von sicheren Drittstaaten geben sollte. Aber so lange zur Dublin-III-Verordnung keine Einigung erzielt wird, lassen grundlegende Lösungen auf sich warten, weil es zu viele Querverbindungen gibt. „Alles ist ein großes Paket“, heißt es dazu in Brüssel. Schnellen Fortschritt bei den Diskussionen zur Dublin-III-Verordnung erwartet niemand. Ein expliziter Hinweis in den Ratschlussfolgerungen, dass die österreichische Präsidentschaft „weiterhin daran arbeiten“ solle, wurde aus der Endversion gestrichen. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

»Die europäische Sicherheitsarchitektur ist in die Jahre gekommen«

DORIS BARNETT Die Vorsitzende der deutschen Delegation der Parlamentarierversammlung der OSZE setzt auf neue Initiativen für Rüstungskontrolle und den Dialog mit Russland

Frau Barnett, die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit tagt diese Woche in Berlin. Wo liegen die Schwerpunkte und was hat es mit der „Berliner Erklärung“ auf sich, die bei dem Treffen verabschiedet werden soll?

Bei der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE in Berlin diskutieren wir über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich der Sicherheit und Zusammenarbeit. Insbesondere geht es dabei um die Rolle der Parlamente bei der Umsetzung der OSZE-Vergabungen. In den drei Allgemeinen Ausschüssen der PV wurden dazu Entscheidungsentwürfe vorbereitet. Sie sprechen eine breite Palette an Tendenzen, Problemen und Aufgaben an: Von der Reform des Sicherheitssektors und Abrüstung über die Digitalisierung und ökologische Folgen bewaffneter Konflikte bis hin zur Zunahme unprofessioneller Wahlbeobachtung und Regulierung

des Internets. In der Berliner Erklärung fassen wir schließlich unsere Einschätzungen und Empfehlungen zusammen und richten sie an den Ministerrat der OSZE.

Die OSZE wurde im Kalten Krieg gegründet, um für Sicherheit in Europa zu sorgen. Viele Vereinbarungen sind aber entweder veraltet oder werden unterlaufen. Kann die Organisation ihre Aufgabe noch erfüllen?

Die europäische Sicherheitsarchitektur ist in der Tat in die Jahre gekommen und muss umfassend reformiert werden. Zum einen stehen wir vor neuen technologischen Herausforderungen, zum anderen besteht heute kein Konsens mehr über die Grundsätze der sicherheitspolitischen Ordnung. Aber die zehn Prinzipien der Schlussakte von Helsinki sind nach wie vor aktuell: etwa die Unverletzlichkeit der Grenzen, die friedliche Regelung von Streitfällen, Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dazu haben wir bisher keine überzeugende Alternative. Auch der umfassende Sicherheitsbegriff, der politisch-militärische, wirtschaftliche, ökologische und humanitäre Aspekte der Sicherheit einschließt, hat sich als unabdingbar erwiesen. Gerade in den letzten Jahren sind die Stärken der

OSZE als Plattform für Dialog wieder deutlich geworden.

Bei der russischen Annexion der Krim und beim fortgesetzten Konflikt in der Ostukraine handelt es sich um fundamentale Verletzungen von OSZE-Prinzipien. Lässt sich nach einem solchen Bruch überhaupt neues Vertrauen aufbauen und wie kann das geschehen?

Vertrauensbildung ist ein sehr komplexer Prozess. Die Einhaltung der beschlossenen Vereinbarungen ist dabei eine der wichtigsten Voraussetzungen. Da bleiben wir bei unseren Forderungen. Wir müssen aber auch über die Unterschiede in der Interpretation von Ereignissen und in der Wahrnehmung von Bedrohungen und Risiken reden. Wichtig ist es außerdem, mehr Transparenz zu schaffen. Hierzu soll auch der sogenannte „Strukturierte Dialog“ beitragen – ein OSZE-Format, das 2016 während des deutschen OSZE-Vorsitzes initiiert wurde. Der „Strukturierte Dialog“ findet auf exekutiver Ebene statt und ermöglicht es, eine solide Faktenbasis zu entwickeln und die Perzeptionsdifferenzen aufzuzeigen. Wir Parlamentarier leisten aber auch unseren Beitrag zur Vertrauensbildung, unter anderem indem wir uns über verschie-

dene Narrative austauschen und nach gemeinsamem Nenner suchen.

Inwieweit steht das Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung und Verteidigung auszugeben im Widerspruch zum Geist von Helsinki und zur Charta von Paris? Was kann die OSZE tun, um eine drohende Rüstungspirale in Europa abzuwenden?

Wir brauchen ein modernes, funktionsfähiges Militär und müssen unsere Streitkräfte der veränderten internationalen Sicherheitslage anpassen. Andererseits darf die Aufstockung des Wehretats kein Selbstzweck werden. Wir benötigen dringend neue Ideen und Initiativen für Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Der bereits erwähnte „Strukturierte Dialog“ der OSZE bietet hierfür gute Chancen.

Außenpolitik besteht in erster Linie in exekutivem Handeln, was kann die Diplomatie von Parlamentariern ergänzend oder daneben bewirken?

Verglichen mit der Diplomatie auf Regierungsebene steckt die parlamentarische Diplomatie noch in Kinderschuhen. In der Parlamentarischen Versammlung der OSZE entwickeln wir neue Wege zur Verständigung. In Situationen, in denen schon die Regierungen der Teilnehmerstaaten an ihre Grenzen stoßen, sind wir Parlamentarier oft in der Lage, den Dialog zwischen Konfliktparteien aufrechtzuerhalten. Um Konflikte zu lösen oder zu verhindern, braucht es Bemühungen aller Akteure: Regierungen, Parlamentarier, Zivilgesellschaft und auch Wirtschaft.



Doris Barnett (SPD)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Das Interview führte Alexander Heinrich

Die SPD-Bundestagabgeordnete Doris Barnett leitet seit 2009 die deutsche Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).



Griechenlands Premier Alexis Tsipras (links) musste seit seinem Amtsantritt im Jahr 2015 harte Sparmaßnahmen durchsetzen, darunter auch drastische Renten Kürzungen. Im Januar 2019 sollen die Renten erneut gesenkt werden – Ende Juni gingen dagegen Hunderte auf die Straße. © picture-alliance/dpa/Robert Geiss

Gute Zahlen, schlechte Lage

GRIECHENLAND Der Umbau von Staat und Verwaltung ist in vollem Gange, doch es bleibt viel zu tun

Zu Tausenden fliegen sie ein in diesen heißen Sommerwochen in Athen. Touristen, Tagesgäste und Geschäftsleute aus aller Welt fahren mit Taxen, Bussen und Bahnen im Minutentakt vom Flughafen „Eleftherios Venizelos“ in die Athener Innenstadt. Hoteliers, Händler und Tavernenwirte erwarten in der griechischen Hauptstadt und in den beliebten Urlaubsregionen eine neue Rekord-Saison. Mehr als 30 Millionen Gäste dürfen Griechenland am Ende dieses Jahres besucht haben – die Buchungszahlen haben schon im Frühling viele Erwartungen übertroffen. Seit die ersten Direktflüge aus China ins griechische Reiseprogramm aufgenommen wurden, sind zwischen Akropolis, Nationalgarden und Benaki-Museum zusätzlich auffallend viele Asiaten unterwegs. Auch sie wollen sich einen eigenen Eindruck vom Krisenland Nummer eins in Europa machen. Die Besucher sehen auf den ersten Blick – und eigentlich auch auf den zweiten – wenig von dem Leid, das die langen Jahre des Sparens vielen Griechen gebracht haben. Nur wer sich jenseits der Plaka, der Altstadt von Athen, bewegt, stößt schnell auf baufällige Häuser, auf karge Läden mit spärlichem Sortiment, auf Menschen, die tatsächlich von der Hand in den Mund leben müssen.

»Das Land kann wieder unabhängig auf beiden Füßen stehen.«

Pierre Moscovici, EU-Finanzkommissar

Wichtigste Wirtschaftsbranche Vor allem im Tourismus gehen die Geschäfte bestens: Santorin und andere Kykladen-Inseln werden im Hochsommer überrannt, auch Sehenswürdigkeiten wie die berühmten Meteora-Klöster im Norden des Landes. So sehr, dass auf der diesjährigen Internationalen Tourismus Börse ITB in Berlin das Schlagwort „Overtourism“ auch für den griechischen Reisemarkt diskutiert wurde. Tourismus-Ministerin Elena Kountoura verbreitete freundlich lächelnd auf eben dieser Reise-Messe großen Optimismus – als Mitglied der Syriza-Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras weiß sie, dass es ihr Land und somit auch ihre Regierung ohne die Zugmaschine Tourismus in den vergangenen Jahren nicht geschafft hätte, das Land aus dem tiefen Schlamm der schlimmsten Krisenjahre zu ziehen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Tourismus in Griechenland längst die wichtigste Wirtschaftsbranche. Von momentan knapp 20 Prozent am gesamten BSP könnte dieser Anteil noch um einige

Prozentpunkte klettern. Das leichte Wirtschaftswachstum Griechenlands von etwas mehr als einem Prozent nährt sich aber auch aus anderen Branchen, in denen griechische Firmen europaweit und manche auf der ganzen Welt konkurrenzfähig sind: Der Baustoffhandel gehört dazu, einige IT-Bereiche, Biotechnologie und höherwertige landwirtschaftliche Produkte. Die Kernfrage in diesem Sommer heißt für Regierung und Bevölkerung gleichermaßen, ob das Wirtschaftswachstum ausreicht und noch kräftiger werden kann, um den Wechsel des Landes raus aus dem letzten noch laufenden Milliardenhilfsprogramm in die finanzielle Eigenständigkeit abzusichern. Optimismus ist bei Wirtschaftsförderern und Unternehmern zu spüren, die den Sprung bereits geschafft haben. Darunter Theodoros Kanakas, ein Reis-Unternehmer aus Thessaloniki. Kanakas beschäftigt in seinem Familienunternehmen rund hundert Mitarbeiter, vermarktet jährlich etwa 60.000 Tonnen Reis. Was früher als Rohprodukt nach Italien geliefert wurde, wird inzwischen in Nordgriechenland gesäubert, sortiert und weiterverarbeitet. „Als ich auf meiner ersten Messe in Deutschland erklärt habe, was die Großbuchstaben G und R für uns heißen, nämlich ‚Greek Rice‘, da haben es einige Leute zunächst mal nicht glauben können, dass dieser Reis tatsächlich aus Griechenland kommt. Wir machen viel Werbung in Europa – um zu zeigen, dass es sehr guten Reis aus Griechenland gibt.“ Wichtig für dieses Unternehmen wie für viele andere griechische Lebensmittelhersteller war ein Lernprozess, der noch lange nicht abgeschlossen ist: Griechische Produkte müssen besser verpackt und vermarktet werden. Das fordern Unternehmerverbände und Wirtschaftsförderer immer wieder. Beim Olivenöl war und ist das einer der Hauptgründe, warum in nordeuropäischen Regalen immer noch zu selten gutes Olivenöl aus griechischer Produktion zu finden ist. In dieser Traditionsbranche ist Aufbruchsstimmung spürbar, beflügelt von einer extrem guten Olivenernte 2017. Auch in Teilen der Landwirtschaft oder in der Lebensmittelindustrie sorgt das für wachsende Umsatzzahlen. Darüber hinaus sind neue griechische Modemarken entstanden, Start-Ups im Athener Stadtteil Kalithea – millienschwer unterstützt aus Kalifornien – forschen an neuen Formen der digitalen Ver-

netzung, beispielsweise im Gesundheitswesen. All das zusammengenommen sind wichtige Impulse, die irgendwann auch in der Bevölkerung spürbar sein werden, meint Panaiotis Petrakis, Ökonom an der Athener Universität. „Wir sehen am Horizont, dass es in die richtige Richtung geht“, meint der Wirtschaftsprüfer, „nur bleibt das Problem, dass ausgerechnet die regierende linke Syriza-Regierung ein Sparprogramm umsetzen musste, das ihre eigene Wählerschicht massiv enttäuscht hat“. Deshalb, urteilt Petrakis, müsse die Politik die soziale Frage in den kommenden Jahren anders angehen und für Ausgleich sorgen für die harten Einschnitte der vergangenen Jahre. Diese Erkenntnis scheint selbst in Kreisen der sogenannten „Kontrolleure“ die Runde zu machen. Die Austeritätspolitik, die einen knallharten Sparkurs in fast allen gesellschaftlichen Bereichen forciert hat, ist längst an ihre Grenzen gestoßen. Das sehen auch die Experten, die im Auftrag der Europäischen Zentralbank EZB, des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und der EU-Kommission regelmäßig mit Vertretern der griechischen Regierung zum Beispiel darüber verhandelt haben, wo und wie der griechische Staat seine Ausgaben im Sozialen weiter kürzen muss. Eine Apothekerin aus

Athen macht die Rechnung vor: 2.400 Euro stand ursprünglich auf ihrem Rentenbescheid – die Summe hat sich im Laufe der vergangenen Jahre erst halbiert, um dann weiter auf tausend Euro im Monat zu sinken. Durch die im Januar 2019 zusätzlich geplante Rentenkürzung würden ihre Bezüge bei 800 Euro landen. Und anders als der ehemaligen Apothekerin im Ruhestand droht den vielen hunderttausend Rentnern mit karger Rente von nur 200 oder 300 Euro nach der Verarmung die Verelendung. Aus griechischen Regierungskreisen kommt deshalb immer wieder die Nachricht, Ministerpräsident Tsipras lasse in diesen Wochen Möglichkeiten prüfen, die neue Kürzungsrunde für die Rentner ausfallen zu lassen – vorerst jedenfalls.

Letzte Tranche Der Monat Juni war aus Sicht der Euro-Finanzminister ein entscheidender Monat. Endgültig haben sie bei ihrem Treffen in Luxemburg den Weg frei gemacht für Griechenlands Rückkehr in die finanzielle Unabhängigkeit. Wenn im August die letzte Tranche des aktuell noch laufenden Milliarden-Hilfspakets – etwa 15 Milliarden Euro – ausbezahlt wird, will und wird das Land sich mit eigenen finanziellen Polstern und frischem Kapital vom internationalen Finanzmarkt selbst versorgen kön-

nen. „Das ist ein neues Kapitel, das Griechenland aufschlägt. Das Land kann wieder unabhängig auf beiden Füßen stehen“, urteilt EU-Finanzkommissar Pierre Moscovici vergangene Woche in seiner Rede vor dem Parlament in Athen. Andere Experten haben da gehörige Zweifel, doch angesichts neuer Negativ-Nachrichten aus Italien scheint der Optimismus für Griechenland im Moment nach offizieller EU-Lesart alternativlos. Es dürfte damit im Spätsommer eine relativ weiche Landung auf dem freien Finanzmarkt geben; die griechische Regierung hat dazu milliardenschwere Finanzpolster angespart, die freilich auch zum Großteil mindestens indirekt aus den Taschen der Bevölkerung stammen. Die Zahlen sind gut, die Lage noch lange nicht – dieser Satz ist immer wieder zu hören in Athen oder Thessaloniki. Griechische Journalisten sprechen ihn genauso aus wie Wirtschaftsberater oder Politiker, die es ehrlich meinen. Der Satz bezieht sich im Kern auf den Primärüberschuss, also die Wirtschaftsleistung, die Griechenland momentan erzielt, wenn man die Schulden außen vor lässt. Es gibt Vorgaben aus dem Spar- und Reformpaket, diesen Primärüberschuss nicht unter 3,5 Prozent sinken zu lassen. Erkauft hat sich die griechische Regierung den Überschuss bei der eigenen Bevölkerung – durch immer neue Steuererhöhungen und Lohn- oder Rentenkürzungen. Auf vielen griechischen Inseln gilt inzwischen der hohe Mehrwertsteuersatz von 24 Prozent, selbst Klein-Unternehmer werden penibel kontrolliert, ob sie ihre Steuern abführen. Öffentlichkeitswirksame Steuerkontrollen in Cafés oder Tavernen sollen zusätzlich Steuerhinterzieher abschrecken, das Bezahlen mit EC-Karte setzt sich weiter durch. Wie sehr das tatsächlich die Steuerehrlichkeit fördern konnte, ist allerdings unklar. Während „Transparency International“ Griechenland auf der Liste der durch Korruption belasteten Länder auf eine etwas erfreulichere Position gesetzt hat, machen gleichzeitig Berichte die Runde, die Alltagskorruption habe wieder leicht zugenommen. Schwarz bezahltes Geld, das Behandlungen in Krankenhäusern besser oder schneller machen soll, gehört weiter zum Alltag. Genauer der Geldschein, der auf dem Amt inoffiziell verlangt und bezahlt wird, um Genehmigungen oder andere Formalitäten zu beschleunigen. Griechenland hat seine Hausaufgaben gemacht, heißt es dennoch aus Brüssel und seitens deutscher Regierungsmitglieder. Der Umbau des griechischen Staats- und Verwaltungsapparats, wie ihn die Geberländer als Bedingung für Hilfgelder immer wieder eingefordert haben, ist tatsächlich im Gan-

ge. Die Zahl der Staatsbediensteten beispielsweise ist seit 2010 um rund 20 Prozent zurückgegangen. Doch es bleibt in viel zu tun – auch und gerade auf kommunaler und regionaler Ebene. Hier haben Deutschland und Griechenland immer wieder versucht, Erfahrungen auszutauschen. Ein wichtiges Gesicht dieses Dialogs ist gerade ausgewechselt worden – der bisherige Beauftragte der Bundesregierung für Griechenland, Hans-Joachim Fuchtel (CDU), ist als Parlamentarischer Staatssekretär aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ins Agrarressort gewechselt. Sein Nachfolger als Staatssekretär im BMZ, Norbert Barthle, hat beim Stabwechsel vergangene Woche in Athen versprochen, dass er mit neuen, anderen Schwerpunkten das inzwischen wieder recht gute deutsch-griechische Verhältnis weiter pflegen will.

Kaum Alternativen Dies alles sind für die von Alexis Tsipras geführte griechische Regierung wichtige Signale, die den Ministerpräsidenten trotz schlechter Umfragewerte weiterhin relativ gelassen im Amt erscheinen lassen. Der hat auch allen Grund dazu: Die Opposition tut sich schwer, dem Volk eine echte Alternative zu bieten; mit dem Spar- und Reformkurs muss es für Griechenland auf lange Sicht weiter gehen. Der EU ist der stets dynamisch auftretende griechische Ministerpräsident ein zuverlässiger Partner geworden. An einem Politik-Wechsel scheint im Norden Europas niemand im Moment wirklich Interesse zu haben – auch mit Blick auf die Schwierigkeiten mit Italien sowie dem Nachbarn Türkei. Aber Tsipras weiß auch, dass er im eigenen Land wichtige soziale Versprechen seit seinem Wahlsieg 2015 nicht halten konnte. Und er beispielsweise mit zu verantworten hat, dass Griechenland bei der Unterbringung und Versorgung der vielen Flüchtlinge an vielen Stellen Probleme hat. Die Zeit bis zur nächsten Parlamentswahl im September 2019 läuft – und bleibt auch für den gewiefen Taktiker Tsipras eine schwierige. Die griechische Bevölkerung mag von wirklich besseren Zeiten eh schon lange nicht mehr träumen.

Michael Lehmann

Der Autor ist Hörfunk-Korrespondent der ARD für Griechenland und Zypern.



AUFGEKEHRT

Der Stress an der Ampel

Bodenständig, arbeitsam, genügsam – so werden gemeinhin die Niedersachsen beschrieben. Humorvoll weniger. Das musste jetzt wieder das Verkehrsministerium in Hannover eindrucksvoll unter Beweis stellen. Es will auf keinen Fall, dass in Hameln das Ampelmännchen durch den berühmten Rattenfänger ersetzt wird, der im 13. Jahrhundert mit seiner Pfeife erst Ratten, dann Kinder aus der Stadt gelockt haben soll. So wollte es ein einstimmiger Stadtratsbeschluss zu Tourismuszwecken, nur für eine einzige Ampel. Geht gar nicht, mauerten die staubtrockenen Beamten in der Landeshauptstadt. Gesetzlich seien nun mal bundesweit einheitliche Verkehrszeichen vorgesehen. Ganz humorlos ging sogleich Hamelns Stadtrat auf die Knie und will nach der Sommerpause seinen Rattenfänger-Ampel-Beschluss wieder rückgängig machen. So gesetzestreu ist man allerdings nicht überall in Deutschland, jedenfalls wenn es um Ampeln geht. So hat Worms ein Luther-Symbol als Ampelmännchen, Trier Karl Marx, Mainz die Mainzelmännchen und Augsburg den Kasper aus der Puppenkiste. Aber wozu eigentlich der ganze Stress? Brauchen wir überhaupt Ampeln, ob als Rattenfänger, Kasper oder Ampel-Mädchen? Viele haben es bemerkt: Fällt mal eine Ampel aus, läuft der Verkehr so gleich flüssiger. Autofahrer konzentrieren sich mehr und rasen nicht bei dunkelgelb über die Kreuzung. Daraus hat das polnische Posen längst seine Schlüsse gezogen und im Zentrum die Ampeln ausgeschaltet. Mit guten Erfahrungen. Vielleicht sollte man Ampeln künftig nur noch politisch gebrauchen, für Rot-Gelb-Grün-Koalitionen. Dann braucht man auch über den Humor von Niedersachsen nicht mehr zu reden. *Hans Krump*

VOR 25 JAHREN...

GSG-9-Einsatz mit Folgen

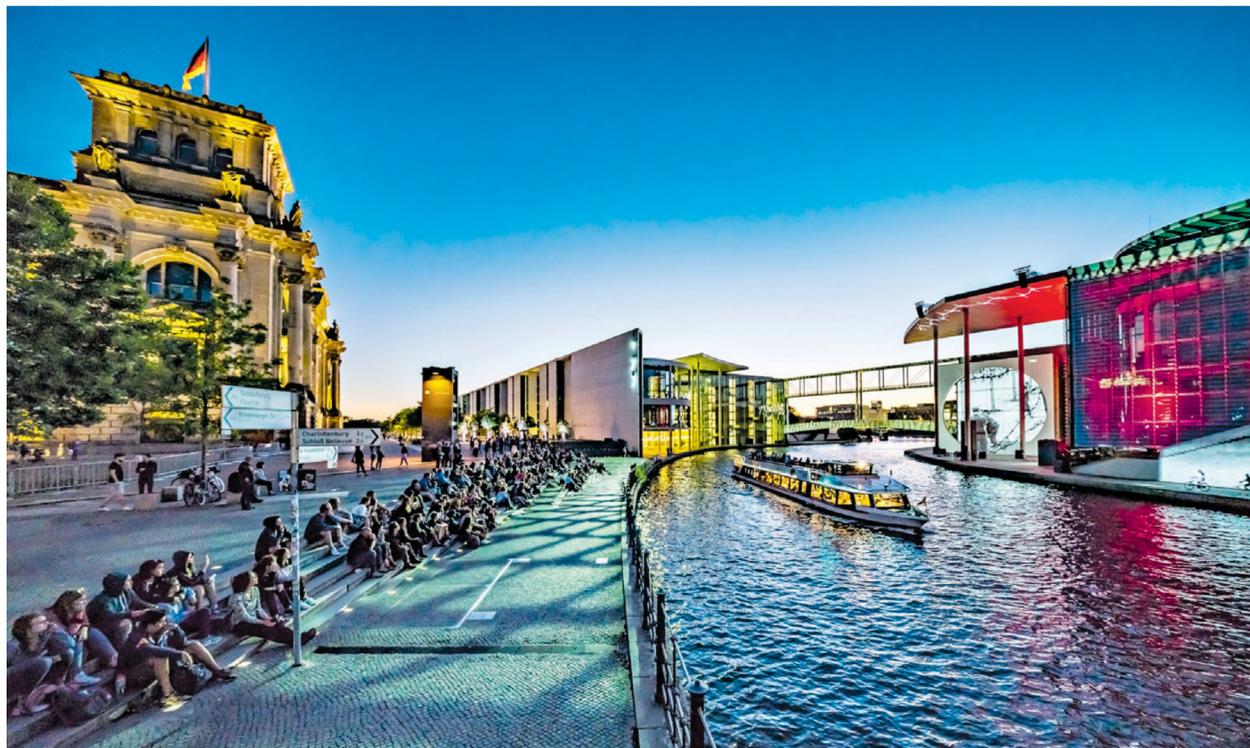
6.7.1993: Generalbundesanwalt muss gehen. Eigentlich hätte es eine Erfolgsgeschichte für die Sicherheitsbehörden werden müssen. Anfang der 1990er Jahre war es ihnen gelungen, einen V-Mann in die Kommandoebene der dritten RAF-Generation einzuschleusen. Eine „Meisterleistung“, hieß es beim Bundeskriminalamt. Doch die Geschichte endete in einem Desaster – und führte am



Ex-Generalbundesanwalt Alexander von Stahl war von 1990 bis 1993 im Amt.

6. Juli 1993 dazu, dass Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) Generalbundesanwalt Alexander von Stahl in den einstweiligen Ruhestand versetzte. Grund war die verwirrende Informationspolitik der Bundesanwaltschaft nach einem GSG-9-Einsatz eine Woche zuvor. Im Bahnhof des mecklenburgischen Bad Kleinen hatte sich der V-Mann mit den RAF-Spitzen Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams getroffen. Zwar gelang es den Beamten, Hogefeld festzunehmen, Grams stürmte dagegen auf einen Bahnsteig und eröffnete das Feuer. Am Ende sind ein GSG-9-Mann und Grams tot. Der RAF-Terrorist kam durch einen Kopfschuss aus nächster Nähe ums Leben. Suizid, hieß es von den Ermittlern. Doch es kamen Zweifel auf: Von einer regelrechten Hinrichtung Grams' durch GSG-9-Beamte war die Rede. Für Verwirrungen sorgten unter anderem sich widersprechende Presseerklärungen der Bundesanwaltschaft zum Hergang der Schießerei – Anlass für Leutheusser-Schnarrenberger, ihren Parteifreund von Stahl des Amtes zu entheben. Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) war schon zuvor zurückgetreten. Vollständig aufgeklärt wurden die Ereignisse in Bad Kleinen nie. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: FREILICHTKINO AM SPREEUFER



Die Film- und Klanginstallation über die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland beginnt jeden Tag mit Anbruch der Dunkelheit.

©Ralph Larmann

Geschichte animiert

Auch nach sieben Jahren Organisation der Filmvorstellung bekommt Andreas Schröder noch Gänsehaut. Er ist gelernter Ingenieur für Theatertechnik und verantwortlich für die Installation „Dem deutschen Volke“. Wenn die letzten Töne zu den historischen Szenen verklungen sind, beginnen für ihn die faszinierendsten Momente: Die Gespräche der von den Bildern aufgewählten Menschen. Vor allem beim Fall der Mauer und der Enthüllung des Bundestages beginnen die Menschen, sich über ihre ganz eigenen Erinnerungen auszutauschen. Bis zu 1.500 unterschiedliche Eindrücke können an einem Abend zusammenkommen – so viele Menschen fasst das südliche Spreeufer am Berliner Friedrich-Ebert-Platz, an dem die Installation gezeigt wird. Im 30-minütigen Schnelldurchlauf wird die Geschichte des deutschen Parlamentarismus, von der Kaiserzeit bis ins Jetzt, erzählt. In der Woche vor Beginn der Shows, wie Schröder sie nennt, fährt er abends mit dem Fahrrad bei den Probedurchläufen vorbei und guckt, ob alle Details stimmen, ob die Synchronisation auf die Millisekunde genau ist. Das kann nämlich zum Problem werden, denn der Film wird über die Spree hinweg in das „Auge“ des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses des Bundestages projiziert – immerhin 110 Meter Entfernung. Eine Herausforderung für den Theatertechniker, solch eine Open-Air-Bühne zu gestalten. So wird auch das Gebäude Teil der Inszenierung. Etwa dann, wenn die (animierte) Mauer bröckelt, Flammen aufzüngeln oder die Rosinenbomber über Berlin fliegen. In lauen Sommernächten sind die Treppen an der Spree nach Anbruch der Dunkelheit voll besetzt. Der Laser und die Einlassmusik locken Menschen von der Kuppel hinunter und lassen Vorbeilaufende und Radfahrer stehen bleiben. Was vorher ein menschenleerer Platz war, wird nun jeden Abend zu einem Ort mit Anziehungskraft. Sogar einen Heiratsantrag habe es schon mal gegeben, den das Team natürlich spontan licht- und tontechnisch unterstützte, erzählt Schröder. Die voll automatisierte Show ist das Resultat von viel Herzblut: „Wir überlassen nichts dem Zufall, alles ist dramaturgisch durchgeplant“, sagt Schröder. Ein Lichtdesigner, das Redaktionsteam, ein Laserkünstler, die Tontechniker – alle fragen sich, an welcher Stelle braucht es ein „Extra“ an Stimmung und wo vielleicht einfach nur Stille. Daran fehlt das Team oft wochenlang. Schröder bildet da-

bei das Bindeglied zwischen Bundestag und Kreativteam. Zurück geht die Idee auf den ehemaligen Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU), der 2010 auf einer Dienstreise in Ottawa eine ähnliche Installation über die Geschichte Kanadas sah und sich so etwas auch für den Bundestag wünschte. Seit 2011 betreut Schröder nun das Projekt und hat noch einiges vor mit der Installation. Damit das Parlamentsviertel zum Kinosaal wird, bedarf es einiger Vorbereitung: Die Installation mit Lautsprechern und Scheinwerfern muss orkansicher an das Haus angebracht werden. „Früher wurde mit Gerüsten gearbeitet, jetzt befestigen wir direkt am Haus“, erklärt Schröder. Egal ob Wind, Blütenstaub oder Sturzregen: die Installation muss auf extremere Wetterverhältnisse eingestellt sein. Neben der Untertitelung des Films auf Englisch gibt es in diesem Jahr zum ersten Mal die Möglichkeit, sich parallel per Smartphone Untertitel auf zehn verschiedenen Sprachen anzeigen zu lassen. *Lisa Brübler*

Die 30-minütige Großbildinstallation wird noch bis zum 3. Oktober täglich nach Sonnenuntergang gezeigt. Nach dem ersten Durchlauf wird sie ein zweites Mal wiederholt. Der Besuch ist kostenlos.

LESERPOST

Zur Ausgabe 25-26 vom 18. Juni 2018, „Mehr Staatsgeld für Parteien“ auf Seite 6: Dem Artikel ist zu entnehmen, welche beträchtlichen Summen die Parteien aus Steuermitteln erhalten: Im Jahr 2017 allein 581 Millionen Euro für die politischen Stiftungen. Nun wurde im Schnellverfahren noch die Obergrenze für Parteienfinanzierung ab 2019 von 165 auf 190 Millionen Euro erhöht. Begründet wird dies von den Koalitionsparteien mit zusätzlichen Kosten für Digitalisierung. Vermutlich geht es aber auch darum, die nach Wahlverlusten verminderte Wahlkampfkosten-erstattung zu kompensieren. Dabei werden durch den vergrößerten Bundestag weiterhin zusätzliche Abgeordnete mit Mitarbeitern und Privilegien aus Steuermitteln finanziert. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode war absehbar, dass durch zusätzliche Aus-

gleichs- und Überhangmandate das Parlament wesentlich größer werden würde. Die davon profitierenden Parteien hatten bislang kein großes Interesse an einer Änderung der Wahlrechts. Wenn es aber um mehr Staatsmittel für Parteien geht, ist sich die Koalition rasch einig. Hier wäre meines Erachtens ein mahnendes Wort des Bundespräsidenten an „seine“ Koalitionäre angebracht. *Gerhard Günther, Tübingen*

Zur Ausgabe 25-26 vom 18. Juni 2018, „Mehr Staatsgeld für Parteien“ auf Seite 6: Die Begründung für die höhere Parteienfinanzierung kann nicht ganz überzeugen. Denn auch wenn sich für die SPD durch ihren Mitgliederentscheid über die große Koalition Zusatzkosten ergeben haben, hat die Digitalisie-

rung normalerweise zur Folge, dass die Ausgaben für die Massenkommunikation sogar im erheblichen Maße sinken. Schließlich kostet das Verschicken eines Newsletters deutlich weniger als etwa eine Werbeflyer auszubringen und jene per Post oder mithilfe anderweitiger Austräger einzeln in Briefkästen zu verteilen. Deshalb stimmt die offizielle Argumentation hier sehr nachdenklich, zumal sie ebenfalls, zumindest unterschwellig, ein fehlendes Verständnis vom Internet indiziert! *Rasmus Ph. Helf, Hamburg*

Zur Ausgabe 25-26 vom 18. Juni 2018, „Kanzlerin unter Druck“ auf Seite 1: Die Kanzlerin hat jeweils zum Anfang einer Legislatur im Bundestag einen Eid geschworen, der nach Artikel 56, GG u.a. so lautet: „dass ich meine Kraft, dem Wohle des deutschen Vol-

kes widmen, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen (...) werde.“ Wenn sie sich an diesen Eid halten würde, wäre alles in Ordnung, es geht hier nämlich um Gesetze des Bundes und nicht um europäische Gesetzgebung. Meiner Ansicht nach hat sie sich durch ihre vielen Alleingänge in der Flüchtlingspolitik aber leider nicht an diesen Schwur gehalten, sondern das Volk gespalten und Zwietracht gesät. *Josef Gante, Olpe*

Zur Ausgabe 25-26 vom 18. Juni 2018, „Auf getrennten Wegen“ auf Seite 9: Innenminister Seehofer will mit seinem „Masterplan Integration“ nur den rechtlichen Status wiederherstellen, der bis 2015 in der Europäischen Union gegolten hat. Und dies ist gut so. Über weitere finanzielle Ausgleiche für die geografisch betroffenen EU-Ersteinreisestaaten hätte schon längst eine Lösung erzielt werden müssen. Es handelt sich immerhin schon um einen verlanen Zeitraum von mindestens zweieinhalb Jahren. Die Europäische Union hat aber keine weiteren zweieinhalb Jahre oder eventuell noch länger Zeit, um hier Lösungen zu finden. Es müssen klare Regeln gesetzt werden, um eine unkontrollierte Zuwanderung nach Deutschland und in die gesamte EU zu stoppen. Der Seehofer-Plan wird hier hoffentlich eine notwendige Weichenstellung sein. Dies sollte endlich auch die Kanzlerin und die gesamte Bundesregierung als alternativlos begreifen. *Karl Ernst Forisch, Hürth*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 23. Juli.

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Michael Müller
Bundestagsabgeordneter 1983-2009, SPD
Am 10. Juli wird Michael Müller 70 Jahre alt. Der Diplom-Betriebswirt aus Düsseldorf schloss sich 1966 der SPD an und war von 1972 bis 1978 stellvertretender Vorsitzender der Jungsozialisten. Von 1974 bis 1983 gehörte er dem Rat in Düsseldorf an. Müller, von 1992 bis 1998 umweltpolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion und von 1998 bis 2005 deren stellvertretender Vorsitzender, amtierte von 2005 bis 2009 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesumweltminister. Im Bundestag wirkte der Sozialdemokrat zumeist im Umweltausschuss mit.

>Rolf Koltzsch
Bundestagsabgeordneter 1987-1994, SPD
Rolf Koltzsch vollendet am 16. Juli sein 90. Lebensjahr. Der Versicherungskaufmann aus Spenge/Kreis Herford trat 1956 der SPD bei und war seit 1985 stellvertretender Vorsitzender in Herford. Von 1969 bis 1987 gehörte er dem Rat der Stadt Spenge und von 1974 bis 1987 der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe an. Koltzsch, Direktkandidat des Wahlkreises Herford, arbeitete im Bundestag im Landwirtschaftsausschuss mit.

>Angelica Schwall-Düren
Bundestagsabgeordnete 1994-2010, SPD
Am 16. Juli wird Angelica Schwall-Düren 70 Jahre alt. Die promovierte Philologin und Gymnasiallehrerin aus Metelen/Kreis Steinfurt, SPD-Mitglied seit 1976, gehörte von 1987 bis 1996 dem NRW-Landesvorstand an. Von 1979 bis 1994 war sie Gemeinderätin in Metelen. Schwall-Düren war von 1998 bis 2002 Parlamentarische Geschäftsführerin ihrer Bundestagsfraktion und von 2002 bis 2010 deren stellvertretende Vorsitzende. Die Sozialdemokratin wirkte im Umweltausschuss mit und war Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses. Von 2010 bis 2015 amtierte sie als Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien Nordrhein-Westfalens.

>Dietmar Kansy
Bundestagsabgeordneter 1980-2002, CDU
Dietmar Kansy begeht am 18. Juli seinen 80. Geburtstag. Der promovierte Bauingenieur aus Garbsen trat 1966 der CDU bei. Von 1967 bis 1980 war er Ratsherr in Garbsen, von 1968 bis 1980 Kreistagsabgeordneter und von 1974 bis 1980 stellvertretender Landrat des Kreises Hannover. Kansy, von 1982 bis 2002 bau- und wohnungspolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion und von 1991 bis 2002 Vorsitzender der Baukommission des Bundestags, engagierte sich im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

>Wilhelm Dietzel
Bundestagsabgeordneter 1994-1999, CDU
Am 23. Juli wird Wilhelm Dietzel 70 Jahre alt. Der Landwirtschaftsmeister aus Diemelt/Kreis Waldeck-Frankenberg trat 1974 der CDU bei, war Stadtverordneter und von 1981 bis 1989 Kreistagsabgeordneter. Im Bundestag wirkte Dietzel im Landwirtschaftsausschuss mit. Von 1999 bis 2009 amtierte der Christdemokrat als hessischer Minister für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten und war von 2003 bis 2011 Landtagsabgeordneter.

>Gabriele Wiechatzek
Bundestagsabgeordnete 1990-1994, CDU
Gabriele Wiechatzek wird am 23. Juli 70 Jahre alt. Die Lehrerin aus Berlin trat 1971 der CDU bei und gehörte seit 1983 dem Landesvorstand an, seit 1989 als stellvertretende CDU-Vorsitzende. Von 1975 bis 1990 war Wiechatzek Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und von 1983 bis 1989 war sie dessen Vizepräsidentin. Wiechatzek wirkte im Bundestag im Städtebauausschuss mit.

>Heinz Schwarz
Bundestagsabgeordneter 1976-1990, CDU
Heinz Schwarz vollendet am 24. Juli sein 90. Lebensjahr. Der aus Leubsdorf/Kreis Neuwied stammende Kaufmann trat 1947 der CDU bei, war von 1961 bis 1971 Kreisvorsitzender in Neuwied und von 1969 bis 1980 Bezirksvorsitzender der CDU Koblenz-Montabaur. Von 1956 bis 1971 gehörte Schwarz dem Neuwieder Kreistag und von 1959 bis 1976 dem Landtag in Mainz an. Von 1971 bis 1976 amtierte er als rheinland-pfälzischer Innenminister. Im Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Neuwied zuletzt im Auswärtigen Ausschuss.

>Willibald Toscher
Bundestagsabgeordneter 1990, CDU
Am 24. Juli wird Willibald Toscher 70 Jahre alt. Der Ingenieur aus Salzwedel trat Anfang 1989 der CDU in der DDR bei und war danach stellvertretender Kreisvorsitzender. 1990 gehörte der Christdemokrat der ersten frei gewählten Volkskammer und von Oktober bis Dezember 1990 dem Bundestag an. *bmh*



Dr. Alice Weidel, AfD:

Keine Antworten auf Fragen der Zukunft



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Diese Aussprache hat Züge des Surrealen. Wir sprechen über einen Haushalt – ich kann mir schon vorstellen, warum Sie lachen –, nach dem eine Bundesregierung arbeiten soll, die eigentlich schon gescheitert ist, die zerstritten und innerlich zerfallen ist, eine Regierung, deren einzelne Bestandteile mal mit- und mal gegeneinander, vor allem aber mit sich selbst und mit dem eigenen Überleben beschäftigt sind.

Die Dauerkrise, in der sich diese Regierung seit ihrem mühseligen Zustandekommen befindet, durchzieht auch das vorliegende Zahlenwerk. Dieser Haushalt ist ein Haushalt des Weiter-so, eines Weiter-so, in dem Sie, Frau Bundeskanzlerin, sich eingerichtet haben, das unser Land sich aber schon lange nicht mehr leisten kann: nicht finanziell und nicht gesellschaftlich und weder innen- noch außenpolitisch.

Davon wollen Sie aber nichts hören. Ihre Weigerung, Fehler zu erkennen und Fehlentscheidungen zu korrigieren, ist notorisch. Die Haushaltsberatungen, die hinter uns liegen, haben das ein ums andere Mal bestätigt, Herr Kauder. Nichts ist gelöst in Deutschland. Frau Merkel, auf keine einzige der drängenden Zukunftsfragen unseres Landes haben Sie und Ihre Regierung eine Antwort.

Die Staatsquote ist immer noch viel zu hoch. Deutschland braucht eine radikale Steuerreform, die für Verdienende den Grundbedarf aller Haushaltsmit-

glieder in vollem Umfang und in angemessener Höhe steuerfrei stellt.

Sie nehmen das Geld der Bürger, das nicht zuletzt die derzeit noch aktiven und gut ausgebildeten Babyboomer reichlich erwirtschaften, freuen sich über scheinbar glänzende Haushaltszahlen, die Ihnen die fortwährende schleichende Enteignung der Bürger durch die Nullzinspolitik der EZB verschafft, und verschleudern den Wohlstand unseres Landes, als gäbe es kein Morgen.

Steigende Staatseinnahmen sind für Sie offensichtlich kein Grund, den Bürgern das zu viel Abgenommene zurückzugeben. Lieber erfinden Sie neue Ausgabentatbestände für noch mehr Umverteilung, für noch mehr Klientelpolitik und Ideologieprojekte, für die Rettung des Euros und natürlich für die Alimentierung von Millionen von Asylwanderern.

Dabei würden der Wohlstand und die finanziellen Spielräume, die die Bürger und die Unternehmen trotz aller Widrigkeiten immer noch erwirtschaften, dramatisch und dringend gebraucht, zum Beispiel, um unsere Bildungssysteme auf Vordermann zu bringen und unsere Sozialsysteme zukunfts- und demografiefest zu machen.

Sie gründen eine Kommission zur Sicherung der Altersvorsorge über das Jahr 2025 hinaus,

Sie geben Parolen von stabilen Beiträgen und Rentenniveaus aus, und die Ressourcen, die dafür benötigt würden, werfen Sie mit vollen Händen zum Fenster hinaus. Schlimmer noch, Sie sägen und hacken mit Hingabe an den Grundlagen und Wurzeln unseres bisherigen Wohlstandes herum: mit der unbelehrbaren Weiterverfolgung einer gescheiterten Energie- wende, die außer den höchsten Strompreisen der westlichen Welt, sinkender Versorgungssicherheit und Ressourcenver-

schleudung in jährlich zweistelliger Milliardenhöhe nichts gebracht hat, und mit einer Mobilitätswende, die in Wahrheit ein unverhohlener, von bornierten Ideologen angezettelter Krieg gegen das Automobil und die an ihm hängende Industrie und mittelständische Wirtschaft mit allen ihren Arbeitsplätzen ist.

Dort werden nämlich die Steuergelder erwirtschaftet, die Sie so gerne und reichlich verteilen, nicht zuletzt an sich selbst; denn das Einzige, was Ihre Chaoskoalition in gut drei Monaten geräuschlos und schnell über die Bühne gebracht hat, war ja die dreiste Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung für Sie selbst.

Handwerksmeister und Industriefacharbeiter, Handel und Gewerbe schaffen Produktivität und Wohlstand – und nicht steuerfinanzierte Sozialpädagogen und Gender-Professorixe.

Die Euro-Krise hängt noch immer wie ein Damoklesschwert über Deutschland. Die Rettung Griechenlands sei abgeschlossen, heißt es. Dabei ist die vermeintliche Abschlussregelung nur eine weitere Kreditlinie für ein hoffnungslos überschuldetes Land.

Ist die verbraucht, kommt der Ruf nach dem nächsten Rettungspaket.

Die 229 Milliarden Euro, die Griechenland als Hilfskredite von den Euro-Staaten bekommen hat, dürften weg sein. Die Fiktion, sie würden eines Tages zurückgezahlt, ist ein billiger Bilanztrick. Und ganz ehrlich: Das wissen Sie auch.

Uneinbringlich dürften auch die TARGET2-Forderungen der Bundesbank an andere Zentralbanken des Euro-Systems sein, die inzwischen an der Billionengrenze kratzen. Das deutsche Ex-

portwunder wurde über unbegrenzte Blankochecks finanziert, reale Industriegüter wurden eingetauscht gegen theoretische Forderungen, und das Risiko trägt, wie immer, der deutsche Steuerzahler.

Ich stelle die Frage: Was ist, wenn die Krise in Italien offen ausbricht, das allein für fast die Hälfte der deutschen TARGET2-Außenstände steht? Ohne an die Folgen zu denken, treiben Sie die Banken-, Haftungs- und Transferunion voran, machen Sie dem französischen Präsidenten Macron Zusagen für ein Euro-Zonenbudget, mit dem das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente ausgehebelt werden soll, und all das nur, um sich in Europa den Anschein eines Rückhaltes zu erkaufen, der Ihnen im eigenen Land unter den Händen zerrinnt.

Selten haben Regierungen in so kurzer Zeit so viele Zukunftshypothesen aufgeladen und es trotz guter Ausgangslage so fahrlässig heruntergewirtschaftet, wie die von Ihnen seit 13 Jahren angeführten Koalitionen. Das unwürdige Schauspiel, das Sie uns in den vergangenen Tagen und Wochen zugemutet haben, sprengt allerdings alles bisher Dagewesene.

Ihre Weigerung, den Irrweg Ihrer Willkommenskultur einzugehen und die notwendigen Maßnahmen zur Kurskorrektur wenigstens einzuleiten, hat die aktuelle Regierungskrise ausgelöst, die mit Ihrem Pyrrhussieg über Horst Seehofer noch längst nicht ausgestanden ist. Sie demontieren Ihren Innenminister, weil er damit droht, nach drei Jahren willkürlicher Außerkraftsetzung wenigstens teilweise wieder geltendes Gesetz anzuwenden.

Um das zu verhindern, missbrauchen Sie Ihre Richtlinienkompetenz. Schauen Sie einmal ins Grundgesetz. Lassen Sie es sich von einem Verfassungsrechtler erklären: Die Richtlinienkompetenz ist nicht dazu da, Recht und Verfassung dauerhaft außer Kraft zu setzen.

Der britische Politikwissenschaftler Anthony Gies bemerkte nach Ihrer willkürlichen, einseitigen Außerkraftsetzung geltenden Rechts im September

2015, Deutschland werde als durchgeknallter „Hippie-Staat“ wahrgenommen, der zum rationalen Handeln nicht mehr fähig sei. Die Wahrnehmung ist im Übrigen nicht besser geworden. Vom Standpunkt einer wachsenden Zahl unserer Nachbarn im Norden, Süden, Osten und Westen ist Deutschland ein Narrenhaus, und im Kanzleramt ist die Zentrale.

Von dem EU-Migrationsgipfel haben Sie ein Bündel von vagen Absichtserklärungen und unverbindlichen Allgemeinplätzen mitgebracht, die Sie uns als europäische Lösung verkaufen wollen. Reihenweise aber widersprechen andere EU-Staaten Ihrer eigenwilligen Interpretation, mit der Sie sich Ihre leeren Hände schönreden wollen. Deutschland ist unter Ihrer Regierung vom Motor und Stabilitätsanker zum Chaosfaktor geworden. Das lassen Sie uns hier mal ganz klar sagen.

Und jetzt Ihr Kompromiss mit der CSU, mit dem Sie die Schwesterpartei noch einmal auf Linie gebracht haben, während der andere Koalitionspartner schon wieder meutert. Horst Seehofer hat auf seine ursprüngliche Hauptforderung, wenigstens bereits registrierte und mit Einreiseverbot belegte Asylbewerber schon an der Grenze abzuweisen, verzichtet und darf Innenminister bleiben. Was heißt das konkret?

Statt geltendes Recht durchzusetzen, trägt Seehofer, trägt die CSU die Herrschaft des Unrechts weiter mit, so wie vor gut zwei Jahren, als er eine Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Politik der offenen Grenzen ankündigte und nie lieferte. Geliefert hat dafür jetzt die AfD-Bundestagsfraktion.

Herr Seehofer, schade, Sie hätten Ihre Ehre wirklich retten können als der Mann, der Deutschland einen Neuanfang ermöglicht.

Fortsetzung auf nächster Seite

Die Euro-Krise hängt noch immer wie ein Damoklesschwert über Deutschland.

Ihre Weigerung, Fehler zu erkennen und Fehlentscheidungen zu korrigieren, ist notorisch.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarfernschens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Jetzt wird man sich an Sie als Agonie-Verlängerer der Ära Merkel erinnern. Wie lange noch, Frau Merkel, wollen Sie unsere Geduld strapazieren und dieses unwürdige Schauspiel in die Länge ziehen?

Was muss eigentlich noch alles geschehen, um Sie zur Einsicht zu bringen? Wie lange wollen Sie uns noch mit Bluffs, mit Pseudoabkommen und Planankündigungen – voller Hintertüren und Sei-

tenausgängen – hinhalten, aus denen doch nie etwas wird? Sie sind auf der ganzen Linie gescheitert. Sie haben nichts erreicht, außer mit allen Kniffen und Listen noch etwas länger auf dem Sessel einer

Kanzlerin zu sitzen, die einer längst schon innerlich zerbrochenen Koalition vorsteht.

Dafür spalten Sie Deutschland. Dafür spalten Sie Europa. Dafür spalten und zerlegen Sie Ihre wa-

ckelige Koalition und am Ende Ihre eigene Partei. Machen Sie also dem Trauerspiel ein Ende, und treten Sie bitte ab.
(Beifall bei der AfD – Abgeordnete der AfD erheben sich)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Der Haushalt zeigt, dass der Bund Verantwortung übernimmt



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Wir beraten heute den Haushalt für das Jahr 2018. Ich möchte als Erstes den Abgeordneten, insbesondere den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, ein herzliches Dankeschön sagen; denn diese Arbeit fand unter hohem Zeitdruck statt. Aber es ist gut für das ganze Land, dass dieser Haushalt jetzt verabschiedet werden kann. Herzlichen Dank also dafür!

Diese Haushaltsberatungen finden in Zeiten kontroverser, zum Teil auch sehr emotionaler gesellschaftlicher Debatten statt. Nicht umsonst haben wir uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen. Diese kontroversen gesellschaftlichen Debatten müssen auch geführt werden; denn es geht um unsere Zukunft, um Deutschlands Zukunft, um die Zukunft Europas. Es geht um die Zukunft Deutschlands und Europas als Agierende in der Welt.

Da die Welt im Umbruch ist, ist es auch richtig, dass wir sehr grundsätzliche Fragen debattieren. „Die Welt ist schon zu integriert, ist zu sehr miteinander verflochten, als dass irgendein Land für sich sein eigenes Schicksal gestalten kann.“ Das sagte Ludwig Erhard schon vor 55 Jahren, also fast 30 Jahre vor den Maastrichter Verträgen, als an eine Europäische Union von 28 – im Augenblick noch 28 – Mitgliedstaaten gar nicht zu denken war.

Es war ein weitblickender Satz, und heute, über fünf Jahrzehnte später, ist die Welt in noch viel tieferem Maße miteinander verflochten in Bereichen des Klimas, der

Wirtschaft, der Umwelt. Menschen, Institutionen und Staaten können das Schicksal ihrer eigenen Länder nur gemeinsam mit anderen gestalten.

Das bedeutet erstens, dass Deutschlands Zukunft eng verbunden ist mit Europas Zukunft in Schicksalsfragen, zweitens, dass Deutschlands Zukunft aufs Engste verbunden ist mit der Zukunft der globalen Ordnung in Bereichen von Wirtschaft, Handel, Sicherheit und Verteidigung und drittens, dass Deutschlands Zukunft aufs Engste verbunden ist mit der Frage, wie wir die Digitalisierung gestalten, die große technische Revolution unserer Zeit, die vieles völlig verändern wird.

Das sind drei sehr konkrete, aber eben auch grundsätzliche Fragen, und es geht um Richtungsentscheidungen in diesen Jahren. Wir müssen auf der Grundlage unserer Wertebasis, unseres Grundgesetzes, unseres Verständnisses vom Menschen die richtigen Antworten für diese neuen Zeiten finden. Lassen Sie mich mit Europa beginnen. Europa war seit der Gründung und noch mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg ein Versprechen für Frieden und ein Versprechen für Wohlstand. Glücklicherweise hat die Europäische Union dieses Friedensversprechen bis heute einhalten können, und wir tun natürlich alles dafür, dass es auch so bleibt.

Aber um uns herum findet dennoch eine Vielzahl von gewalttätigen Auseinandersetzungen, von Bürgerkriegen, von Kriegen statt, teilweise auch von großen regionalen Auseinandersetzungen, und das Wohlstandsversprechen gilt für viele Menschen bei uns in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Mitgliedstaaten als nicht mehr so einfach erfüllbar. Wir haben das ja im Zusammenhang mit der Euro-Krise erlebt. Deshalb haben diese Themen, über die ich eben sprach, natürlich auch die Sitzung des Europäischen Rates, auf die ich Sie ja letzte Woche vorbereitet habe, bestimmt. Da standen eben Fragen der Außenbeziehungen, der Sicherheit, der Verteidigung, der Wettbewerbsfähigkeit und des Handels, des Digitalen, der Zu-

kunft der Wirtschafts- und Währungsunion und des Brexits auf der Tagesordnung. Aber im Kern haben wir uns mit der großen Herausforderung der Europäischen Union beschäftigt, die uns ja auch hier zu Hause so in Bann hält. Das ist das Thema der Migration. Die Interessenlage in der Europäischen Union bezüglich der Fragen der Migration ist unterschiedlich. Aber – und das war der eigentliche Wert dieses Rates – wir haben uns dazu verständigt, dass es eben nicht nur die Frage für einzelne Mitgliedstaaten ist, die diese Mitgliedstaaten herausfordert, sondern dass es eine Aufgabe ist, die alle angeht. Eigentlich trivial, eigentlich selbstverständlich und dennoch Gegenstand von vielen Stunden von Diskussionen, weil natürlich jeder fragt: Was bedeutet das jetzt für mich als Mitgliedstaat, wenn ich akzeptiere, dass das eine Herausforderung für alle ist?

Weil aber nach meiner tiefen Überzeugung und nach der tiefen Überzeugung vieler anderer der Umgang mit dieser Migrationsfrage darüber entscheiden wird, ob Europa Bestand haben kann, weil es eine so bewegende Frage ist, war es wichtig, dass wir zu dieser Einigung gekommen sind. Wir brauchen jetzt natürlich Antworten, die unseren Werten entsprechen und die davon ausgehen, dass die Würde jedes einzelnen Menschen unveräußerlich ist. Wir brauchen rechtlich konsistente Antworten, die dem Völkerrecht entsprechen, dem europäischen Recht und dem nationalen Recht. Wir brauchen solidarische Antworten in Europa, und wir brauchen vor allen Dingen realistische Antworten, die Gesellschaften nicht überfordern, sondern die im Alltag für alle auch lebbar sind.

Wir haben seit 2015 schon eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, die auch dazu geführt haben, dass zum Beispiel über die Mittelmeer-routen 95 Prozent weniger Flüchtlinge kommen als 2015. Wir haben beim Europäischen Rat über zwei Themen diskutiert, über

das eine sehr ausführlich. Das ist das große Thema des Außengrenzenschutzes. Die österreichische Präsidentschaft mit Sebastian Kurz als Bundeskanzler hat sich genau dieses Thema als zentrales Thema vorgenommen. Wie können wir unsere Außengrenzen schützen? Da ist auf der einen Seite das Thema Frontex: besser ausgestattet, erweitertes Mandat. Die Kommission hat jetzt deutlich gemacht, dass wir bis 2020 10 000 Polizisten bei Frontex brauchen. Das ist mit Sicherheit nicht zu viel. Aber wenn wir wissen, wie gefordert unsere Polizei auch in Deutschland ist, dann können wir uns vorstellen, dass es nicht so einfach ist, 10 000 Polizisten für den Außengrenzenschutz abzustellen. Aber Deutschland wird seinen Beitrag hier leisten.

Wir haben uns mit der Situation in den Transit- und Herkunftsländern beschäftigt. Ich will hier nur an Libyen erinnern. Die europäische Mission Sophia, die eine Rettungsmission ist, hat jetzt sehr viel mehr Kraft darauf verwendet, die libysche Küstenwache aufzubauen und zu trainieren. Hier war einer der wichtigen Punkte, den wir noch einmal deutlich gemacht haben: Wenn es jetzt eine libysche Küstenwache gibt, die immer besser agieren kann, dann muss das internationale Recht auch eingehalten werden von allen, die dort im Seegebiet operieren.

Das gilt auch für die Nichtregierungsorganisationen. Das war gerade dem maltesischen Premierminister und dem italienischen sehr wichtig. Wir haben über das EU-Türkei-Abkommen gesprochen und haben endlich die 3 Milliarden Euro als zweite Tranche, die nicht der Türkei zugutekommen, sondern den 3,9 Millionen Flüchtlingen, die die Türkei beherbergt, verabschiedet. Wir haben viel zu kritisieren an der Türkei. Aber das, was die Türkei für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge leistet, ist ein Riesenbeitrag, und das verdient die Anerkennung aller.

Wir haben dann 500 Millionen Euro in den EU-Afrika-Trust-Fund gegeben, weil natürlich ein Land wie Italien sagt: Okay, die eine Route über die Türkei ist wichtig. Aber aus der Perspektive Italiens ist vor allem die Entwicklung Nordafrikas wichtig. – Deshalb war das auch ein sehr sinnvoller

Beitrag. Wir haben dann sehr lange über das Wortungetüm von regionalen Ausschiffungsplattformen – man möchte das gar nicht in den Mund nehmen – gesprochen. Worum geht es? Es geht eigentlich um die Frage: Kann man mit afrikanischen Ländern Vereinbarungen darüber treffen, dass Flüchtlinge sich nicht erst auf den Weg durch die Sahara machen, dass Flüchtlinge nicht erst in eine menschliche Lage kommen, die völlig inakzeptabel ist, sodass es dann schwierig ist, in Libyen mit dem UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration überhaupt zusammenzuarbeiten? Wir haben über dieses Thema sehr intensiv diskutiert. Ich habe deutlich gemacht: Das alles wird nur gehen, wenn wir nicht über die Köpfe anderer Länder in Afrika hinweg sprechen, sondern wenn wir mit den Ländern sprechen. Deshalb brauchen wir einen neuen Pakt mit Afrika. Deshalb ist das Thema von Gerd Müller als Entwicklungsminister – Marshallplan für Afrika – wichtig.

Sie werden vielleicht gelesen haben: Bei der letzten Tagung hat die Afrikanische Union zum ersten Mal ein Migrationskonzept aus der Perspektive Afrikas entwickelt. Sie wird eine Koordinierungsstelle für Migrationsfragen in Marokko einrichten. Die kann Ansprechpartner für die Europäische Union sein. So muss die partnerschaftliche Zusammenarbeit auch sein. Denn wir dürfen nicht vergessen: Die Migrationsfrage ist für uns wichtig. Aber 85 Prozent – oder mehr – aller Migranten auf der Welt sind nicht in Europa, sondern woanders und leben zum Teil in bitterarmen Verhältnissen. Das heißt, Migration ist mitnichten ein europäisches Problem allein. Es ist ein globales Problem, und es erfordert eine globale Antwort.

Wir haben natürlich auch über Rückkehrmechanismen für Menschen gesprochen, die keine Anerkennung hier in Europa finden; die Afrikanische Union ihrerseits hat darüber gesprochen, dass es dann auch legale Möglichkeiten für Studienplätze, für Arbeitsplätze geben muss. Und in dem Zusammenhang ist aus unserer Sicht natürlich auch wieder ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz wichtig.

Wo sind unsere Interessen, und wie können wir daraus Win-win-Situationen auch im Verhältnis zu Herkunftsländern mit heute illegaler Migration machen, meine Damen und Herren?

Aber 85 Prozent aller Migranten auf der Welt sind nicht in Europa, sondern woanders.

Anders, wenn wir nicht solche Mechanismen finden, werden wir die Schlepper und Schleuser nicht bekämpfen können.

Wir haben dann über das Thema der sogenannten Sekundärmigration gesprochen, das heißt also der Wanderungsbewegungen innerhalb der Europäischen Union. Wir sind uns alle bewusst, dass die Vorteile von Schengen, nämlich die Freizügigkeit innerhalb des Schengen-Raums, in Gefahr geraten kann, wenn wir dieses Thema nicht wirklich bearbeiten. Deshalb ist die Aussage – um die Freizügigkeit zu erhalten, die Vorteile des Schengen-Raums zu erhalten –, dass Mitgliedstaaten interne Maßnahmen ergreifen müssen und sollen, aber eben auch partnerschaftlich zusammenarbeiten sollen. Genau auf dieser Grundlage habe ich meine Gespräche geführt: dass nicht einseitige Maßnahmen, nicht unabgestimmte Maßnahmen, nicht Maßnahmen zulasten Dritter stattfinden, sondern dass wir „partnerschaftlich“, wie es im Beschluss heißt, zusammenarbeiten.

Beim Thema Sekundärmigration sind wir uns, glaube ich, alle einig, dass Flüchtlinge sich nicht einfach aussuchen können, in welchem europäischen Land sie ein Asylverfahren durchlaufen. Auf der anderen Seite wissen wir – da wir noch keine solidarischen Verteilungsmechanismen haben –, dass es schwierig ist und dass wir auch die Außengrenzstaaten natürlich immer wieder entlasten müssen. Aber es kann nicht sein, dass die Flüchtlinge bestimmen, wo der Asylantrag bearbeitet wird. Auf dieser Grundlage habe ich mit Griechenland Gespräche geführt, dass sozusagen im grenznahen Bereich, wenn man davon ausgeht, dass noch gar keine Einreise stattgefunden hat – das kennen wir ja auch aus dem Flughafenbereich –, Flüchtlinge direkt wieder nach Griechenland zurückgeführt werden und dort das Asylverfahren bearbeitet wird. Im Gegenzug hat Griechenland darauf hingewiesen, dass eine Vielzahl von Flüchtlingen in Griechenland ist, die Anrechte auf Familiennachzug hat und dass wir auch dies Schritt für Schritt abarbeiten. Da wir jetzt ja beschlossen haben, beim subsidiären Familiennachzug pro Monat 1 000 Menschen aufzunehmen, können wir genau in diesem Bereich auch handeln.

Meine Damen und Herren, wir haben dann vereinbart – jetzt in den letzten Tagen –, dass wir ähnliche Abmachungen, Verwaltungsvereinbarungen, auch mit anderen Herkunftsländern treffen. Der

Bundesinnenminister, Horst Seehofer, wird dazu jetzt die Gespräche führen, und ich werde das natürlich auch weitermachen.

Wir haben dann eine zweite Gruppe von Fragen. Das sind all die Bereiche in Deutschland, in denen keine permanenten Grenzkontrollen durchgeführt werden. Grenzkontrollen werden ja nur an der deutsch-österreichischen Grenze durchgeführt. Hier haben wir die Situation, dass die Dublin-Rücküberstellungsverfahren – das heißt, wenn Deutschland nicht zuständig ist für das Asylverfahren – sehr lange dauern und sehr ineffizient sind. Genau darüber habe ich mit etlichen Ländern gesprochen, weil selbst in unseren Nachbarländern, also gar nicht in den Hauptherkunftsländern, die Erfolgsquote von solchen Rücküberstellungen bei 15 Prozent liegt. Damit kann man sich nicht abfinden, und das wollen wir beschleunigen. Darüber haben wir auch gestern in der Koalition gesprochen, und das ist richtig. Es muss mehr Ordnung in alle Arten der Migration kommen, damit Menschen den Eindruck haben: Recht und Ordnung werden durchgesetzt. Das sind unser Auftrag und unser Anliegen.

Meine Damen und Herren, deshalb können wir sagen: Wir haben im Bereich der Migration schon etliches geschafft. Der Bundesinnenminister wird seinen Masterplan vorstellen, wodurch in allen Bereichen noch einmal geguckt wird: Wo müssen wir effizienter werden? Wo müssen wir besser werden? Wo müssen wir schneller werden? – Wir werden natürlich auch das Thema der Integration für diejenigen, die Bleibeperspektiven haben, weiter in den Mittelpunkt stellen. Hier zeigt der Haushalt, dass der Bund Verantwortung übernimmt, weiter die Frage der Integration als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sieht. Diese gesamtgesellschaftliche oder gesamtstaatliche Aufgabe spiegelt sich auch im Haushalt wider; denn der Bund beteiligt sich erheblich an den Integrationskosten. Die Verhandlungen für die nächsten Jahre wird der Bundesfinanzminister im Sommer noch weiterführen. Das wird nicht ganz einfach; aber natürlich wollen wir auch da unseren Anteil leisten.

Meine Damen und Herren, wir haben insofern eine wirklich drängende Aufgabe vor uns, an der wir auch intensiv weiterarbeiten werden, über die es kontroverse Debatten auch in Zukunft geben wird, die uns bewegen, die uns wirklich auch fordern. Aber ich glaube, es ist richtig, sich mit dieser Frage intensiv zu beschäfti-

gen und unser Wertegerüst hier auf diese neue Aufgabe auszurichten und außen- und innenpolitisch vernünftig zu handeln.

Der zweite Bereich – neben Europa – ist die globale Ordnung. Ich will, bei allen Problemen, die wir weltweit haben, noch mal darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahrzehnten auch vieles erreicht haben:

1981 lebten noch 42 Prozent der Weltbevölkerung in absoluter Armut, also mit einem Einkommen von weniger als 2 Dollar pro Tag. Heute sind es 10 Prozent der Weltbevölkerung – bei viel mehr Menschen, aber 10 Prozent der Weltbevölkerung.

Der Anteil der Analphabeten in den 50er-Jahren war 64 Prozent der Weltbevölkerung; heute sind es weniger als 14 Prozent.

Der Anteil der weltweiten Militärausgaben war 1960 noch bei 6 Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts; heute ist er bei 2,2 Prozent weltweit.

Es gibt Krankheiten wie zum Beispiel die Pocken, die völlig ausgerottet sind.

Das heißt, wir sollten nicht immer so tun, als ob alle Probleme unlösbar sind, sondern wir sollten zeigen, dass wir mithilfe von Entwicklungshilfe, internationalem Einsatz vieles auch gelöst haben. Und wir sind natürlich nicht am Ende.

Das sollte uns Mut machen, auch die Entwicklungsziele für 2030 jetzt umzusetzen und einfach weiterzuarbeiten für eine bessere Welt.

Aber zurzeit gerät etwas ins Wanken, was wir als fast unveränderlich gesehen haben, nämlich die Rolle multilateraler Organisationen. Wir haben jetzt die Zölle auf Aluminium und Stahl, und wir haben eine Diskussion, die weit aus schwerwiegender ist: Sollen – mit Blick auf die Importe in die USA – auch noch Zölle auf Autos erhoben werden? Meine Damen und Herren, das hat dann schon Züge eines Handelskonflikts – ich will jetzt mal noch nicht weitere Worte sagen –, und es lohnt sich alle Mühe, diesen Konflikt, damit er nicht zu einem wirklichen Krieg wird, zu entschärfen zu versuchen. Aber dazu gehören natürlich zwei Seiten.

Jean-Claude Juncker wird jetzt in die Vereinigten Staaten von Amerika fahren. Jean-Claude Juncker wird Vorschläge unterbreiten: Was können wir tun? Aber ich hoffe, dass wir das vermeiden können; denn das gute Funktionieren der Weltwirtschaft hängt davon ab, dass wir partnerschaftlich auch hier miteinander zusammenarbei-

ten. Die internationale Finanzkrise, die dazu geführt hat, dass wir jetzt immer im Format der G 20 tagen, wäre niemals so schnell behoben worden – es war trotzdem noch schmerzhaft –, wenn wir nicht international und kameradschaftlich und multilateral zusammengearbeitet hätten, und dies muss auch weiter geschehen. Deutschland wird sich jedenfalls dafür einsetzen – und die gesamte Europäische Union.

Deutschland ist ein verlässlicher Partner in der NATO – wir sind der zweitgrößte Truppensteller.

Deshalb müssen wir unsere Verpflichtungen aus dem Klimaabkommen erfüllen. Deshalb werden wir uns für eine Stärkung der Welthandelsorganisation einsetzen. Deshalb

werden wir in den Formaten G 7 und G 20 weiter intensiv miteinander zusammenarbeiten, und deshalb setzen wir natürlich auch auf Bündnisse wie zum Beispiel die NATO. Nächste Woche findet der NATO-Gipfel in Brüssel statt, und es gibt kritische Anmerkungen, gerade der Vereinigten Staaten von Amerika, dass Deutschland nicht genug im Verteidigungsbereich ausgibt. Ich bin sehr dankbar, dass wir im Haushalt Steigerungen unseres Verteidigungsetats haben – genauso wie wir Steigerungen des Entwicklungsetats haben. Aber gemessen an dem, was andere bezogen auf ihr Bruttoinlandsprodukt tun, ist das längst nicht ausreichend, und deshalb haben wir uns auch verpflichtet, bis 2024 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts dafür auszugeben.

Ich habe über die Effizienzverbesserungen innerhalb der europäischen Zusammenarbeit hier gesprochen; ich will das nicht wiederholen. Ich will nur noch einmal deutlich machen: Deutschland ist ein verlässlicher Partner in der NATO – wir sind der zweitgrößte Truppensteller; wir sind an vielen Missionen beteiligt –, und Deutschland wird auch ein verlässlicher Partner der NATO bleiben, meine Damen und Herren.

Man kann auch nicht so tun, als wenn das Thema Verteidigung nicht ein drängendes in unserer heutigen Zeit ist. Wir alle haben uns gewünscht, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die Welt friedlicher wird. Aber vor unserer Haustür toben die Kriege: der Bürgerkrieg in Syrien, der IS im Irak, der Gott sei Dank einigermaßen besiegt ist, aber uns immer noch in Atem halten wird.

Die Situation in Afghanistan ist nicht befriedet. Die Krim ist annektiert. In der Ostukraine haben wir eine schwierige Situation. Sich nicht auf Bündnisverteidigung vorzubereiten, wäre fahrlässig, meine Damen und Herren, und

deshalb sind wir das schuldig und müssen wir hier weiterarbeiten.

Es gibt die dritte große Herausforderung, die uns umtreibt und die uns in der Bundesregierung in vielen Facetten beschäftigt: Das ist die Digitalisierung. Sie verändert unsere Art zu leben, sie verändert unsere Art zu arbeiten. Die neue Bundesregierung hat strukturell auf diese Frage geantwortet: Wir hatten jetzt die erste Sitzung unseres Digitalkabinetts. Wir haben eine Staatsministerin für Digitalisierung. Wir haben die Strukturen so angepasst, dass wir intensiv in den Fragen zusammenarbeiten.

Wir werden vor allen Dingen nicht nur auf die technischen Entwicklungen Wert legen; die sind wichtig. Stichwort: Infrastrukturausbau. Der Bundesverkehrsminister hat hier ein Riesenaufgabenpaket: Förderung des Glasfaserausbau, Versteigerung von Frequenzen, 5G ausrollen, und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Regionen. Das ist Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land.

Bis 2025 wollen wir, dass das für jeden erreichbar und zu erhalten ist.

Das ist Voraussetzung dafür, dass wir überhaupt von gleichwertigen Lebensverhältnissen sprechen können.

Meine Damen und Herren, es geht dann aber auch um Datenschutz und den Umgang mit Daten, um Datenbewertung. Deshalb messe ich der Arbeit der Datenethikkommission eine sehr große Bedeutung bei.

Es geht um neue Technologien. Hier erarbeiten wir jetzt eine Strategie zur künstlichen Intelligenz. Wir drohen, da zurückzufallen – nicht, weil wir nicht die besten Fachleute haben. Wir haben dazu eine Anhörung gemacht; Deutschland hat herausragende Köpfe. Aber wir müssen das einbinden in eine Gesamtstrategie, von der Forschung bis hin zur Anwendung, damit uns nicht das passiert, was uns früher passiert ist: Wir haben den MP3-Player erfunden, aber niemals vermarktet. Jetzt muss es lauten: von der Forschung hin zur Anwendung in der Wirtschaft – gerade mit Blick auf unsere Stärke, nämlich die Industrie, das Internet der Dinge, Industrie 4.0. Das ist eine Prägung aus Deutschland, und die muss jetzt mit der Entwicklung der künstlichen Intelligenz zusammengebracht werden – eine ganz wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre, meine Damen und Herren.

Aber damit nicht genug, sondern wir werden uns natürlich anschauen – der Bundesgesundheitsminister tut das beispielsweise –: Wie kann die Digitalisierung Einzug

halten? Die Landwirtschaftspolitik und die gesamte Landwirtschaft werden sich in der digitalen Welt völlig anders aufstellen. Das führt zu viel besserem und effizienterem Einsatz zum Beispiel von Düngemitteln, zu besseren Möglichkeiten der Tierzucht. Es ist überhaupt noch nicht absehbar, welche neuen Bereiche wir da haben.

Trotzdem ist die Digitalisierung auch ein Gebiet, das Menschen Sorge macht, das Menschen Angst macht, weil damit natürlich völlige Veränderungen der Arbeitswelt verbunden sind. Der Bundesarbeitsminister wird sich zusammen mit der Bildungsministerin genau mit diesem Thema beschäftigen – Stichworte: Berufsbildungspakt, Nationale Weiterbildungsstrategie, Recht auf Weiterbildungsberatung, alles Dinge, die notwendig sind, damit Menschen diesen digitalen Wandel auch wirklich durchstehen können.

Und wir werden die Fragen der Besteuerung völlig neu zu besprechen haben. Deutschland setzt hier nicht auf eine schnelle Interimslösung. Aber dass es nicht sein kann, dass große Internetkonzerne in Deutschland keine Steuern zahlen, sehen wir ja auch ein.

Deshalb hoffen wir, dass die OECD ihre Arbeiten schnell umsetzen kann.

Meine Damen und Herren, wenn es um Handelsbilanzen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika geht, dann ist festzustellen, dass diese Handelsbilanzen, wenn sie einen großen Handelsüberschuss von Europa zeigen, immer zur Basis haben, dass es nur um den Austausch von Waren geht; darin sind Dienstleistungen überhaupt nicht enthalten. Wenn Sie die Dienstleistungen inklusive der digitalen Dienstleistungen hinzunehmen, dann haben Sie eine völlig andere Handelsbilanz, bei der es eher einen Überschuss der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber Europa gibt als umgekehrt. Das muss man auch einmal sagen.

Es ist sozusagen fast altmodisch, nur die Waren zu rechnen und nicht die Dienstleistungen mit hineinzunehmen.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt etwas mehr als 100 Tage als Regierung im Amt. Wir haben vieles bereits vorangebracht.

Nicht nur, dass wir jetzt einen Haushalt für das Jahr 2018 haben. Wir haben Arbeitslosenzahlen, die

uns wirklich hoffnungsvoll stimmen, die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der deutschen Einheit – im Juni 5 Prozent, meine Damen und Herren –, viele Regionen haben Vollbeschäftigung. Nicht nur, dass viele Menschen Arbeit haben, sondern – das ist ja das eigentlich Wichtige – es hat in den letzten Jahren auch zu besseren Lohnentwicklungen geführt. Diese Lohnentwicklungen zeigen sich jetzt auch in der Steigerung des Mindestlohns. Das heißt, wir konnten jetzt wieder sagen: Der Mindestlohn wird angehoben. Das sagt im Übrigen eine Kommission, die sehr reibungsfrei und reibungslos arbeitet.

Den 21 Millionen Rentnerinnen und Rentnern können wir sagen: Die Renten steigen zum achten Mal hintereinander sehr deutlich. Das ist ein Riesenbeitrag dazu, dass gerade ältere Menschen besser leben können; denn bei den geringen Inflationsraten ist das ein Mehr an Geld im Portemonnaie.

Wir haben beschlossen, dass wir die Bürgerinnen und Bürger durch einen höheren Grundfreibetrag

für Erwachsene und den Abbau der kalten Progression als Korrektur am Einkommensteuertarif entlasten.

Wir entlasten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, indem wir zurückkehren zur paritätischen Beitragsfinanzierung. Wir stärken Familien durch ein höheres Kindergeld und die Anpassung des steuerlichen Freibetrages für Kinder.

Wir haben das Baukindergeld beschlossen. Wir haben steuerliche Anreize für den Wohnungsbau beschlossen. Wir tun mehr für den sozialen Wohnungsbau. Immer wieder ist hier gesagt worden: Wohnen ist die zentrale Herausforderung. – Hier hat die Bundesregierung bereits gehandelt. Ich danke allen dafür, die das auf den Weg gebracht haben.

Wir haben mit Blick auf den Strukturwandel in den Braunkohlegebieten eine Kommission eingesetzt, die mit dem Arbeiten begonnen hat und die nicht als Erstes fragt: „Wann steigen wir aus der Braunkohle aus?“, sondern die als Erstes fragt: „Wie können wir

Menschen Perspektiven und Zukunft geben?“, und genau das ist die richtige Frage. Ich glaube, diese Kommission wird gute Antworten finden.

Wir haben einen Haushalt, mit dem wir keine neuen Schulden machen und der ein Riesenschritt dahin ist, damit wir wieder alle Maastricht-Kriterien erfüllen. Das ist ein Beitrag für die zukünftigen Generationen, meine Damen und Herren.

Wir haben im Übrigen sogar eines der schwierigsten Themen, nämlich Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit, auf den Weg gebracht.

Das hat uns lange beschäftigt; jetzt ist es auf den Weg gebracht.

Also: Diese Bundesregierung arbeitet. Sie ist sich bewusst, dass sie viel zu tun hat. Sie wird die gesellschaftlichen Fragen so versuchen zu lösen, dass es zu einem besseren Zusammenhalt in der Gesellschaft kommt.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung dabei.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Christian Lindner, FDP:

Deutschland muss die Wohlstandsstagnation überwinden



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Seit Herbst 2015 wissen wir von den Softwaremanipulationen bei deutschen Dieselpkws. Und seit dieser Zeit sind Millionen Fahrzeughalter im Unklaren, ob sie mit ihrem Auto noch in Innenstädte fahren können. Jetzt schreiben wir Juli 2018, und diese Unsicherheit ist noch nicht bereinigt. Wo ist die Mobilitätsgarantie für Millionen Menschen, die auf den Diesel angewiesen sind?

Seit Herbst 2015 sind die Baukosten für Mehrfamilienhäuser um 9 Prozent gestiegen. Seit Jahr und Tag liegen die Ergebnisse der Baukostenkommission auf dem

Tisch, wo es darum geht, die Erstellungskosten zu reduzieren. Sie diskutieren über die Mietpreismbremse. – Wo sind die Initiativen für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums durch Setzung von verhältnismäßigen Standards?

Seit Herbst 2015, spätestens, warnen die Wirtschaftsweisen davor, dass wir durch diese Energiepolitik weder unsere Klimaziele erreichen noch die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf Dauer erhalten können. Sie stellen mit Ihrer Kohlekommission, die Sie gerade genannt haben, Frau Bundeskanzlerin, die Frage, wie man sozialverträglich möglichst schnell auf mehr Braunkohle-Kraftwerksblöcke verzichten kann. Diese Frage ist eigentlich geklärt durch den europäischen CO₂-Zertifikatehandel. Sie müssten die Frage stellen: Wie kommen wir wieder zu einem marktwirtschaftlichen System der Energieerzeugung, das Arbeitsplätze in Deutschland sicher macht? Aber wenn ich es richtig sehe, dann gibt es im Haus von Peter Altmaier noch nicht einmal einen zuständigen Staatssekretär für diese Frage.

Seit 2015 wird über die Digitalisierung der Bildung gesprochen.

Die Menschen sehen im Alltag, in welchem Zustand die Schulen sind. Da geht es nicht nur um Smartboards an den Wänden und Tablets, nicht nur um digitale Bildung, sondern auch um den Zustand der Toiletten. Seit 2015 wird darüber gesprochen; 2016 wurde der Digitalpakt vorgestellt. Jetzt, in diesem Bundeshaushalt, sind noch nicht einmal die Mittel dafür etatisiert, weil Sie darauf warten, dass Sie dafür Erlöse aus der Versteigerung neuer Mobilfunklizenzen bekommen.

Deshalb, Frau Bundeskanzlerin: Sie haben über vieles gesprochen; es gibt aber nicht nur die Weltbühne, und es gibt nicht nur die Ränder der Gesellschaft, sondern es gibt auch Millionen Menschen in der Mitte dieser Gesellschaft, die von ihrer Regierungschefin Antworten auf Alltagsprobleme erwarten.

Davon haben wir nichts gehört. Wir haben davon nichts gehört, weil Ihre Regierung seit dem Herbst 2015 insbesondere mit Fragen der Flüchtlingspolitik und mit Asylfragen beschäftigt ist. Das überlagert alles – auch Ihre Rede heute. Die politische Debatte der letzten Tage hat noch einmal ei-

nen Eindruck davon gegeben. Seit Herbst 2015 beschäftigt sich Ihre Regierung, beschäftigen Sie selbst sich hauptsächlich damit, ohne dass das Problem nachvollziehbar befriedigend gelöst wäre. Wir haben mal gesagt: Besser nicht regieren, als falsch. – Wir haben uns nicht vorstellen können, dass beides gleichzeitig geht.

Die wirtschaftliche Entwicklung haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, gewürdigt. Sie haben unerwähnt gelassen, dass wir seit 2008 den vierten Auftragsrückgang in Folge zu verzeichnen haben; das ist einmalig seit 2008. Die Wachstumsprognosen werden zurückgenommen. Wir haben neue wirtschaftliche Risiken, beispielsweise durch die Handelskonflikte auf der Welt. Diese haben Sie angesprochen.

Deshalb wäre es jetzt dringend nötig, dass dieses Land seine Wohlstandsstagnation überwindet und wieder darangeht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir auch im nächsten Jahrzehnt eine gute wirtschaftliche Entwicklung haben.

Davon haben wir nichts gehört.

Was Sie getan haben, Frau Merkel, war, neuen Bürokratismus, den Herr Heil in den Koalitionsvertrag gebracht hat, nämlich die Brückenteilzeit, zu loben. Die einzige konkrete wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Maßnahme, die Sie gelobt haben, ist mehr Bürokratismus. Ich kann Ihnen sagen: Wir wünschen uns von Ihrer Regierung weniger Bürokratismus und mehr Initiativen für den welt-

weiten Freihandel. Das wäre im Interesse der deutschen Wirtschaft.

Um zum Haushalt zu kommen: Die Einnahmen des Staates werden in den nächsten Jahren um sage und schreibe 165,9 Milliarden Euro steigen.

Und dennoch ist keine nennenswerte Entlastung und ist eine sinkende Investitionsquote in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen – und das bei dieser Entwicklung der öffentlichen Einnahmen. Der Publizist Gabor Steingart hat einmal geschrieben:

Der Steuerregen ist der einzige Niederschlag, der bereits verdunstet ist, bevor er den Boden erreicht hat.

Das hängt mit Ihrer Art, Politik zu machen, zusammen.

Die Kaufprämie für Elektroautos erweist sich als unwirksam. Antwort der Großen Koalition: Dann wird sie verlängert. – Die eigentliche Antwort müsste sein: Abschaffen!

Das Baukindergeld wird teurer als erwartet. Lösung der Großen Koalition: Dann bekommt die SPD eben auch noch 500 Millionen Euro zusätzlich, um die Zustimmung einzukaufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch wirklich ein sachwidriges Koppelgeschäft; denn Ihnen fiel erst ein, mehr für sozialen Wohnungsbau zu fordern, als die CSU mehr Geld für ihr Baukindergeld brauchte.

Zur Rentenkommission. Wie großartig: Sie richten eine Renten-

kommission ein, sicherheitshalber beschließen Sie aber vorher die Mütterrente etc., wodurch der Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt von 91 Milliarden Euro auf 103 Milliarden Euro im Jahr steigen wird. Wozu brauchen Sie eine Rentenkommission, wenn die Ergebnisse bereits vorher feststehen? Diese Rentenpolitik kann nicht fortgesetzt werden. Wir brauchen mehr Flexibilität und private Vorsorge.

Nebenbei gesagt, Frau Kollegin Weidel: Dass ausgerechnet Sie die Rentenpolitik der Großen Koalition kritisieren, war für mich eine Überraschung. Denn Ihre Partei hat es ja entweder aus Raffinesse oder aus Faulheit bisher vermieden, ein eigenes rentenpolitisches Konzept vorzulegen. Sie sollten andere erst dann kritisieren, wenn Sie den Mut haben, sich zu entscheiden, in welche Richtung Sie die Rentenpolitik weiterentwickeln wollen. Vorher macht das keinen Sinn, anderen Zensuren zu erteilen.

In diesem Bundeshaushalt erkennen wir keine Schwerpunktsetzung und keine Ideen. Ich glaube, Michelangelo wird folgender Satz zugeschrieben. Auf die Frage, wie er denn diese großartigen Statuen schaffen kann, wie diese Skulpturen zustande kommen, hat er gesagt: Ich habe einfach das Überflüssige weggelassen. Aus dem groben Klotz wird durch das Weglassen des Überflüssigen ein Kunstwerk. Das, was Olaf Scholz vorgelegt hat, ist ein unbeschlagener Block ohne Ideen und ohne Gestaltung.

Es sagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein solcher Haushalt ja auch etwas über politisches Grundverständnis aus und über das Verhältnis von Bürger und Staat. Die SPD hat im Wahlkampf versprochen, den Mittelstandsbauch abzuschaffen. Sie haben versprochen, dafür unter anderem den Spitzensteuersatz von 54 000 Euro auf 60 000 Euro zu erhöhen, und Sie haben prüfen wollen, ob der Grundfreibetrag über den im jährlichen Existenzminimumbericht prognostizierten Wert hinaus angehoben werden muss. Die Union hat versprochen, den Mittelstandsbauch zu dämpfen. Sie haben versprochen, dass der Spitzensteuersatz nicht bei 54 000 Euro, sondern erst bei 60 000 Euro greifen soll – deckungsgleich mit der SPD –, und Sie wollten den Kinderfreibetrag auf das Niveau des Freibetrags für Erwachsene anheben. Bei diesen Fragen gab es in den Wahlprogrammen von Union und SPD Übereinkunft.

Warum finden wir das nicht in der mittelfristigen Finanzplanung von Olaf Scholz?

Alle drei Koalitionspartner – darauf kommt es in diesen Tagen ja

an – reden, alle drei handeln nicht. Wenn Sie in Zeiten von Rekorderneuerungen nicht einmal in der Lage sind, Ihre Wahlversprechen zu halten, dann ist das nicht nur ökonomisch unklug, sondern es ist ein Anschlag auf die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt.

Wofür haben Sie denn Geld? Für 209 Stellen in den Bundesministerien, davon 104 bei Horst Seehofer in einer Abteilung „Heimatbezogene Innenpolitik“, von der der Bundesrechnungshof sagt, sie wisse nicht, was sie tun soll, und dass der Stellenaufwuchs nicht etatfrei begründet sei. Wofür haben Sie denn Geld? 6,6 Millionen Euro zusätzlich für die Bundestagsfraktionen. Wofür haben Sie denn Geld? 25 Millionen Euro für die Parteienfinanzierung. Wofür haben Sie denn Geld? 20 Millionen Euro für die politischen Stiftungen. Ich will das alles gar nicht diffamieren, aber solange und soweit Sie keine Bereitschaft haben, die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, ist es ein Beleg mangelnder Sensibilität, wenn die Politik sich selbst bedient.

Herr Grosse-Brömer sagt gerade – falls der Zuruf nicht im Protokoll ist –: „Sie hätten ja alles besser machen können, wenn Sie den Mut gehabt hätten!“

Wir erleben doch gerade Folgendes – ich komme gleich in der Sache noch mal darauf zurück –:

Das, was den Asylkompromiss von CDU und CSU ausmacht, ist ein Bruch des Koalitionsvertrages.

Es entspricht nicht dem Koalitionsvertrag, was da steht. Transitionen hat die SPD vorher abgelehnt. Ich weiß jetzt, warum CDU und CSU in der Agrarpolitik, in der Klimapolitik, in der Steuerpolitik, in der Europapolitik, in der Einwanderungspolitik den Grünen bei Jamaika jeden Wunsch von den Lippen ablesen konnten: weil sie gar nicht die Bereitschaft hatten, das einzulösen, wie man jetzt im Verhältnis zur SPD sieht. Das kann man doch jetzt sehen.

Ich wollte darauf gar nicht im Einzelnen eingehen, aber: Sie einigen sich zwischen CDU und CSU zulasten der SPD. Die SPD kann sich jetzt entscheiden: Wollen wir die Regierungskrise verlängern, oder holen wir als Sozialdemokraten für die Union die Kastanien aus dem Feuer? Wenn bei der Wahl in Hessen und bei der Wahl in Bayern die SPD ein Fiasko an der Wahlurne erlebt, dann werden die eigenen Parteilinken sagen: Der Kotau vor der Union hat uns diesen Scherbenhaufen eingebracht. – Sie spielen also mit der Stabilität der Regierung; Sie verschieben die Regierungskrise nur. Das ist kein fairer Umgang von Koalitionspartnern miteinander. Sie grinsen und grinsen darüber. Sie wissen aber selbst genau: Das ist kein fairer Umgang mit der

SPD. Es ist kein fairer Umgang, stimmt's? Wir sprechen uns, Kolleginnen und Kollegen, nach den Wahlen in Hessen und Bayern wieder und sehen dann ja, wie die Debatte innerhalb der SPD aussieht.

Der Europäische Rat wurde von Frau Bundeskanzlerin angesprochen; er ist eine Woche her. Wir erinnern uns: Der Europäische Rat kam ursprünglich zusammen, um über die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion zu sprechen. Für den Juni 2018 wurden ja wegweisende Vorschläge angekündigt. Nun hat es eine Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich bzw. zwischen Frau

Bundeskanzlerin und dem französischen Präsidenten gegeben. Das ist im Koalitionsvertrag und auch in mehreren Regierungserklärungen hier als ein Beitrag dargelegt worden, Europa zusammenzuführen. Ein Beitrag für wirtschaftliche Konvergenz sollte erbracht werden. Das Ergebnis ist: keins. In der letzten Woche hat man sich nicht verständigen können, weil zwei Drittel der Mitglieder des Ecofin insbesondere gegen die Vorschläge von Deutschland und Frankreich sind. Die Vergemeinschaftung von Risiken, von Schulden und Finanzen hat Europa nicht zusammengebracht, sondern hat Europa gespalten, weil es eben doch noch Anhänger von Stabilitätspolitik gibt.

Frau Nahles, Sie haben in der vergangenen Woche hier an diesem Pult gestanden und gewettert. Sie haben gesagt, wir müssten in der europäischen Finanzpolitik dazu kommen, dass insbesondere marode private Banken nicht mehr auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abgewickelt werden. Was genau ist eigentlich beim Europäischen Rat als einziger Punkt hinsichtlich der Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen worden? Der Common Backstop – oder, um es mal vom Jargon der EU zu entkleiden, dass die letzte Instanz der Haftung für die Abwicklung privater Banken die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sind. Das Einzige, was beschlossen worden ist, ist das Gegenteil von dem, was Sie hier am Pult gefordert haben. Wissen Sie: Es ist ein Problem, wenn Worte und Taten zeitlich so nah zusammenfallen und inhaltlich so weit auseinanderliegen.

Das zweite Thema, das auf der Tagesordnung stand – Frau Merkel hat es hier angesprochen –, war die Migrationspolitik. Sie haben die Gipfelergebnisse hier geschildert, aber sie sind wirkungslos, wie Ihre Schwesterpartei CSU dar-

gelegt hat.

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Wir als Freie Demokraten unterstützen ein europäisches Asylsystem. Wir wollen ein Europa ohne Grenzen, ohne Schlagbäume. Voraussetzungen sind eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen und ein fairer Mechanismus der Verteilung von Flüchtlingen im Inneren, auch eine Ordnung für die sogenannte Sekundärmigration. Ich bin mir bei der CSU nicht ganz sicher, ob sie ähnliche Ziele hat. Die Nähe zu Herrn Orban bei den Klausurtagungen der CSU könnte auch andere Gedanken nahelegen.

Aber im Weg eben, Frau Bundeskanzlerin, unterscheiden wir uns. Wir glauben, dass die Voraussetzung für eine europäische Lösung ist, dass wir zunächst als Bundesrepublik Deutschland deutlich machen, dass wir, anders als seit 2015, nicht mehr willens, nicht mehr in der Lage sind, die Hauptlast der Migration von außen und der Sekundärmigration innerhalb Europas zu tragen. Da unterscheiden wir uns.

Die CSU hat die Gipfelergebnisse ebenfalls als wirkungslos bezeichnet. Und was folgte, war eine beispiellose Eskalation, die übrigens die Eskalation von Kreuth 1976 noch in den Schatten stellt. Also in dem Punkt, muss man sagen, hat Horst Seehofer die Latte gegenüber Franz Josef Strauß höher gelegt. Franz Josef Strauß hat die Oppositionspartei CDU/CSU seinerzeit in eine Schwierigkeit gebracht. Horst Seehofer ist in der Lage, nicht nur die Unionsfamilie zu spalten, sondern eine ganze Regierung in eine Instabilität zu bringen. In dem Punkt also gehen Sie über Franz Josef Strauß hinaus.

Was war denn das Ergebnis, das uns als Wende und als große Lösung verkauft worden ist? Frau Merkel war gegen Zurückweisungen an der Grenze und hat auf Abkommen gesetzt, die sie nicht bekommen hat. Horst Seehofer will zurückweisen, aber damit kann er sich nicht durchsetzen. Jetzt soll aus Transitionen abgewiesen werden, und dafür werden genau die Abkommen benötigt, die Frau Merkel schon nicht bekommen hat. Seehofer muss also jetzt das leisten, was Frau Merkel nicht zu leisten vermocht hat. Ich glaube, im Bundeskanzleramt biegen sie sich vor Lachen, Herr Seehofer.

„Spiegel Online“ schreibt zu dem, was Sie als Kompromiss vorgelegt haben, zu Recht: Das ist „so praxistauglich wie Sandalen in der Arktis“.

Die Bundespolizeigewerkschaft sagt: Das funktioniert nicht. Au-

ßerdem haben wir, anders als es CSU-Politiker glauben, nicht nur eine bayerisch-österreichische Grenze, sondern auch noch andere Grenzen, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen übrigens. Quantitativ leistet das ebenfalls keinen wirksamen Beitrag, wie Sie selbst wissen, Herr Minister Seehofer; denn Sie haben ja in der Vorstandssitzung der CSU, wie man den Medien entnehmen konnte, das Kompromissangebot, was dann am Sonntag beschlossen worden ist, selber abgelehnt als, wie man lesen kann, „dumm“ oder unwirksam. Das ist bemerkenswert; denn das entlarvt: Es ist in Wahrheit ein Waffenstillstand, den Sie geschlossen haben, und keine Lösung in der Sache. Und es sagt noch etwas anderes – man kennt ja solche Situationen –: Wenn aus Vorstandssitzungen solche empfindlichen Fragen nach draußen getragen werden, dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo die eigenen Freunde den Rücktritt des Vorsitzenden nicht mehr fürchten, sondern ersehnen.

Es ist also keine Lösung erreicht worden. Was Sie erreichen, ist eine Spaltung, eine Spaltung Ihrer Parteienfamilie, eine Spaltung der SPD, eine Auseinandersetzung in der SPD vor den Wahlen in Hessen und Bayern und eine Spaltung selbst der Linkspartei, die intern ja auch eine scharfe Auseinandersetzung in der Migrationsfrage führt. Deshalb, Frau Bundeskanzlerin, sollten wir über die ganzen anderen Fragen, über die ich zuerst gesprochen habe, vom Diesel angefangen bis zur Steuer, hauptsächlich in diesem Parlament diskutieren. Da gibt es genug Streitpotenzial.

Unser Angebot ist: Lassen Sie uns doch gemeinsam, Bund, Länder und Gemeinden, über die Grenzen, die uns hier im Parlament trennen, hinaus an einem deutschen Migrationskonsens arbeiten; denn bei den großen Fragen brauchen Sie nicht nur die SPD. Bei der wichtigen Frage beispielsweise der Bestimmung sicherer Herkunftsländer etwa in Nordafrika, damit Rückführungen schneller durchgeführt werden, werden Sie die Grünen brauchen und auch von uns mitgetragene Landesregierungen. Frau Merkel, Frau Bundeskanzlerin, unser Vorschlag ist: Da dieses Thema selbst in Ihrer eigenen Fraktion so verankert ist, lassen Sie uns das Problem parteiübergreifend lösen und in dieser entscheidenden Frage, wie Anfang der 90er-Jahre beim Asylkompromiss, die politischen Debattenlinien verlassen und gemeinsam neu denken!

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

In diesem Bundeshaushalt erkennen wir keine Schwerpunktsetzung und keine Ideen.

Andrea Nahles, SPD:

Aufbruch, Dynamik und Zusammenhalt vorantreiben



Andrea Nahles (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Ja, es ist in diesen Tagen sicherlich nicht falsch, dass wir mit einem hohen Anspruch in dieser Regierung zusammenarbeiten. Diesen hohen Anspruch kann man sehr schnell ablesen am Titel unseres Koalitionsvertrages: „Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“. Daran lassen wir uns auch messen. Ich sage Ihnen, lieber Herr Lindner: Die Meseberger Erklärung hat keinesfalls eine Spaltung Europas zur Folge, sondern das ist die Lokomotive, mit der wir den Fortschritt in Europa erreichen werden. Davon bin ich fest überzeugt. Das ist ein neuer Aufbruch für Europa.

Auch was die Frage eines neuen Zusammenhalts in diesem Land angeht, hat diese Regierung wirklich viel erreicht:

Ab dem 1. Januar 2019 werden wir wieder halbe-halbe machen; bei der Krankenversicherung wird die Parität wiederhergestellt. Das ist eine Entlastung von 7 Milliarden Euro für Beschäftigte und Rentnerinnen und Rentner in diesem Land.

Und wir haben ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit durchgesetzt. Herr Lindner, wenn Sie hier von Bürokratismus reden, sage ich: Bürokratismus? Um Himmels willen! Es geht hier um Millionen, vor allem Frauen, die endlich wieder eine Chance haben, nicht in der Teilzeitfalle kleben zu bleiben. Wir holen sie raus, sie kriegen anständige Löhne, können Karriere machen und haben auch keine Altersarmut zu fürchten. Wenn Sie das hier als Bürokratismus definieren, demaskieren Sie sich dadurch nur selbst. Das ist der Punkt.

Wir haben es endlich geschafft, bei der Pflegeausbildung bundesweit die Schulgeldfreiheit durchzusetzen. Das halte ich für einen wichtigen Punkt.

Zentrale Grundgesetzänderungen sind auf den Weg gebracht worden; damit kommen wir zum Thema „neue Dynamik“. Wir haben endlich auf den Weg gebracht, dass das Kooperationsverbot fällt. Ich hoffe sehr, dass Grüne und FDP diesen Weg mitgehen können; denn wir brauchen sie dafür. Das ist ein lohnendes Projekt; denn wir haben tatsächlich einen Stau an der Stelle, den wir endlich auflösen können. Wir brauchen eine Modernisierung der Schulen, und wir brauchen noch mehr öffentlichen Wohnungsbau.

Wir haben das Familienentlastungsgesetz beschlossen. Das bedeutet ab dem 1. Juli 2019 10 Euro und bis Ende der Legislatur 25 Euro mehr Kindergeld. Es bleibt netto mehr für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und Familien. Und es gibt mehr Rechte für Beschäftigte und Verbraucher durch die Einer-für-alle-Klage, die wir auch durchgesetzt haben. Das ist doch ein Mittel, um im Dieselskandal den Verbraucherinnen und Verbrauchern den Rücken zu stärken.

Herr Lindner, das Gesetz haben wir schon durch den Bundestag gebracht. Das ist doch nicht Nichthandeln; das können Sie uns hier nicht unterstellen.

Also, das war jetzt eigentlich kein schlechter Start in diese Regierung.

Leider ist der Regierungsmotor in den letzten drei Wochen ins Stottern geraten.

Anstatt so weiterzumachen, wurden wesentliche weitere Gesetzesvorhaben in den regierungsinternen Abstimmungen verzögert: das Gute-Kita-Gesetz, der soziale Arbeitsmarkt, die gesetzlichen Maßnahmen zum Stopp von existenzbedrohenden Mieterhöhungen. Die SPD-Fraktion erwartet jetzt, dass es bei diesen Themen in den nächsten Monaten vorangeht.

In den letzten drei Wochen haben wir hier vor allem Streit und Drohungen erlebt. Es ist gut, dass nun alle Teile der Bundesregierung zur ordentlichen Regierungsarbeit zurückkehren möchten. Wir begrüßen das sehr.

Es gibt keinen Grund, in der Flüchtlingspolitik einen anderen Regierungsstil zu pflegen als in all den anderen Punkten, die ich gerade vorgetragen habe. Wir brau-

chen auch keine Masterpläne. Wir brauchen gutes Handwerk, damit endlich das umgesetzt werden kann, was wir doch gemeinsam verabredet haben, und die Basis dafür ist der Koalitionsvertrag.

Ich habe in den letzten Wochen an diesem Ort auch schon gesagt: Seit dem Unterzeichnen des Koalitionsvertrages am 12. März hat sich in der Flüchtlingsfrage keine neue Sachlage ergeben.

Wer darüber hinausgehende Vorschläge hat, muss diese vorstellen, begründen und mit dem Koalitionspartner abstimmen. Am Beginn eines solchen Prozesses sind wir. Die SPD hat in einem Fünf-Punkte-Plan ihre Position klargemacht: Humanität und Realismus gehen zusammen.

Das ist etwas, was wir auch im Regierungsalltag beweisen werden.

Unsere Grundsätze lauten – das steht für uns ganz klar fest –: keine nationalen Alleingänge. Rechtsstaatliche Verfahren müssen eingehalten werden. Geschlossene Lager lehnen wir ab.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen – Frau Merkel hat es auch angesprochen –, dass wir endlich zu einer neuen Logik der Zuwanderungspolitik kommen müssen. Wir brauchen ordnende, steuernde Prinzipien, humane Prinzipien. Deswegen ist es wirklich dringend, dass wir endlich ein Einwanderungsgesetz in dieser Regierung auf den Weg bringen. Das hat für uns eine hohe Priorität.

Wir sehen selbstverständlich, dass wir auch in vielen anderen Bereichen unserer Regierungspolitik in den nächsten Monaten viel zu tun haben. Wir wollen in Deutschland gerne dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wieder mehr Schwung geben.

Es geht darum, demokratisch zu gestalten und sich hier nicht in vermeintliche Sachzwänge zu begeben. Wir werden mit diesem Haushalt, den wir hier heute diskutieren, dafür die richtigen Weichen stellen.

Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, der nicht nur Recht setzt, sondern auch Recht durchsetzt.

Dafür sind – ich sage das in Bezug auf diesen Haushalt – wesentliche Voraussetzungen geschaffen worden. Ehrlich gesagt sagen mir viele Leute: Ja, ja, ihr macht da eure Gesetze. Aber an die hält sich ja keiner. – Deswegen ist es keine Kleinigkeit, dass wir dem Zoll, der gegen die Schwarzarbeit kämpft, der dagegen angeht, wenn der Mindestlohn nicht eingehalten wird, und der gegen Schmuggel und Menschenhandel vorgeht, endlich genügend Stellen zur Verfügung stellen, damit das Recht nicht nur gesetzt, sondern in diesem Land auch durchgesetzt wird. Dafür geht an dieser Stelle mein ausdrücklicher

Dank an Olaf Scholz, der das ermöglicht hat.

An diesem Haushalt kann man auch sehen, dass wir in den nächsten Monaten ein großes Thema anpacken werden: die Rentenpolitik. Wer sein Leben lang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt und damit die Renten der älteren Generationen finanziert hat, muss am Ende auch selbst einen Anspruch auf eine auskömmliche Rente haben.

Es ist mit dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit nicht vereinbar, wenn Menschen ihr Leben lang arbeiten, ihre Rente aber später immer weiter an Wert verliert. Die Kaufkraft der gesetzlichen Rente muss erhalten bleiben, und deswegen sind wir für die Sicherung des Rentenniveaus, und zwar die gesetzliche Absicherung des Rentenniveaus.

Wir wollen auch dafür sorgen, dass jemand, der sein ganzes Leben lang Beiträge in die gesetzliche Rente eingezahlt hat, im Alter grundsätzlich ein Einkommen hat, das oberhalb der Grundsicherung liegt. Es ist ein Versprechen der Leistungsgerechtigkeit in unserem Sozialsystem, dass der, der gearbeitet und eingezahlt hat, später mehr hat als jemand, der das, aus welchen Gründen auch immer, nicht getan hat. Das muss aus meiner Sicht auch dringend angepackt werden.

Wir werden deswegen in diesen Haushaltsplan viele Milliarden einstellen. Der Bundeszuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung steigt in diesem Jahr auf 94 Milliarden Euro, und er wird bis zum Ende der Legislatur auf 110 Milliarden Euro ansteigen. Das ist viel Geld. Das mag manchen in diesem Haus gefallen, manchen nicht. Das soll auch so sein; denn es geht genau darum, dass wir eine große Veränderung, die demografische Veränderung unserer Bevölkerung, nicht einfach hinnehmen und sagen: So ist das halt. Mehr Alte, weniger Junge – dann

sinkt halt das Rentenniveau. – Die SPD akzeptiert den Sachzwang eines sinkenden Rentenniveaus nicht; denn es gilt: Es gibt diesen Sachzwang nicht. Es ist eine politische Entscheidung, wie viel uns die Sicherung im Alter wirklich wert ist.

Die SPD entscheidet sich dafür, die Renten auf dem heutigen Niveau zu sichern und Altersarmut zu begegnen.

Sachzwänge, die wir in dieser Regierung nicht akzeptieren, gibt es aber auch an anderer Stelle. Wir müssen nicht hinnehmen, dass Bildungschancen in unserem Land zwangsläufig ungleich verteilt sind.

Wir müssen nicht hinnehmen, dass ländliche Regionen bei der Digitalisierung abgehängt werden. Wir müssen nicht hinnehmen, dass steigende Mieten den Lohnzuwachs, den man hat, auffressen. Deswegen ist dieser Haushalt so gut: Er investiert in Schulen, er investiert in Kitas, er investiert in Straßen und in Eisenbahnen, in den Breitbandausbau, in Umwelt- und Klimaschutz, in sozialen Wohnungsbau, in das Baukindergeld, in Städtebauförderung, in Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das tun wir. Wir nehmen Sachzwänge nicht hin. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Dieser Haushalt steht für einen handlungsfähigen Staat.

Ich möchte ausdrücklich noch einmal aufgreifen, dass es uns sehr wohl wichtig ist, den Umstieg auf eine CO₂-arme Wirtschaft im Auge zu haben und voranzutreiben, aber dass wir gleichzeitig den Verlust von Arbeitsplätzen nicht hinnehmen wollen. Deswegen ist in diesem Haushalt ein Topf mit Extramitteln geschaffen worden. Wir wollen den Strukturwandel beispielsweise in der Lausitz so begleiten, dass wir den Leuten am Ende nicht nur ein Ausstiegsdatum für die Braunkohle präsentieren, sondern auch sagen können: Wir haben eure Region nicht hängen lassen. Ihr habt weiterhin eine Zukunft, in der Lausitz und an anderen Stellen. – Das ist der entscheidende Unterschied zu dem, was hier von Einzelnen vorgetragen wird.

Ich denke, dass es absolut wichtig ist, in dieser Situation zu betonen: Wir wollen in diesem Land gestalten. Wir nehmen keine Sachzwänge hin. Wir sind bereit, unseren selbstgesetzten Anspruch „Aufbruch, Dynamik und Zusammenhalt“ auch weiterhin mit aller Kraft voranzutreiben.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen in diesem Land gestalten. Wir nehmen keine Sachzwänge hin.

Der Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung steigt auf 94 Milliarden Euro.

Dr. Dietmar Bartsch, Die Linke:

Der Haushalt zementiert das Weiter-so der Großen Koalition



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Wir beschließen in dieser Woche den Haushalt für das laufende Jahr. Das war ja am Montag noch nicht so sicher. Ich habe so etwas auch noch nicht erlebt. Man muss ja als Opposition froh sein, dass es im Juli überhaupt einen Haushalt gibt; denn im Moment ist dieser Koalition wirklich alles zuzutrauen. Dass wir als Linke diesen Haushalt ablehnen, ist klar; denn er zementiert das Weiter-so der ehemals Großen Koalition.

Was Sie allerdings in den ersten 100 Tagen und besonders in der letzten Woche aufgeführt haben, das hat der Demokratie schweren Schaden zugefügt.

Es gibt keine Sieger, es gibt auch keine Verlierer.

Und, Herr Lindner, niemand sollte sich vor Lachen biegen; denn auch Sie wie wir alle nehmen ob dieser Entwicklung Schaden.

Es befördert Politikverdrossenheit in einem Ausmaße, wie wir uns alle das nicht vorstellen können. Die Union hat eindrucksvoll dargestellt, dass das C in ihrem Parteinamen für Chaos steht. Das ist die Wahrheit.

Das war und ist würdelos und unverantwortlich; das ist destruktiv, wie ich das bei Konservativen nicht für möglich gehalten habe.

Um menschliche Lösungen geht es Ihnen dabei schon lange nicht mehr.

Es geht um Macht, es geht um Recht behalten, und die Humanität bleibt bei all dem auf der Strecke.

Wir haben seit der Bundestagswahl erst das Desaster von Jamaika und nun das Desaster der Notkoalition der Wahlverlierer erlebt; bei minus 15 Prozent konnte man nicht viel anderes erwarten. Liebe Andrea Nahles, wenn Sie meinen, dass die Überschriften des Koalitionsvertrages mit dem übereinstimmen, was Sie in den ersten

Wochen hier geboten haben, dann muss ich sagen: Das ist ein Paralleluniversum. Die Menschen in diesem Land empfinden wirklich etwas anderes.

Das ist eine Koalition der Selbstsabotage und der Destruktivität, zumindest beim Führungspersonal.

Meine Damen und Herren, die Menschen vertrauen darauf, dass der Staat funktioniert und dass mit ihren Steuern verantwortungsbewusst umgegangen wird. Diese Verantwortung scheint Teile der Regierung schlicht nicht zu interessieren.

Im Besonderen gilt das natürlich für die bayerische Wahlkampftruppe, der es offensichtlich nur um das Ergebnis der Landtagswahlen in Bayern geht.

Womit wir bei Horst Seehofer wären bzw. sind; er ist ja noch da. Passend zu Ihrem Geburtstag heute – Sie sind ja 69 geworden – sind Sie, offensichtlich als Geschenk, noch Innenminister. Aber, Herr Seehofer, Sie sind ein Innenminister auf Abruf. Ich sage Ihnen voraus: An Ihrem 70. Geburtstag werden Sie hier nicht mehr in dieser Funktion sitzen.

Frau Merkel, dass Horst Seehofer das überhaupt geworden ist, ist eine grandiose Fehlentscheidung gewesen.

Der Mann, der im Jahre 2016 die Politik Ihrer Regierung als „Herrschaft des Unrechts“ bezeichnet hat und der die Regierung verklagen wollte, ist Verfassungsminister geworden. Da haben Sie den Bock zum Gärtner gemacht, und dieser Bock wird jetzt von Markus Söder auch noch getrieben und angestachelt. Der hat in seiner Staatskanzlei einen Globus von Bayern stehen und weiß nicht, dass es in diesem Land und auf dieser Welt noch etwas anderes gibt, meine Damen und Herren.

Die CSU radikalisiert sich beinahe stündlich, mit mehr oder weniger menschenverachtender Rhetorik. Herr Söder spricht vom Asyltourismus – als kämen die Flüchtlinge alle im Privatjet nach Europa. Aber, Herr Söder, leider ist das Chartern von Privatjets bayerischen Ministerpräsidenten für die Reise in den Vatikan vorbehalten; da haben Sie das ja getan.

Gerade beim Thema Flüchtlinge ist es umso bitterer, dass die CSU jegliche Nächstenliebe und jeglichen christlichen Anspruch aufgegeben hat.

Sie hätten doch auch Jesus mit

einem Lächeln abgeschoben.

Ich will aus Jesaja 58 zitieren:

Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus!

Als Linker erinnere ich Sie sehr gern daran: Die Bibel kennt keine guten und schlechten Fluchtgründe. Sie kennt nur Menschen in Not, und sie kennt nur Hilfe. Das schreiben Sie sich als christliche Parteien bitte mal hinter die Ohren.

Dann tut die CSU noch so, als hätte sie mit der gesamten Lage hier im Land überhaupt nichts zu tun. Aber Sie sind doch seit 2005 durchgängig an der Regierung. Und jetzt wollen Sie mit der von Ihnen getragenen Politik nichts zu tun haben? In all den Jahren haben Sie die meiste Zeit den Innenminister gestellt.

Sie haben all die Kürzungsarien bei der Polizei und im öffentlichen Dienst mitgemacht und sie sogar vorangetrieben. Sie sind mitverantwortlich. Und jetzt wollen Sie als Dauerregierungspartei auf einmal Anwalt der Menschen sein? Das glaubt Ihnen niemand. Diese Strategie geht selbst in Bayern nicht auf, meine Damen und Herren.

In Bayern ist es ja so, dass im Moment 39 Prozent die CSU als die größte Gefahr für Bayern ansehen. Es ist schon unfassbar, wie eine 6 Prozent-Partei wie die CSU in einem provinziellen Alleingang die Republik und Europa erpresst. Das, finde ich, ist inakzeptabel.

Wie wollen Sie eigentlich die nächsten drei Jahre durchhalten? Es geht angesichts der Trump'schen Politik eigentlich um viel mehr als ums Durchhalten; Sie haben davon gesprochen. Das ist ein Handelskrieg und nichts anderes. Hinzu kommt die Situation in Europa, Stichwort „Italien“; ich könnte das jetzt alles aufzählen. Das braucht eine Regierung, die sich eben nicht von Krise zu Krise schleppt.

Ich wurde in den letzten Tagen oft gefragt, ob die Linke im Asylstreit jetzt bei Angela Merkel oder bei Horst Seehofer steht.

Ganz klar und eindeutig: Natürlich war die Entscheidung von Frau Merkel im September 2015, die Grenzen nicht zu schließen und den Menschen in Not zu helfen, eine humane Entscheidung.

Es ist schon dramatisch, dass sich die Bundeskanzlerin seit drei Jahren ausgerechnet für einen Akt der Humanität permanent vor den eigenen Leuten rechtfertigen muss und von ihnen attackiert wird.

Es muss aber auch deutlich gesagt werden: Die Wahl zwischen Angela Merkel und Horst Seehofer ist nur eine oberflächliche Wahl; das haben die Ergebnisse des EU-Gipfels sehr deutlich gezeigt. In der Sache wollen Angela Merkel und Horst Seehofer das Gleiche: europäische Abschottung, Militarisierung der Außengrenzen, und Flüchtlinge sollen in Lager gesteckt werden.

Horst Seehofer will die Lager nur direkt an der Grenze bauen und Angela Merkel außerhalb der Europäischen Union. Der EU-Gipfel war ein Gipfel der Inhumanität.

Wir als Linke lassen uns keinen Sand in die Augen streuen. Diese Lösungen sind keine Lösungen, sondern menschenverachtende Maßnahmen. Sie sind teilweise rechtswidrig und teilweise undurchsetzbar.

Sie setzen auf Lager und Abschottung und ändern nichts an den Verhältnissen, die die Flucht überhaupt erst produziert haben. Was wir brauchen, ist Mitmenschlichkeit, ist Verantwortung, ist Rechtsstaatlichkeit und ist Solidarität.

Auch im Bundestag müssen wir immer wieder mal den ersten Satz des Grundgesetzes zitieren: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das gilt für alle Menschen in unserem Land. Und ich muss immer wiederholen: Die Flüchtlinge sind die Botschafter der Kriege und des schreienden Unrechts dieser Welt.

Das muss unser Ausgangspunkt sein. Oder um es mit den Worten eines Bayern, Bertolt Brecht, zu sagen: Sie sind „Boten des Unglücks“.

Dieses Unglück ist allerdings nicht vom Himmel gefallen, sondern ist ein Produkt von Politik. Frau Merkel, Ihre Regierungen der letzten 13 Jahre haben zu diesem Unglück einen relevanten Beitrag geleistet. Wer regiert denn seit gefühlten 100 Jahren in diesem Land? Wer lässt denn gegen alle Beteuerungen schon im letzten Koalitionsvertrag weiter Waffen in alle Welt exportieren? Wer hat denn die Europapolitik mit dem Fetisch der schwarzen Null und der Erpressung anderer Länder durchgesetzt?

Wer hat Europa an den Abgrund getrieben? Wer hat die soziale Spaltung in unserem Land und in Europa gnadenlos vorangetrieben? Wer hat dafür gesorgt, dass die

Reichen reicher und die Armen zahlreicher werden? Das waren Sie, Frau Bundeskanzlerin. Sie und Ihre Regierungen tragen die Verantwortung dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland sozial, kulturell und mental tief gespalten ist. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass die Menschen das Vertrauen in den Staat und in seine Institutionen immer weiter verlieren.

Ich will an einem Beispiel anschaulich machen, was Ihre Politik bedeutet: Im Jahre 2005, also zu Beginn Ihrer Amtszeit, gab es 760 000 Vermögensmillionäre.

Heute haben wir 1,36 Millionen Vermögensmillionäre.

Das ist also eine Verdoppelung. Gleichzeitig stieg auch noch die Zahl der Milliardäre, die über einen obszönen Reichtum verfügen, nämlich im Übrigen über 5,2 Billionen Euro. Das sind 15 Bundeshaushalte, um das mal so klar zu sagen.

Das ist die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite ist die Zahl der Kinder in Armut in derselben Zeit auf 2,8 Millionen gestiegen. Das ist auch eine Verdoppelung, und dagegen tun Sie viel zu wenig.

Hier ist das Familienentlastungsgesetz genannt worden. Das verdient doch nicht mal diesen Namen. Die, die es am dringlichsten brauchen, gehen leer aus.

Das Kindergeld, das um 10 Euro erhöht wird, wird bei den Hartz IV-Empfängerinnen und Hartz IV-Empfängern angerechnet. Sie sagen, das sei das System. Ja, dann müssen Sie das System anders gestalten.

Die Anrechnung auf den Unterhalt und den Unterhaltsvorschuss muss abgeschafft werden, und wenn Sie ganz mutig sind, dann machen Sie einen Systemwechsel und kommen Sie zu einer Kindergrundsicherung. Das wäre wirklich mal ein richtiges Reformvorhaben.

Seit 2005, seit Ihrem Amtsantritt, hat sich die Zahl der Vermögensmillionäre verdoppelt und hat sich die Zahl der Kinder in Armut verdoppelt. Was für ein Offenbarungseid!

Das alles ist Ergebnis einer radikalen Umverteilung von unten nach oben. Da liegt die zentrale Ursache für die Spaltung Deutschlands. Wenn Sie nur halb so viel Energie für den Kampf gegen Kinderarmut aufgewendet hätten wie für Ihren Machtkampf mit Horst Seehofer, hätten wir ein anderes Land, dann hätten wir ein besseres Land, meine Damen und Herren.

Bevor Sie also nationale Lösungen ausgerechnet in der Frage von Flucht und Migration beschließen, nutzen Sie doch die nationalen

Fortsetzung auf nächster Seite

Instrumente, die Sie für eine soziale Politik haben.

Erhöhen Sie doch zum Beispiel den Mindestlohn und stellen Sie Steuergerechtigkeit her! Die Sache mit dem Mindestlohn ist eine Farce. Das hat langfristige Auswirkungen.

Wir Linke haben das Ministerium gefragt, was es für den Mindestlohn bedeuten würde, wenn man nach 45 Beschäftigungsjahren eine Rente über der Grundsicherung erhalten will. Antwort: Man braucht

einen Mindestlohn von 12,63 Euro. Das, was Sie mitbeschlossen haben, ist wirklich nur ein Tröpfchen. Wir brauchen endlich – der Vizekanzler hat es doch gesagt – mindestens 12 Euro. Jawohl, da sind wir dabei. Tun Sie da etwas!

Ansonsten haben wir die Altersarmut programmiert. Ich meine, wir müssen uns einfach nur den Pflegebereich ansehen, in dem Sie jetzt – wir werden Sie an den Taten messen, nicht an den Worten – eine Initiative beschlossen haben. In unserem Bundesland, Frau Bundeskanzlerin, in Mecklenburg-Vorpommern, erhält eine durchschnittliche Pflegekraft nach 45 Jahren Beschäftigung eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Das ist doch ein inakzeptabler Zustand. Sie sagen doch selber: Das sind die Träger der Gesellschaft. – Sie werden so miserabel bezahlt. Da muss sich endlich etwas ändern. Das ist Aufgabe von Regierungspolitik.

Ähnlich ist es natürlich mit den Steuern. Wir haben das Steuersystem des vergangenen Jahrhunderts – Sie ändern nichts. Wir brauchen eine Entlastung von Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen. Wir müssen endlich etwas tun, damit die explodierenden Mieten und die steigenden Lebenshaltungskosten den Mittelstand nicht auffressen. Sorgen Sie dafür, dass die Digitalisierung eine Chance für die Zukunft wird! Beenden Sie die Politik, die die Ärmsten der Armen immer weiter in Panik versetzt! Das ist das, was Sie real machen.

Apropos Panikmache. Ich kann mich gut erinnern, dass ich im Jahr 2015 anlässlich eines Nachtragshaushaltes hier gestanden und gesagt habe: Experten prognostizieren die Ankunft von bis zu 500 000 Flüchtlingen. Ich fordere 2 Milliarden Euro für Kommunen und Behörden. – Da wurde von linker Panikmache gesprochen. Ihr damaliger Innenminister hat mir das vorgeworfen, alle haben den Kopf geschüttelt.

Die Realität hat all diese Prognosen überholt. Sie haben nichts für die Kommunen getan.

Sie haben dafür gesorgt, dass

dort viel zu wenig Geld ankam. – Sie haben zu spät begonnen. Sie hätten damals agieren müssen.

Hätten Sie die Freigabe von 2 Milliarden Euro für die Kommunen beschlossen, hätten wir viele Probleme nicht gehabt, Herr Kauder. Das ist die Realität.

Das staatliche Versagen wird jetzt auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgewälzt, wie wir das zum Beispiel im BAMF sehen.

Sie sagen heute, Frau Merkel: Recht und Ordnung müssen wiederher-

gestellt werden. – Sie aber haben den Rechtsstaat beschädigt. Sie haben die Demokratie beschädigt. Der Rechtsstaat muss gestärkt werden, sowohl Behörden als auch Polizei als auch Gerichte. Jetzt beginnen Sie damit, aber viel zu spät.

Ihr unerschütterlicher Glaube an den ausgeglichenen Haushalt überall, auf allen Ebenen ist der falsche Ansatz.

Wir haben nichts gegen einen ausgeglichenen Haushalt. Aber eine rüde Sparpolitik zerstört im Gegenteil das Gemeinwesen. Sie müssen endlich die Superreichen und die Konzerne zur Kasse bitten. Ansonsten wird der Staat kaputtgespart, und die soziale Spaltung wird größer werden.

Die Sparpolitik behindert im Übrigen auch Zukunftsinvestitionen. Wir brauchen aber mindestens 120 Milliarden Euro für Daseinsvorsorge und Infrastruktur, für die Energiewende, für Bildung, damit wir die Klimaziele erreichen. Das alles hängt ausschließlich vom politischen Willen ab. Sie müssen das wollen, dann können Sie auch entscheiden, mit Entschlossenheit endlich in die Zukunft zu investieren.

Ähnlich ist es auch mit der Entschlossenheit, was das Bekämpfen von Fluchtursachen betrifft. Ich meine, Sie erhöhen die Ausgaben für Entwicklungshilfe. Ja, ein Marshallplan für Afrika wäre dringend geboten. Aber in der Realität wird nicht einmal das, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag festgelegt haben, realisiert, dass nämlich die Ausgaben für Entwicklungshilfe und für Verteidigung in gleichem Maße wachsen. Das ist nicht der Fall. Der Rüstungsetat explodiert; dafür sind Sie vehement. Aber wenn es wirklich darum geht, dort etwas zu tun, wo Flucht und Vertreibung wesentlich entstehen, dann sind Sie zurückhaltend. Machen Sie doch wenigstens das, was Ihr Entwicklungsminister sagt – Herr Müller hat den richtigen Ansatz –: einen namhaften Milliardenbetrag in Afrika zu investieren, damit wir dort Probleme lösen können – und nicht stattdessen Rüs-

tungsgüter in diese Länder exportieren. Das ist inakzeptabel.

Im Übrigen: Auch die unfaire Handelspolitik – die Handelsabkommen mit Afrika – raubt Menschen in Afrika die Existenzgrundlage. Die befördert Fluchtursachen. Wenn Sie das so weitermachen, schaffen Sie jeden Tag mit dieser Politik auch neue Flüchtlinge, die vor deutschen Waffen und vor Handelsprofit fliehen. Das können wir so nicht fortsetzen, meine Damen und Herren. Ein Kurswechsel in Ihrer Politik: Hören Sie da auf Ihren Entwicklungs-

minister! Da lobe ich sogar ausnahmsweise die Christlich-Soziale Union.

Meine Damen und Herren, wir haben schwierige Zeiten; es sind angespannte Zeiten. Das ist unbestritten. Aber die jetzige Situation ist relevant Ergebnis von Politik. Wir erleben überall in Europa, in der Welt und auch hier in Deutschland einen Kulturkampf von rechts. Wenn wir diesen Kulturkampf bestehen wollen, brauchen wir eine andere Politik. Wir als Linke werden auch weiter ein Bollwerk der Menschlichkeit sein.

Wir wollen eine andere Politik. – Dass Sie da lachen, ist wirklich die größte Witznummer. Aber Sie sind es nicht wert, darauf einzugehen.

Ich bedanke mich und wünsche mir, dass spätestens nach der Sommerpause ein Kurswechsel vollzogen wird.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Beifall des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dr. Anton Hofreiter, Bündnis 90/Die Grünen:

Deutschland braucht eine verantwortungsvolle Regierung



Anton Hofreiter (*1970)
Landesliste Bayern

Liebe CSU, was für ein Schauspiel haben Sie eigentlich in den letzten Wochen uraufgeführt? Das war doch wirklich beispiellos in seiner Verantwortungslosigkeit.

Sie haben damit die Regierung an den Rand des Abgrunds gedrängt und dafür gesorgt, dass in Deutschland und in Europa massive Verunsicherung verursacht worden ist.

Was treibt Sie eigentlich um? Was treiben Sie denn da eigentlich?

Das fragt sich doch inzwischen der Großteil der Menschen in Deutschland. Das fragt sich doch vom konservativen Bauern in Bayern bis zur linksurbanen Berliner in die Mehrheit der Menschen in diesem Land.

Diese Menschen sehen, dass die Regierung keine Probleme mehr löst, ja dass diese Regierung selbst das größte Problem geworden ist.

Dabei waren die letzten Wochen nur der Höhepunkt. Auch die Wochen davor waren geprägt von einer Mischung aus Chaos und Koma,

Untätigkeit, Setzen falscher Prioritäten, Selbstblockade, Intrigen und jetzt einem völlig verantwortungslosen Umgang mit dem

Regierungsauftrag, und dies in einer Zeit, in der eigentlich die Herausforderungen enorm sind: Die Welt gerät in Unordnung. Europa wartet auf Reformen. Beim Klimaschutz geht leider überhaupt nichts voran, und der soziale und gesellschaftliche Zusammenhalt in diesem Land bröckelt.

Die Plattentektonik der Welt, wie wir dachten, sie zu kennen, ist in Bewegung geraten und erzeugt gigantische Brüche und Beben. Die USA sind nicht mehr unser Verbündeter in Bezug auf die westlichen Werte. Im Gegenteil: Trump produziert inzwischen einen Handelskrieg. Russland und China werden zur Blaupause für einen autoritären Turbokapitalismus, dem immer mehr Länder hinterherlaufen. Und während die wissenschaftlichen Fakten zur Klimakrise gelehrt werden, nimmt die Zahl der Dürren und Katastrophen zu, erhitzt sich der Planet immer mehr, verlieren immer

mehr Menschen ihre Lebensgrundlagen und müssen auf die Flucht gehen.

Die Digitalisierung und Globalisierung lassen die Welt zusammenwachsen, aber unregelmäßig vergrößern sie die Schere zwischen Arm und Reich nur. Tausende Menschen ertrinken im Mittelmeer, der tödlichsten Grenze der Welt. In dieser Situation werden Rettungsschiffe wie die „Lifeline“ auf Odysseen gezwungen und werden die Retter, anstatt dass man ihnen dankt, dass sie für das Versagen der Staaten einspringen, kriminalisiert.

Damit schafft man in Europa ein Klima der moralischen Verwahrlosung, Menschen, die nach Hilfe suchen, werden instrumentalisiert, um ganze Gesellschaften zu spalten und nach rechts außen

zu verschieben. Wir werden Ihnen das schlicht nicht durchgehen lassen.

All diese globalen Herausforderungen sind schlicht da. Der Rückzug ins nationale Schneckenhaus löst überhaupt keines dieser Probleme.

Diese Probleme werden uns auch nicht einfach in Frieden lassen. Unser Wohlstand als Exportnation hängt ganz stark am Handel. Allein die Wiedereinführung innereuropäischer Grenzen würde Schäden im zwei- bis dreistelligen Milliardenbereich verursachen.

Offene Grenzen und freier Warenverkehr sind ein Motor für das Freiheits- und Friedensprojekt Europa.

Genau deshalb greifen die Rechtsaußen das an.

Wenn Trump mit Zöllen auf Autoimporte droht, trifft das besonders die deutsche Autoindustrie. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, mit Audi und BMW trifft es insbesondere Bayern.

Wer also die Handlungsfähigkeit der EU mutwillig beschädigt, der wirft einen sehr gefährlichen Bumerang und trifft sich am Ende nur selbst.

Denn Deutschland ist alleine zu klein, um den Angriffen Trumps zu widerstehen. Deutschland ist alleine auch zu klein, um sich gegen Putin durchzusetzen. Deutschland ist alleine auch zu klein, um es mit der enormen Wirtschaftsmacht Chinas aufzunehmen. Die Europäische Union dagegen ist die größte Wirtschaftsmacht der Welt. Deshalb haben alle europäischen Länder und auch wir das ureigenste Interesse, die Europäische Union zusammenzuhalten und zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen sind radikal, und Politik müsste deshalb umso stärker zeigen, dass sie die Probleme lösen kann und lösen will. Aber diese Bundesregie-

Unser Wohlstand als Exportnation hängt ganz stark am Handel.

Die Mieten in der Großstadt Berlin haben sich in den letzten Jahren verdoppelt.

Die Mieten in der Großstadt Berlin haben sich in den letzten Jahren verdoppelt.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist eine Behörde, die doch seit Jahren nicht funktioniert, nicht erst seit 2014.

Schauen Sie sich doch einmal die Fehleranfälligkeit an! 44 Prozent der Geflüchteten, die gegen die Asylbescheide klagen, bekommen recht. Kennen Sie noch irgendeine andere Behörde, wo 44 Prozent der Bescheide, die hinausgeschickt werden, in erster Instanz, wenn sie beklagt werden, von den Verwaltungsgerichten als falsch deklariert werden?

Schauen wir uns den nächsten Bereich an: Die Mieten in der Großstadt Berlin haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Oder der nächste Bereich: Die NOX-Belastung in den Städten ist – seit Jahren bekannt – so hoch, dass inzwischen klar ist, dass Fahrverbote notwendig sind. Wer zahlt am Ende dafür die Zechen? Die von der Autoindustrie betrogenen und von dieser Bundesregierung im Stich gelassenen Dieselmotorkäufer!

Nehmen wir den nächsten Bereich. Nach der großspurigen Ankündigung eines Dieselfonds ist bislang kein einziger Cent an die Städte geflossen, damit sie mehr Geld in Bus und Bahn stecken können. Oder der nächste Bereich: Merkel hat großspurig von künstlicher Intelligenz gesprochen. Schauen wir uns doch den Ausbau des Breitbandes an. Ich meine, da versprechen Sie seit Jahren Milliardenbeträge – seit Jahren! Und abgeflossen für Baumaßnahmen sind inzwischen 3 Millionen Euro. Es sind 0,09 Prozent. Das heißt, die Tragik dieser Regierung ist doch, dass selbst wenn Sie mal was Gutes wollen, Sie nicht in der Lage sind, es umzusetzen.

Nehmen wir das nächste Beispiel. Frau Merkel und auch Sie, Frau Nahles, haben vom Familien-

entlastungsgesetz gesprochen – ist ja schön! Dann schauen wir uns an, wer davon profitiert, und dann schauen wir uns an, wie es den ärmsten Kindern geht. Die ärmsten Kinder bekommen davon gar nichts. Mensch, wenn Sie sich schon bemühen, dann machen Sie es doch bitte wenigstens einigermaßen richtig.

Statt diesen ganzen Stapel an Herausforderungen endlich abzuarbeiten, haben Sie, Frau Merkel, sich von der CSU und dem rechten Flügel der CDU – er war fleißig mit dabei – die letzten Wochen erpressen lassen. Sie haben

damit die gesamte Bundesrepublik und Europa gleich in Geiselschaft genommen. Was die geplanten Abfanglager in Afrika angeht: Wenn Sie Schutzsuchende der Willkür libyscher Warlords ausliefern und das dann auch noch „libysche Küstenwache“ nennen – was für ein Euphemismus für die Verbrecherbande in diesem gescheiterten Staat! –, wenn Sie bei uns in Deutschland Inhaftierungslager zulassen, dann hat das, ehrlich gesagt, mit diesen vielbeschworenen europäischen Werten von Solidarität, Humanität und Rechtsstaatlichkeit nur noch verdammt wenig zu tun.

Das ist ein Dammbbruch der Unmenschlichkeit, was Sie da organisieren.

Mindestens so schlimm ist, ehrlich gesagt, dass Sie in Ihrem Wahn der Abschottung – machtvorsessen und machtvorgessen vonseiten der Union – den Blick für das Wesentliche eigentlich völlig verloren haben, dass Sie ein Chaos organisiert haben. Die Aufgabe von allen demokratischen Abgeordneten hier im

Raum wäre es doch eigentlich, dieser gefühlten Unsicherheit, die viele Leute haben, diesem Getriebensein, der Verunsicherung was Vernünftiges entgegenzustellen.

Es braucht ein vernünftiges politisches Angebot statt nur dieses Verwaltens des Jetztzustands.

Man muss eins sagen: Die Ideen gibt es doch eigentlich alle. Häufig werden sie hier sogar vorgebracht. Ja, setzen Sie es halt endlich um, dass es gute Schulen und Kitas gibt! Setzen Sie es doch endlich um, dass es würdige Pflegeeinrichtungen gibt! Ja, sorgen Sie doch dafür, dass Justiz und Polizei umfassend gut ausgestattet sind! Um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Weitere Beispiele: Die Mieten sind explodiert. Es gäbe doch die

Möglichkeit, eine funktionierende Mietpreisbremse umzusetzen. Es gäbe doch die Möglichkeit, wirklich ausreichend Geld in den sozialen Wohnungsbau zu stecken. Der Haushalt schaut doch gar nicht so schlecht aus. Da wäre doch Geld vorhanden, ihn vernünftig einzusetzen. Warum machen Sie keinen Abschaltplan für die Kohlekraftwerke, damit Sie Ihre selbstgesetzten Klimaschutzziele wenigstens ansatzweise einhalten können?

Wissen Sie, Frau Merkel, Sie haben zum wiederholten Male – ich kann es, ehrlich gesagt, kaum mehr hören – davon gesprochen, dass die Armut in Afrika und all das die Fluchtursachen sind. Ja, das stimmt ja. Aber warum tun Sie dann nicht das, was Sie hier tun könnten? Wir könnten zum Beispiel uns dafür entscheiden, endlich aufzuhören, die afrikanischen Kleinbauern mit billigen Hühnerfleischresten, die wir dahin exportieren, zu ruinieren. Das könnten wir ganz selbstständig entscheiden.

Trotz alledem: Wenn man sich das anschaut, hat man den traurigen Eindruck, dass mindestens die CSU sich entschieden hat – aller-

Volker Kauder, CDU/CSU:

Der Haushalt gibt Antworten auf Herausforderungen



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen

Wir bringen in dieser Woche nicht einen Haushalt ein, sondern wir beschließen einen Haushalt. Damit zeigt die Regierung, dass sie handlungsfähig ist. Viele haben das schon gar nicht mehr geglaubt, aber wir zeigen, dass wir handlungsfähig sind. Wir legen einen Haushalt vor – darüber werde ich jetzt sprechen –, der richtige Antworten auf die Herausforderungen der Zeit bietet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dieser Haushalt gibt Antworten auf Herausforderungen und zu Themen, die von der Opposition als Problem beschrieben worden sind.

Eine der großen sozialen Aufga-

dinge in die falsche Richtung. Denn Sie hofieren Orban, Sie schaffen ein Polizeiaufgabengesetz, das dem Überwachungswahn entsprungen ist, und Sie wollen anderen Leuten Ihren Glauben aufzwingen. Das hat mit Freiheit nichts zu tun. Das steht für autoritäres Gehabe.

Wer sich aus dem Multilateralismus verabschieden will, wer die EU als Problem sieht, der hat sich ins Nationalistische verabschiedet.

Man hat den Eindruck: Was Sie da in Ihrem populistischen Rausch sich überlegen, hat mit der Lebenswirklichkeit der Leute nur noch verdammt wenig zu tun.

Die Umfrage ist schon erwähnt worden: 39 Prozent der Menschen in Bayern, wenn sie gefragt werden: „Was ist das größte Problem von Bayern?“, sagen: Die CSU. – Das war nicht zum Ankreuzen, sondern sie haben es einfach offen hingeschrieben. Das ist doch krass.

Ist das nicht eigentlich der Moment, wo Sie sich auch mal was überlegen könnten, dass Sie vielleicht die Politik so ein bisschen verändern müssten?

Liebe Frau Merkel und Herr Seehofer, Regieren ist keine Paarthe-

rapie. Es ist eigentlich auch nicht das Beschäftigen mit sich selbst. Liebe SPD, Regieren besteht eigentlich auch nicht darin, dass man sich vor allem wegduckt.

Deshalb würde ich mir als Bürger dieses Landes wirklich wünschen, dass es Ihnen gelingt, den Rest an Verstand zusammenzukratzen und endlich anzufangen, dieses Land vernünftig zu regieren – endlich vernünftig zu regieren! 112 Tage, nachdem Sie angefangen haben, braucht dieses Land nämlich endlich eine handlungsfähige, verantwortungsvolle Regierung. Ich glaube, die Menschen im Land warten darauf, und ich erwarte von Ihnen, dass Sie schlicht Ihren Job erledigen. Dafür sind Sie gewählt, dafür haben Sie sich zusammgefunden, und wenn Sie das nicht können, dann lassen Sie es halt einfach sein und lassen Sie andere

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

ben heißt: mehr Wohnungen, bezahlbare Wohnungen für die Menschen in unserem Land. Jetzt, lieber Toni Hofreiter, schauen Sie doch einmal unseren Haushalt an! Ein Wohnungsbaupaket wird auf den Weg gebracht, wie es dieses Land schon lange nicht mehr gesehen hat.

Es hat mehrere Elemente. Da ist das Baukindergeld, das jungen Familien die Möglichkeit gibt, nicht nur Wohnraum zu schaffen, sondern auch Eigentum zu schaffen; das ist ein zentraler Punkt dieses Baukindergelds.

Wir haben den sozialen Wohnungsbau wieder flottgemacht. Es werden für den sozialen Wohnungsbau noch einmal 500 Millionen Euro draufgelegt. Ich kann jetzt nur hoffen, dass die Länder auch bereit sind, mitzumachen, dass dies umgesetzt wird. Natürlich ist eines klar – wenn Sie beispielsweise mit Kommunen sprechen, erfahren Sie das –: Wir haben natürlich die Herausforderung, durch gute Planung die Aufträge auch umsetzen zu können; denn natürlich gibt es Kapazitätsengpässe in der Baubranche.

Deswegen ist es ja richtig, sehr geehrte Frau Nahles, wenn wir sagen: Wir brauchen ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, um unse-

re Investitionen auch tatsächlich umsetzen zu können. – Wir haben gestern vereinbart: Bis zum Ende des Jahres ist dieses Gesetz im Deutschen Bundestag. – Wir werden damit der Wirtschaft auch eine Antwort auf die größte Herausforderung unserer Wirtschaft geben, nämlich dass das Wachstum nicht gebremst wird, weil wir nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stellen können.

Wir werden die Städtebauförderungsmittel für das Jahr 2019 auf dem Niveau von 2018 stabilisieren. Und wir werden einen starken Anreiz für den privaten Wohnungsbau geben, indem wir die AfA in den nächsten Jahren noch um 5 Prozent aufstocken. Jetzt will ich einmal sagen: Unter welcher anderer Regierung als unter dieser Großen Koalition hat es das schon einmal gegeben, dass auf ein drängendes Problem eine so konsequente und starke Antwort gegeben wird wie mit dem Haushalt 2018?

Wir geben natürlich auch eine Antwort auf eine große Herausforderung nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt: das Thema Flüchtlinge. Jetzt muss ich

Fortsetzung auf nächster Seite

schon einmal sagen: Wir sollten, wenn wir darüber reden, mit den Fakten schon anständig umgehen.

Das heißt zunächst einmal: Es bleibt dabei – das wissen auch Sie in der Opposition –, dass wir für diejenigen, die verfolgt sind, die aus Bürgerkriegen kommen, die persönlich verfolgt sind, natürlich in unserem Land und in Europa Schutz bieten.

Da brauchen wir überhaupt keine Belehrungen.

Das, was in den letzten Tagen diskutiert worden ist, auch streitig diskutiert worden ist, handelt von einem ganz anderen Thema.

Ich will nur sagen, Herr Bartsch: Dass Sie das in besonderer Weise beobachten, kann ich gut verstehen; denn Ihre Parteitage sind regelmäßig von solchen Auseinandersetzungen geprägt. Von Ihnen brauchen wir also keine Hinweise, wie man es anders machen sollte.

Reden Sie einmal mit Sahra Wagenknecht und Frau Kipping darüber, was die in aller Öffentlichkeit auf Parteitag vorführen.

Bei der AfD geht es natürlich sehr harmonisch und friedlich zu. Das lesen wir ja jeden Tag.

Wir sind gespannt, wie später die Frage, wer nachfolgen wird, diskutiert wird. Also, ich kann nur sagen: Jeder kehre vor seiner eigenen Tür; denn jeder hat solche Situationen auch bei sich schon einmal erlebt. Wir brauchen da keine Belehrungen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt reden wir einmal davon. Es geht doch schlicht und ergreifend darum, dass wir auch im Interesse der Menschen die Situation ordnen

und deshalb eine Antwort auf die sogenannte Sekundärmigration geben. Es ist doch überhaupt nicht besonders menschlich, wenn Flüchtlinge in ganz Europa herumreisen, ohne dass festgestellt ist, wo sie nun tatsächlich ihre Verfahren durchlaufen sollen. Um diese Fragestellung geht es. Es geht darum, dass diejenigen, die schon im

sicheren Europa ein Verfahren begonnen haben, es dort abschließen, wo sie es angefangen haben.

Wenn wir solche Menschen an der Grenze aufgreifen und sagen: „Ihr müsst in das Land zurück, wo ihr das Verfahren bereits begonnen habt“, ist das doch überhaupt nichts Außergewöhnliches. Wenn wir die Menschen an der Grenze aufgreifen und nicht sagen: „Wir schicken sie einfach irgendwohin“, sondern mit den Ländern, aus denen sie als Flüchtlinge gekommen sind, sprechen und Vereinbarungen treffen, dann werden sie dorthin zurückgebracht und kommen in eine Unterkunft, bis dies organisiert ist. Da kann ich nur sagen: Es ist eine üble Verleumdung, zu sagen: Da werden Lager mit Stacheldraht aufgebaut. – Genau dies ist nicht der Fall.

Deswegen, Herr Hofreiter, bitte ich Sie wirklich darum, dass wir unter demokratischen Parteien so nicht miteinander sprechen und so nicht miteinander umgehen.

Das dürfen wir nicht zulassen; denn damit reden wir denen das Wort, die solche Dinge behaupten, die falsch sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiteres Thema: Gerade ich, der ich viel in diesen Regionen – ich bezeichne sie mal als Orient – unterwegs bin – auch in

Orissa, wo Christen verfolgt wurden und weiter ausgegrenzt werden, oder in anderen Ländern –, weiß, dass Menschen fliehen, weil sie bedroht sind und keine Perspektive für sich selber sehen, gerade weil ich davon so viel Kenntnis habe, muss ich Ihnen sagen: Ich will alles dafür tun, dass Menschen nicht Geld ausgeben, um sich aus entfernten Regionen, ohne eine wirkliche Perspektive, anderswohin verschleppen zu lassen. Deswegen machen wir eine Asylpolitik, die sagt: Wir ordnen das Ganze, und wir lassen nicht zu, dass Menschen aus dem Süden Afrikas in den Norden kommen und dort dann zu Sklaven gemacht werden. Das hat mit Menschlichkeit überhaupt nichts zu tun.

Deswegen ist es richtig, dass wir den Marshallplan mit Afrika von Gerd Müller umsetzen. Davon müssen wir natürlich nicht nur reden, sondern auch etwas machen. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Beiträge in die entsprechenden Fonds einbezahlt. Ich habe mehrfach mit der Bundeskanzlerin darüber gesprochen. Sowohl der ehemalige Finanzminister Wolfgang Schäuble als auch der jetzige Finanzminister haben gesagt: Was notwendig ist, um in diesen Ländern zu helfen, werden wir tun.

Ich habe in den letzten Tagen mit dem Vertreter des UNHCR gesprochen, und er sagte mir, dass das Geld für Lebensmittelrationen schon wieder nicht ausreicht. Er hat mir gesagt, dass eine Situation, wie wir sie im Sudan haben, nicht sein müsste. Mit einer halben Milliarde Dollar könnten wir in diesem Jahr den Tod von Tausenden von Kindern im Monat verhindern.

Da kann ich nur sagen: Frau Bundeskanzlerin, setzen Sie sich dafür ein, dass die anderen europäischen Länder und auch alle

anderen dieses Geld geben! Ich kann überhaupt nicht akzeptieren, dass Tausende Kinder in Afrika sterben müssen, weil eine halbe Milliarde Dollar fehlt.

Da erwarte ich, dass es Teil unserer Politik ist, etwas für Menschen zu tun, die in Not sind. Ja, Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass die Türkei für Flüchtlinge unglaublich viel macht. Aber auch das kleine und nicht gerade reiche Land Jordanien beispielsweise leistet Unglaubliches für die Flüchtlinge.

Wenn ich dann von beiden, von der Türkei und von Jordanien, höre, dass es Probleme mit der Finanzierung gibt, dass die Kräfte, die dort tätig sind, nicht mehr bezahlt werden können, muss ich sagen: Wer Fluchtursachen im Interesse der Menschen bekämpfen will, muss auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Das ist eine Frage der Ehrlichkeit und Menschlichkeit.

Dieser Haushalt gibt aber nicht nur bei dem großen Thema des Wohnens eine Antwort, sondern er gibt auch eine Antwort darauf, wie wir unter erschwerten Bedingungen gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land bewahren können. Wir wollen keine Situation wie beispielsweise in Frankreich, wo ganze Landstriche entleert sind und die Menschen nur noch in großen Metropolen wohnen. Wir wollen, dass die Menschen auch in Zukunft in unserem Land dezentral wohnen und arbeiten können.

Deshalb müssen wir vor allem für eine junge Generation Perspektiven in den ländlichen Räumen schaffen. Dafür haben wir – man kann sagen – eine Kommission eingesetzt, die für einige wichtige Bereiche Vorschläge entwickeln soll.

Mir wird zum Beispiel gesagt: Wir brauchen jetzt doch im ländlichen Raum keine Wohnungsbaupolitik; diese müssen wir in den Ballungsgebieten machen, wo der Druck besonders groß ist. – Ich kann Ihnen sagen: Genau das ist falsch.

Wir brauchen auch in den ländlichen Räumen Investitionen in den Wohnungsbau, damit die jungen Menschen sehen: Jawohl, da wird etwas getan für unsere Zukunft. – Deswegen ist gerade die Erhöhung der AfA für den privaten Wohnungsbau für uns im ländlichen Raum eine zentrale Aufgabe. Das wird angepackt.

Und wenn ich immer höre: „Privat vor Staat“, kann ich nur sagen: Für die Infrastruktur in

unserem Land ist in erster Linie der Staat zuständig, und dafür muss er auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Die Straßen, die Eisenbahnen und vieles andere gehören dazu.

Dass das Land nicht gut regiert worden sei, ist wirklich ein Märchen.

Auch die Schulen gehören dazu. Demjenigen, der darüber klagt, dass unsere Bildungspolitik die Anforderungen nicht mehr erfüllt, sage

ich: Ich bedauere es außerordentlich. Jetzt ist der Bund aber bereit, obwohl es nicht seine ureigene Aufgabe ist, in die Bildungspolitik zu investieren. Aber eines sage ich hier ganz deutlich, obwohl ich weiß, dass es dann sofort wieder Anrufe aus den Ländern gibt: Wir investieren wieder in die Bildungspolitik. 5 Milliarden Euro stehen zur Verfügung. Wir tun das aber nicht, damit die Länder weniger tun, sondern wir erwarten, dass auch die Länder ihre Aufgabe erfüllen – mit uns zusammen.

Mit unserem Tun ersetzen wir nicht, sondern wir ergänzen.

Wenn ich dies alles anschauen kann, kann ich nur sagen: Ja, die letzten Wochen waren gerade für uns in der Union nicht einfach. Aber wir haben gezeigt, dass wir zusammenbleiben und zu Lösungen kommen.

Eines haben wir auch gezeigt: Auch in dieser Zeit ist das Land regiert worden. Wir haben hier im Bundestag Entscheidungen getroffen, Gesetze verabschiedet. Dass das Land nicht gut regiert worden sei, ist wirklich ein Märchen. Das haben die Menschen in der Realität aber immer gesehen. Wir haben eine Regierung. Wir stellen eine Regierung. Wir erfüllen unsere Aufgaben. Dass es da manchmal in den eigenen Reihen Diskussionen gibt, hindert uns nicht daran, diesem Land eine gute Regierung zu stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. Alexander Gauland (AfD), Achim Post (SPD), Otto Fricke (FDP), Alexander Dobrindt (CDU/CSU), Dr. Frauke Petry (fraktionslos), Johannes Kahrs (SPD), Patricia Lips (CDU/CSU), Dennis Rohde (SPD), Dr. Marc Jongen (AfD), Elisabeth Motschmann (CDU/CSU), Brigitte Freihold (Die Linke), Michelle Müntefering (SPD), Margit Stumpp (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Jens Zimmermann (SPD).



Gerade die ländlichen Räume bräuchten mehr Investitionen, forderte Volker Kauder (CDU). © picture-alliance/dpa

Allgemeine Finanzdebatte zum Haushalt 2018 / 44. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 3. Juli 2018

Peter Boehringer, AfD:

Der Haushalt ist das Ergebnis nicht nachhaltiger Sondereffekte



Peter Boehringer (*1969)
Landesliste Bayern

Eine Anmerkung vielleicht aus aktuellem Anlass: Diese Rede halte ich unter der Prämisse, dass die Mehrheit, die wir bei den Haushaltsberatungen im Ausschuss hatten, auch bei der Endabstimmung im Plenum noch steht.

Das wäre also die von CDU, CSU und SPD. Doch das ist wahrscheinlich; denn wir erleben derzeit eigentlich nur großes Staatsschauspiel im Hinblick auf die Bayernwahlen.

Die Forderung von Herrn Seehofer nach der Zurückweisung von Migranten, die bereits einen Antrag in einem anderen Land gestellt haben, war schlicht die Forderung nach der Einhaltung geltenden Rechts, das seit 2015 an den deutschen Grenzen permanent gebrochen wird.

Es sagt viel über den Zustand unseres Landes aus, wenn diese selbstverständliche Forderung ernsthaft Widerspruch der Kanzlerin auslösen kann und sie diesen Machtkampf dann auch noch gewinnt.

Zur Sache, zum Haushalt 2018. Es ist ein Idealumfeld mit Niedrigstzinsen, EZB-Anleihekäufen und TARGET2, alles letzten Endes künstlich die Konjunktur und damit die Steuereinnahmen stimulierend. Der angeblich ausgeglichene Haushalt ist damit kein Erfolg guter Politik, sondern Ergebnis nicht nachhaltiger Sondereffekte und von nicht eingestellten Risikovorsorgemaßnahmen.

Wären im Ausschuss alle Änderungsvorschläge der AfD angenommen worden, hätte sich eine Entlastung des Bundeshaushalts von etwa 3 Milliarden Euro ergeben. Dabei hat die AfD die sogenannte Asylrücklage in Höhe von 23 Milliarden Euro noch gar nicht angefasst. Würde die Regierung an den Grenzen zum Recht

zurückfinden, dann könnten diese Milliarden für andere Aufgaben oder für Steuerentlastungen eingesetzt werden.

Die Umwidmung könnte unseres Erachtens relativ schnell vollzogen werden, da die Rückkehr zum Recht inzwischen auch von Kollegen anderer Fraktionen gefordert wird. Der Minikommiss von heute Nacht würde dafür jedoch keinesfalls ausreichen, wenn er denn überhaupt umgesetzt wird.

Einige Anmerkungen zum Entschließungsantrag der AfD.

Erstens: Transparenz beim Haushalt. Die Koalition brachte einige ihrer wichtigsten Änderungsanträge erst in letzter Stunde ein, obwohl wir wochenlang in x Sitzungen diskutiert haben. Ein besonders prägnantes Beispiel war ein Änderungsantrag der Koalition im Volumen von fast 2 Milliarden Euro, der in der Abschlusssitzung morgens um 1 Uhr eingebracht wurde und die Ausgaben für die Bundesschuld reduzieren sollte, und dies bei einem Titel, bei dem mir noch fünf Tage zuvor im Berichterstattergespräch erklärt worden war, das sei unmöglich, weil diese Entwicklung viel zu unsicher sei; hier könne keine Reduzierung erfolgen. So etwas ist nicht seriös. Diese Milliardenkürzung diene ausschließlich der Sicherstellung der künstlich herbeigerechneten schwarzen Null.

Bei vielen brisanten Fragen zu Haushaltspositionen hält sich die Regierung bedeckt, etwa beim Thema Migrationskosten. Entwe-

der weiß sie gar nicht genau, was die von ihr alimentierten intransparenten NGOs mit dem Geld so machen, oder sie will es nicht sagen. Fast die Hälfte des Etats des Auswärtigen Amtes steht unter sogenannten Deckungsvermerken. Die entsprechenden Titel sind somit untereinander vermischungsfähig, ohne dass der Bundestag hierüber nochmals entscheiden müsste. Dies hebt ebenso wie Übertragungsvermerke oder die Projektfinanzierung über verschiedene Teilhaushalte das Transparenzgebot des Haushalts aus und gefährdet bei exzessivem Einsatz sogar die Etathoheit des Parlaments.

Zweitens. Die EU wird haushalterisch weiterhin als Staat behandelt. Die deutschen Beiträge zum EU-Haushalt werden als negative Einnahmen verbucht, was den Bundeshaushalt nach unserer Ansicht illegitim optisch und buchhalterisch verkürzt. Der Bund hat eigentlich Ausgaben über 375 Milliarden Euro und nicht die ausgewiesenen 343 Milliarden; das ist die offizielle Zahl.

Die deutschen EU-Kosten von etwa 32 Milliarden Euro sollten eigentlich nach dem Bruttoprinzip zuerst als Steuereinnahmen und dann als EU-Kosten verbucht werden; denn nicht die EU erhebt die Steuern, sondern Deutschland. Die gängige Praxis impliziert, dass die BRD die EU-Steuern für den

Überstaat EU eigentlich nur einreibt. Man spricht da auch von EU-Eigenmitteln, was eine Staatsqualität der EU suggeriert, die es gar nicht gibt und nach Verfassungsrecht auch gar nicht geben darf.

Das heißt aber nicht, dass es die EU nicht versucht mit dieser Fiskalkapazität. Ganz aktuell liegt uns ein Verordnungsentwurf der Kommission vor, der der EU in Zukunft tatsächlich das Recht auf eigene Steuererhebung einräumt. Leider wurden vorige Woche hier im Haus zwei AfD-Anträge abgelehnt, die diese verfassungswidrigen Planungen der EU stoppen sollten.

Drittens: Kosten der Integration Nichtasylberechtigter. Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, müssen laut geltendem Gesetz in ihre Heimatländer zurückkehren, sobald der Fluchtgrund entfallen ist. Die AfD sieht keine Notwendigkeit, mit hohem finanziellen Aufwand die Integration dieser Migranten irgendwie sicherzustellen.

Viertens: Verteidigungsfähigkeit wiederherstellen. Die Ausrüstungssituation der Bundeswehr befindet sich in einem katastrophalen Zustand. Die AfD hat Aufwüchse bei denjenigen Positionen des Verteidigungsetats beantragt, die der Landesverteidigung im engeren Sinne dienen.

Fünftens: ideologischen Gesellschaftsumbau stoppen. Viele Mittel werden ressortfremd, aber stets im Sinne einer links-grünen Indoktrinierung eingesetzt. Fast jede Stelle muss dazu ihren Beitrag leisten. So betreibt beispielsweise das Kanzleramt Projekte zur Diversitätsentwicklung. Derartige Projekte sind nach Ansicht der

AfD-Fraktion zu streichen. Diversität schafft sich eine Gesellschaft selbst, wenn sie es denn will.

Wir brauchen eine Rückbesinnung der Regierungsinstitutionen auf die ihnen zugedachten Aufgaben, nicht zuletzt im Sinne einer sparsamen Haushaltsführung.

Sechstens: Klimasubventionen runter. Die sogenannte Energiewende ist zu hinterfragen. Eine Neuorientierung in der Klimapolitik wäre gleichzeitig eine Förderung des Industriestandorts Deutschland. Statt künstliche CO2-Zertifikatsplanwirtschaft zu betreiben, gilt es, Unternehmen Marktchancen frei suchen zu lassen. Aus dem Haushalt sollte nur die entsprechende Infrastruktur finanziert werden. Hier herrscht Nachholbedarf, insbesondere beim Fernstraßenbau oder beim Straßenbau generell.

Ceterum censeo: Kosten der Euro-Rettung. Ich muss es immer wieder wiederholen: Wir fordern die Bildung von Rückstellungen für die künftigen gewaltigen und fast sicheren Ausfälle der Euro-Rettungsgelder. Dies hartnäckig zu unterlassen, ist ein permanenter Verstoß gegen die Grundregeln der Haushaltsvollständigkeit und der kaufmännischen Vorsicht.

Wir reden von Hunderten von Milliarden. Erst am vorigen Freitag hat der Bundestag wieder mal eine Auszahlung an Griechenland aus dem Schattenhaushalt ESM genehmigt. Sehr praktisch diese Schattenhaushalte; denn sonst hätten diese 4 Milliarden Euro direkt sichtbar aus dem deutschen Bundeshaushalt gezahlt werden müssen – und das ist nur die absolute Spitze des Eisbergs.

Herr Minister Scholz, in Ihrer Haushaltsrede am 15. Mai 2018 sagten Sie:

Europa ist für Deutschland das wichtigste nationale Anliegen. ... Es geht um die Souveränität Europas ... Dazu stellen wir fest: „Dem deutschen Volke“ lautet unser Auftrag. Die EU-ropäische Fehldenke ist es, die die Bürger der Politik entfremdet und von der sie sich abwenden, so sehr, dass die Wählerabwanderung inzwischen die sonst sklavisch EU-ropäischen CSU-Funktionäre zur Rhetorik gegen noch mehr Europa nötigt, auch wenn das reine Heuchelei ist; denn gleichzeitig stimmt die CSU in Brüssel für noch mehr, denn sogar legale Migration, Stichwort „Dublin IV“. Wir sagen: Nein, es geht eben nicht um EU-ropäische Souveränität, und, nein, EU-ropa ist nicht das wichtigste Anliegen Deutschlands.

Die EU-ropäische Fehldenke ist es, die die Bürger der Politik entfremdet.



Die AfD sieht keine Notwendigkeit für Integrationsmaßnahmen bei nicht-asylberechtigten Menschen.

(Beifall bei der AfD)

Johannes Kahrs, SPD:

Wir geben mehr Geld für Investitionen aus



Johannes Kahrs (*1963)
Wahlkreis Hamburg-Mitte

Wir kommen jetzt zur Abwechslung – und das ist nach den letzten Tagen besonders erfrischend – auf die Sachebene zurück.

Dafür sind wir da, und das ist gut.

Wir haben hier eben eine etwas unterkomplexe Rede des Kollegen von der AfD gehört; so kennt man sie. Aber auch das ertragen wir mit Fassung, weil wir wissen, dass diese Koalition und dass diese Regierung zumindest auf der Sachebene, die wir hier heute diskutieren, dieses Land anständig und vernünftig regieren.

Das kriegen wir hin, weil in den Ausschüssen anständig gearbeitet

wird. Das, was die Bundestagsabgeordneten können, können sich vielleicht auch die Parteiführungen der Union vornehmen, und dann kommen wir alle am Ende dazu, dass wir auf der Sachebene das einlösen, was wir mit dem Koalitionsvertrag den Menschen in diesem unserem deutschen Vaterland versprochen und zugesagt haben. Das werden wir jetzt auch tun.

Dazu hat Olaf Scholz einen Haushalt vorgelegt, der all diese Punkte entsprechend umfasst. Ich freue mich, dass hinter mir der Präsident des Deutschen Bundestages sitzt, der schon in der letzten Legislaturperiode in seiner vorherigen Verwendung ein bisschen auf uns aufgepasst hat. Ich kann sagen: So wie der letzte Haushalt vernünftig war, so ist dieser Haushalt auch sehr vernünftig. Es gibt aber ein paar kleine Unterschiede. Einer dieser Unterschiede ist, dass wir mehr Geld für Investitionen ausgeben.

Das wiederum ist etwas Gutes.

Das ist etwas, was bei den Menschen in diesem Land ankommen wird. Wir geben mehr Geld aus für Straße, für Digitalisierung, für Schule, für Bildung, für viele Dinge, für viele Themen, die für die

Wähler in diesem Land richtig und wichtig sind.

Nach all dem Klamauk der letzten Tage, finde ich, muss man den Menschen das Vertrauen in die Politik wieder zurückgeben.

Es wäre gut, wenn wir das auf der Sachebene tun. Deswegen haben wir mit dieser Koalition bei den Investitionen noch mal 2,76 Milliarden Euro obendrauf gelegt. Ich glaube, damit haben wir Haushälter unseren kleinen Beitrag geleistet.

Für uns Sozialdemokraten und für die Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU – mit dem Kollegen Ecki Rehberg arbeite ich seit Jahren gut und vertrauensvoll zusammen; Ecki, dass du schmunzelst, ist mir Lob genug – sage ich, dass wir gerade auch beim Personal den guten sozialdemokratischen Dreisatz wieder hinkommen. Damit diese Investitionen, die wir in den Haushalt hineingeschrieben haben, auch umgesetzt werden und das Geld nicht wie in den letzten Jahren teilweise zurückfließt, haben wir gesagt: Wir brauchen einen hand-

lungsfähigen Staat, einen Staat, der satisfaktionsfähig ist, der es schafft, das Geld, die PS, auf die Straße zu bekommen. Deswegen gilt der alte sozialdemokratische Dreisatz: Wir schaffen neue Stellen, wir heben Stellen, und wir entfristen.

Nur wenn wir einen Staat haben, der handlungsfähig ist, können wir das Geld auch entsprechend einsetzen. Deswegen schaffen wir über 3 000 neue Stellen bei der Bundespolizei, 525 Stellen im Bundeskriminalamt. Die Zollverwaltung bekommt 1 400 neue Stellen.

Wir haben auch den Maßgebekbeschluss gefasst, dass in den nächsten vier Jahren in jedem Jahr 2 000 neue Stellen beim Zoll geschaffen werden.

Ich glaube, jeder, der weiß, wie die Situation beim Zoll ist, wird dies begrüßen und unterstützen. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – man hörte in den

letzten Tagen häufiger davon – gibt es 1 650 neue Stellen zusätzlich. 4 500 Stellen, Herr Seehofer, werden entfristet – ich glaube, das ist auch ganz in Ihrem Sinne –, sodass wir dann auch dazu kommen, dass diese Behörde ihre Arbeit vernünftig erledigen kann. Bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben – auch das ist für viele wichtig; Sie wissen, dass diese Immobilien für die Kommunen, für den Wohnungsbau wich-

tig sind – haben wir 200 Stellen entfristet. Ich glaube, dass auch das eine gute Sache ist.

Gleichzeitig haben wir hier einen Haushalt, mit dem wir viele gute Dinge tun, aber keine neuen Schulden schaffen. Bei der Union hieß das immer: schwarze Null. Wir haben immer gesagt: Über schwarze Nullen reden wir nicht. Wir machen keine neuen Schulden, und das hat etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun.

Generationengerechtigkeit bedeutet nämlich, dass nicht andere Menschen die Schulden bezahlen müssen, die hier gemacht werden. Deswegen machen wir seit fünf Jahren keine neuen Schulden, seitdem die SPD an der Regierung ist.

Schwarz-Gelb hat das nicht hinkommen, Herr Buschmann. Ihre FDP hat mitregiert, als dreistellige Milliardensummen an Schulden gemacht worden sind. Seitdem die SPD mit der Union regiert, werden keine neuen Schulden gemacht, und das zeigt auch dieser Haushalt.

Deswegen ist es ein guter Haushalt. Dem kann man auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir geben mehr Geld aus für Straße, für Digitalisierung, für Schule, für Bildung.

Otto Fricke, FDP:

Ein Haushalt der Verschwendung von Möglichkeiten



Otto Fricke (*1965)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Der Haushalt gibt den Bürgern Klarheit darüber, wes Geistes Kind die Regierung ist und wie sie sich das vorstellt. Im Koalitionsvertrag steht: „Eine neue Dynamik für Deutschland“. Ja, könnte man so sehen. Aber wenn man dann genauer guckt, erkennt man: Das ist kein Haushalt der Dynamik, das

ist kein Haushalt der Ideen, sondern das ist ein Haushalt der Verschwendung.

Es ist ein Haushalt der Verschwendung von Möglichkeiten: der Möglichkeit, Zukunft zu gestalten, der Möglichkeit, die Bürger zu entlasten, der Möglichkeit, ernsthaft in Forschung und Bildung zu investieren, der Möglichkeit, ernsthaft Schulden zu tilgen, der Möglichkeit, ernsthaft Anteile an Unternehmen zu verkaufen, der Möglichkeit, ernsthaft Subventionen abzubauen. All diese Möglichkeiten verschwenden Sie mit diesem Haushalt in einer Art und Weise, die nicht zu akzeptieren ist.

Warum macht das diese Koalition, neben all den kleinen Auseinandersetzungen, die man in einer Demokratie ja haben muss? Ihnen fehlt die Grundeinstellung. Sie haben – der Kollege Kahrs hat sich dessen ja gerühmt – gesagt: Wir Haushälter haben jetzt noch

mal mehr Geld ausgegeben. Die Aussage muss sein: Liebe Bürger, wir haben euch noch mal mehr Geld genommen, verteilen es dann an euch zurück und möchten dafür gerne Applaus. Das ist kein Verständnis von einem Staat, in dem der Bürger im Zentrum steht.

Rein ziffernmäßig: Der Haushalt steigt um 3,9 Prozent, statt wie bisher um 3,1 Prozent. Dabei verschlechtern sich die Wirtschaftsprognosen von 2,3 Prozent auf ungefähr 1,9 Prozent. Was ist das für eine Grundeinstellung, in der nicht nur die Regierung sagt: „Was stört mich, wie das Wachstum und die Zukunft aussehen?“, sondern in der auch noch die Koalitionsfraktionen – liebe CDU/CSU, das kann ich Ih-

nen hier wirklich ins Stammbuch schreiben – sagen: „Wir geben einfach noch mal mehr aus“? – Es ist am Ende Verschwendung.

Verschwendung gibt es auch beim Thema Investitionen. Ja, der Finanzminister wird sich rühmen und sagen: Wir haben jetzt 39,8 Milliarden Euro für Investitionen zur Verfügung; wir haben noch mal ganz viel obendrauf gelegt. – Herr Minister, wollen wir mal ehrlich sein: Wie machen Sie das denn? Sie führen das Baukindergeld ein, mit dessen Hilfe Private investieren sollen: Haus bauen, Wohnung kaufen oder älteres Haus kaufen und renovieren. Und was sagen Sie? Das Baukindergeld ist eine staatliche Investition. – Sie haben ein komisches Verständnis von Investitionen. Unser Verständnis von Investition ist das nicht. Im Endeffekt ist es, genauso wie an anderer Stelle, nur die Möglichkeit, die Zahlen nach oben zu bringen. Sie schauen aber nicht darauf, was wirklich ankommt, wo wirklich in Zukunft investiert wird. Sie investieren fast immer nur in die Ver-

Das ist kein Haushalt der Dynamik, das ist kein Haushalt der Ideen.

gangenheit.

Zum Thema Privatisierung. Dieser Staat ist Eigentümer von so vielen Unternehmen; er hat Anteile an zwei Banken, an der Telekom, an der Post usw. Jetzt könnte man ja sagen: Wann, wenn nicht in wirtschaftlich guten Zeiten, ist diese Regierung in der Lage, Anteile zu verkaufen? Macht sie nicht.

Noch viel schlimmer ist – das, Herr Finanzminister, finde ich, ist schon eine harte Nummer – ja, ich weiß, ihr werdet gleich applaudieren für das, was er macht –: Dieser Finanzminister hat gemeinsam mit seinem Vorgänger noch mehr Anteile an privaten Unternehmen gekauft.

Er hat – Achtung! – nicht 1 Million Telekom-Aktien, sondern 40 Millionen Telekom-Aktien gekauft. Das muss man sich einmal vorstellen. Ist das das Ziel, ist das die neue Dynamik? Für mich ist das Verschwendung statt Abbau von Neuverschuldung.

Meine Damen und Herren, im Endeffekt fehlt dieser Koalition die Linie.

Es wird versucht, all die Dinge, die in den letzten vier Jahren schon gemacht worden sind, irgendetwas mit mehr Geld zuzukleitem. Wir werden es erleben, wenn

der neue Haushalt vorliegt. Es wird gesagt: Hier ein bisschen mehr, da ein bisschen mehr, dort ein bisschen mehr. Was aber nicht passiert, ist, dass Sie wirklich in die Zukunft blicken, dass Sie sagen, wohin Sie mit diesem Land gehen wollen. Ja, Sie diskutieren über Digitalisierung, aber Sie

schieben die Gelder in Bereiche, wo sie nicht ausgegeben werden. Ja, Sie diskutieren darüber, dass wir bei der Infrastruktur etwas tun müssen. Ich bin sehr gespannt, wann Sie es schaffen, dass die Brücken in Nordrhein-Westfalen saniert werden, weil die Finanzmittel dafür gegeben wurden.

Dann zum Damoklesschwert der Rente. Das Damoklesschwert der Rente mit diesen enormen Ausgaben, mit der enormen Steigerung schwebt über Ihnen. Wenn Sie das Problem nicht lösen, wird Ihnen spätestens 2020 der Haushalt um die Ohren fliegen. Aber auch das Problem haben Sie nicht

gelöst.

Aber zum Schluss ein versöhnliches Wort, meine Damen und Herren: Ich bedanke mich auch bei den Koalitionsfraktionen für das gute Klima im Haushaltsausschuss. Und zum Thema Verschwendung darf ich frei nach Albert Schweitzer zitieren: Das Ein-

zige, was nicht weniger wird, wenn man es verschwendet, ist die Liebe – auch unter Schwesterparteien, aber leider nicht in diesem Haushalt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der AfD)

Eckhardt Rehberg, CDU:

Wir entlasten mit diesem Haushalt Länder und Kommunen



Eckhardt Rehberg (*1954)
WK Meckl. Seenplatte II-LK Rostock III

Es ist ein Haushalt der Kontinuität. Wir bringen jetzt den fünften Haushalt ohne neue Schulden auf den Weg

und können nach 17 Jahren wieder die Maastricht-Kriterien einhalten. Zur Wahrheit gehört, dass die Erblast nach der Finanzkrise gewaltig war: 300 Milliarden Euro Haushaltsvolumen, 86 Milliarden Euro Neuverschuldung im Soll. Lieber Johannes Kahrs, ja, ihr seid seit 2014 mit dabei; aber der Weg zwischen 2009 und 2013 war kein einfacher.

Deswegen kann man heute bilanzieren: An diesem Haushalt der Kontinuität hat eine Truppe von Beginn an mitgearbeitet und mitgewirkt, und das ist die Union, eine unionsgeführte Bundesregierung unter Angela Merkel. Das Ergebnis sehen wir heute, und darauf kann man stolz sein.

Ich kann mich dem Kollegen Fricke anschließen: Die letzten Wochen waren eine harte Zeit. Uns standen weniger Sitzungstage zur Verfügung. Frau Kollegin Löttsch, wie Sie darauf kommen, dass die Haushaltsberatungen chaotisch verlaufen sind, erschließt sich mir nicht.

Ich finde, so ruhig, so sachorientiert ist es selten zugegangen. Johannes, ich gebe dir recht: Es ist manchmal gut, stundenlang im Haushaltsausschuss zu sitzen und Sacharbeit zu machen und nicht nach links oder rechts zu schauen. Dann kommt man zu guten Ergebnissen. Das ist wohl wahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Haushalt der Zukunft: 39,8 Milliarden Euro für In-

vestitionen, 11,6 Prozent. So viele Investitionsmittel haben wir noch nie zur Verfügung gestellt. Wir haben noch einmal 2,4 Milliarden Euro in den DigitalPakt Schule gesteckt. Mittlerweile stehen mit dem Breitbandausbau, den Alexander Dobrindt initiiert hat, mit dem kommunalen Investitionspaket insgesamt fast 10 Milliarden Euro für die Digitalisierung auf verschiedenen Ebenen in Deutschland zur Verfügung. Das heißt, wir haben kein Problem mehr, Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen, sondern wir haben ein Umsetzungsproblem. Deswegen kann ich die Bundesregierung nur ermuntern und auffordern: Wir müssen an die Entschlackung des Planungsrechts ran. Wir müssen alle nichts davon, immer mehr Geld ins Schaufenster zu stellen, wenn Bund, Länder und Kommunen das nicht umgesetzt bekommen.

Lieber Kollege Fricke, Sie haben von Verschwendung gesprochen. Wie man als FDP auf die Idee kommen kann, die Mittel für die GRW-Förderung – das Instrument der Wirtschaftsförderung, gerade für ländliche Räume, für strukturell schwache Gebiete – von 600 Millionen auf 500 Millionen Euro abzusenken, angeblich, weil die Mittel nicht abfließen, kann ich nicht nachvollziehen. Ich kann euch nur sagen: Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Berlin brauchen dieses Geld dringend, genauso wie die strukturschwachen Gebiete im Westen. Wer auf so einen Blödsinn – Entschuldigung! – kommt, den kann man politisch nicht ernst nehmen. Es ist ein Haushalt der Entlastung.

Der erste Schritt ist mit dem Familienlastungsgesetz gemacht worden. Wir werden die Bürgerinnen und Bürger in dieser Legislaturperiode um insgesamt 63 Milliarden Euro entlasten, im Jahr 2021 – in der Endstufe – um 30 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Investitionsaufwuchs und dieser Entlastung machen wir Deutschland zukunfts-

fest, und da, wo es möglich und sinnvoll ist, geben wir den Bürgern etwas von dem zurück, was sie über Steuern und Abgaben einzahlen. Ich kann mir noch mehr Entlastung vorstellen: Wir von der Unionsfraktion können uns vorstellen, dass der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung nicht um 0,3 Prozent, sondern um 0,5 Prozent abgesenkt wird. Wenn es richtig ist, dass 20 Milliarden Euro Rücklage bei der Arbeitslosenversicherung eine gute Basis sind, dann kann man sie um 5 Milliarden Euro senken. Sie wäre dann 2019 bei 20 Milliarden Euro und 2020 schon wieder bei 26 Milliarden Euro. – Auch im Bereich der Pflege müssen wir die Bürger entlasten. Ganz nebenbei an die Kolleginnen und Kollegen der SPD: Gerade wenn wir bei den Sozialbeiträgen entlasten, treffen wir die einkommensschwachen Schichten, die keine Steuern zahlen, und das ist die beste Sozialpolitik, die man machen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein sozialer Haushalt. 52 Prozent des Haushalts sind Sozialausgaben.

Ich glaube, gerade mit dem Dreiklang „Baukindergeld, frei finanziert Wohnungsbau, Aufstockung beim sozialen Wohnungsbau“, den wir mit diesem Haushalt und in den nächsten Jahren umsetzen werden, schaffen wir etwas für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Wir ermuntern junge Familien mit Kindern, Eigentum zu schaffen, und ich bin wirklich froh, dass die Wohnraumbegrenzung vom Tisch ist. Das wäre die größte Krux gewesen. Es wäre absurd gewesen, wenn wir in der Fläche eine Begrenzung auf 120 Quadratmeter gehabt hätten. Ich sage denjenigen, die sich ausgedacht haben, dass 10 Quadratmeter für ein Kind reichen, ein bisschen ironisch: Ich habe 1987, zu tiefen DDR-Zeiten, Kinderzimmer mit 18 Quadratmeter gebaut, und die wurden gefördert. Das gehört zur Wahrheit der ganzen Geschichte

dazu. Wir wollen aber nicht zurückschauen, sondern nach vorne. Deswegen ist das eine gute Lösung.

Herr Bundesfinanzminister Scholz, Sie haben unsere volle Unterstützung für die Grundgesetzänderung beim Thema „sozialer Wohnungsbau“. Wir wollen den Ländern diese Aufgabe nicht wegnehmen; aber wir wollen das Geld da hinbringen, wo es hingehört. Deswegen, glaube ich, sollten wir, Union, SPD, Grüne und FDP – wir müssen das ja gemeinsam stemmen –, uns den Bericht des Bundesrechnungshofs zum Thema „Zusätzlichkeit“ sehr gut durchlesen. Der Bundesrechnungshof hat ganz ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in der jetzigen Fassung weiterhin die Gefahr besteht, dass der Bund Mittel für den sozialen Wohnungsbau an die Länder transferiert, die Länder aber ihre eigenen Mittel anderweitig verwenden. Ich habe es schon oft an dieser Stelle gesagt: Ich möchte gerne, dass aus den 1,5 Milliarden Euro, die der Bund zur Verfügung stellt, in und für Deutschland insgesamt 3 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau werden. Das muss das Ziel sein.

So viele Investitionsmittel haben wir noch nie zur Verfügung gestellt.

Wir haben zwei Programme initiiert bzw. weiterhin möglich gemacht. Das sind zum einen Modellprojekte zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Städtebauförderung, und zum anderen ist es das bei vielen Abgeordneten beliebte Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen“ in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur. Ich glaube, auch hier wird der Bund seiner Verantwortung gegenüber Ländern und Kommunen gerecht.

Das ist ein Haushalt der Gesamtverantwortung. Der Bundesrechnungshof weist darauf hin, dass 75 Milliarden Euro des Bundeshaushaltes Durchlaufposten an Länder und Kommunen sind. Wenn man ganz genau hinschaut, dann stellt man fest: Wir geben Entlastungen an Länder und Kommunen in der Größenordnung von 22 Milliarden Euro pro Jahr. Wir sorgen auch mit den im Koalitionsvertrag enthaltenen prioritären Maßnahmen dafür, dass wir gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland bekommen und entlasten Länder und Kommunen

noch einmal in einer Größenordnung von 8 Milliarden Euro. Gleichzeitig steigen die Steuereinnahmen bei Ländern und Kommunen. Deswegen heißt Gesamtverantwortung, gerade was Länder und Kommunen betrifft, dass das Geld, das für Wohnungsbau, für Kommunalstraßen, für ÖPNV, für Bildung – Stichwort: der Bund übernimmt das Bafög komplett – dann auch dort ankommt, wo es ankommen soll und nicht in irgendwelchen Länderhaushalten versickert.

Letzte Bemerkung. Johannes Kahrs ist schon darauf eingegangen. Ja, wir haben bei den Sicherheitsbehörden eine Kraftanstrengung vorgenommen. Von den 10 000 neuen Stellen – das BAMF eingerechnet – gehen Dreiviertel in die Bereiche Bundespolizei, Zoll, Bundeskriminalamt und BAMF. Wir entfristen allein beim BAMF 4 500 Stellen. Der Zoll wird erstmalig in einer Größenordnung von 1 400 Stellen verstärkt. Das können wir uns leisten, weil wir weiter steigende Steuereinnahmen haben. Ich teile den Pessimismus von vielen anderen nicht, dass Gewitterwolken am Horizont aufziehen. Wir haben weiterhin eine Rücklage von 24 Milliarden Euro.

Ausgehend davon möchte ich mit Blick auf den Haushalt 2019, der am 6. Juli im Bundeskabinett verabschiedet werden soll, und die Zahlen, die ich bisher kenne – Stichwort: NATO- und ODA-Quote –, deutlich machen: Herr Bundesminister Scholz, wir werden unseren europäischen, unseren internationalen Verpflichtungen nur dann nachkommen können, wenn diese beiden Quoten, sowohl die ODA-Quote als auch die NATO-Quote, nicht absinken, sondern aufwachsen.

Wer mehr Europa will, wer mehr Europa bei der Verteidigung möchte, der muss auch seinen eigenen Beitrag leisten.

Deswegen, glaube ich, ist es ganz wichtig, dass wir über den Haushalt für 2019 im parlamentarischen Verfahren noch einmal in Ruhe reden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Gesine Löttsch, Die Linke:

Mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau



© Uwe Voelkner / Fotoagentur FOX

Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Es grenzt ja geradezu an ein Wunder, dass der Bundestagspräsident heute die Beratung eröffnen konnte. Was haben wir denn erlebt? Chaos in der Regierung, Streit in der Koalition.

Die Schwesterparteien wollten sich quasi zerfleischen. Wenn Sie heute Morgen so tun, als wäre alles geregelt, als wären diese Koalition und diese Regierung stabil, dann machen Sie nicht nur sich selbst etwas vor, sondern auch diesem Land. Das haben die Menschen nicht verdient, meine Damen und Herren.

Herr Minister Seehofer, Sie haben Ihr Ministeramt missbraucht,

um vermeintlich erfolgreichen Wahlkampf für die CSU in Bayern zu machen. Wenn man den Umfragen und auch vielen Ihrer Kolleginnen und Kollegen glauben darf, haben Sie sich damit gründlich verrechnet. Ich finde, so darf das nicht weitergehen.

In Bayern wird im Oktober gewählt, und deshalb werden viele drängende Probleme der Menschen auf die lange Bank geschoben. Verhinderungspolitik 283 Tage nach der Wahl: Das ist doch Ausdruck von großer Verantwortungslosigkeit.

Die Mehrheit der Menschen in unserem Land erwartet berechtigterweise Antworten auf folgende Fragen: Warum tun Sie nichts gegen die wachsende Spaltung in unserer Gesellschaft? Warum tun Sie nichts für eine gerechte Besteuerung in unserem Land? Warum schützen Sie weiter die Vermögen der Superreichen, und wo bleibt endlich eine wirksame Finanztransaktionssteuer, die uns schon vor zehn Jahren versprochen wurde? Auf diese Fragen brauchen wir doch Antworten.

Weiter: Warum tun Sie nichts gegen Kinder- und Altersarmut? Wo bleibt endlich die armutsfeste

Rente? Und viel schlimmer noch: Warum tun Sie nichts gegen die Aufrüstung und die Kriege in der Welt? Sie liefern weiter Waffen an das kriegsführende Saudi-Arabien. Das ist doch eine Politik, die nicht dem Frieden dient, sondern Konflikte schürt.

Nun kommen wir mal zu den öffentlichen Investitionen. Herr Fricke, Sie haben hier Verschwendung vorgeworfen. Das ist völlig falsch. Wir haben viel zu wenig öffentliche Investitionen. Wir brauchen doch mehr Geld für Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und den öffentlichen Personennahverkehr. Da muss das Geld hin.

Aber, meine Damen und Herren, Sie tun nichts. Sie beantworten diese Fragen nicht, weil Sie sich nur mit einer Frage beschäftigen, nämlich mit der Frage Ihres Machterhalts. Die CSU wollte augenscheinlich die Hauptforderung der AfD „Merkel muss weg“ umsetzen. Wenn Sie – insbesondere Herr Seehofer – auf der Suche nach einer neuen Schwesterpartei

sind, dann ist das Ihre Sache. Doch Sie dürfen uns dabei nicht behindern, unsere Arbeit zu machen. Das Land braucht Lösungen und nicht diesen Streit und nicht dieses Anbieten an die AfD.

Die Linke hat viele gute Vorschläge in den Haushaltsberatungen gemacht, die alle von Union und SPD abgelehnt wurden. Wir fordern zum Beispiel mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau. Doch Sie kürzen trotz dramatischen Wohnungsmangels in den Großstädten das Geld für den Bau von preiswerten Wohnungen, und Sie wollen noch mehr Eigentumswohnungen bauen lassen und geben über das Baukindergeld auch noch Milliarden an Steuergeldern aus. Ich frage Sie: Wie viele der 2,5 Millionen Kinder, die in Deutschland in Armut leben, werden von diesem Baukindergeld etwas haben? Kein einziges. Diesen Kindern helfen Sie mit keinem Cent.

An dieser Stelle sei auch noch erwähnt, dass auch das Kindergeld bei armen Kindern auf Hartz IV angerechnet wird. Das nenne ich Politik der kalten Herzen, und so darf das nicht weitergehen.

Aber, meine Damen und Herren von der Regierung, insbesondere Frau von der Leyen, Sie haben ein großes Herz für die Bundeswehr und für Rheinmetall.

Frau von der Leyen hat, bevor

die Haushaltsberatungen so richtig losgegangen sind, in Brüssel erklärt, dass sie das sogenannte 2 Prozent-Ziel anstrebt, also die Verdoppelung der Rüstungsausgaben. Wenn man es genau nachrechnet, dann muss man sagen, dass die Bundesregierung in kürzester Zeit die Ausgaben für Aufrüstung und Krieg verdoppeln will. Das ist verantwortungslos. Das hilft niemandem in unserem Land. Das hilft nur Rheinmetall. Ich finde, es ist nicht die Aufgabe des Haushaltsausschusses und des Bundestages insgesamt, Rheinmetall weiter Geld in den Rachen zu werfen.

Was wir brauchen, ist eine verantwortliche Friedenspolitik. Verantwortlich wäre eine wirklich diplomatische Offensive gegenüber Russland. Doch Sie leben lieber weiter in den Feindbildern aus dem vergangenen Jahrtausend. Wie erklären Sie denn, dass Sie wegen Verstößes gegen Völkerrecht Russland mit Sanktionen belegen, aber nicht die Türkei und Saudi-Arabien, die auch das Völkerrecht brechen? Sie sprechen mit einer gespaltenen Zunge. Das ist unglaublich und schädlich für unser Land. Dieser Haushalt trägt die Handschrift einer handlungsunfähigen Regierung. Das haben die Menschen in unserem Land nicht verdient.

(Beifall bei der LINKEN)

Sven-Christian Kindler, Bündnis 90/Die Grünen:

Gemeinsame Linie in der Zusammenarbeit fehlt



© Steian Kaminski, www.steian-kaminski.de

Sven-Christian Kindler (*1985)
Landesliste Niedersachsen

Das Verfahren zum Haushalt 2018 war kein normales Verfahren. Es war erstens ein extrem kurzes Verfahren, weil das durch die Regierung und Koalition so beschlossen wurde, und zweitens war es überlagert vom politischen Dauerstreit in der Union und Chaos in dieser Regierung. Wir wussten doch ehrlich gestern, am Montag, auch am

Abend, noch nicht, ob diese Regierung, diese Koalitionsmehrheit nun am Ende diesen Haushalt in dieser Woche beschließen wird.

Diese Regierung stand gestern Abend de facto schon kurz vorm Abgrund, gut 100 Tage, nachdem sie ins Amt gekommen ist.

Das lag am Dauerstreit und Chaos in der Union. Das lag auch daran, dass die CSU und Teile der CDU massiv nach rechts außen rücken wollen und damit Europa und die Demokratie in Geiselschaft nehmen. Ich finde das verantwortungslos von dieser Regierung.

Sie haben kurz vorm Abgrund die Notbremse gezogen und einen miesen Deal vereinbart. Aber dieser miese Deal, den die Union vereinbart hat, wird auf dem Rücken von Menschen geschlossen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Diese Menschen wollen sie in Internierungslager einsperren. Ich finde das schäbig und inhuman.

Ein Wort zur SPD: Die SPD-

Spitze begrüßt ja die Einigung, hat aber noch ein paar offene Fragen. Ich frage mich, welche Fragen Sie noch haben. Hier geht es um Entrechtung von Menschen in geschlossenen Lagern. Ich frage mich ehrlich, SPD: Wie viel Selbstaufgabe ist eigentlich noch möglich?

Dieser Streit um die Abschottung hat uns in Europa massiv geschadet. Schauen Sie sich doch das Ergebnis vom europäischen Gipfel an. Es geht um zentrale Fragen: Wie geht es weiter mit Europa? Herr Scholz und die Kanzlerin haben dazu in der ersten Haushaltswoche auch gesprochen. Wie geht es weiter mit der Wirtschafts- und Währungsunion? Wie können wir Europa krisenfester, sozialer, demokratischer machen? Bis auf die Letztsicherung für die Bankenunion ist beim europäischen Gipfel de facto nichts herausgekommen.

Der ganze Gipfel wurde überla-

gert von der Abschottungspolitik auf europäischer Ebene. Ich finde es erbärmlich, dass die Bundesregierung bei diesen für Europa zentralen Fragen – wie geht es sozialer, demokratischer, krisenfester? – auf dem europäischen Gipfel bisher nichts geliefert hat.

Diese rechten Phantomdebatten um Abschottung, die Sie sich die letzten Wochen hier im Deutschen Bundestag und in der Presse geliefert haben, haben gleichzeitig auch von den realen Problemen in diesem Haushalt und in diesem Land abgelenkt. Millionen Kinder sind in Armut. Die Klimakrise verschärft sich massiv. Wir haben ein großes Artensterben. Wir haben giftige Luft in den Städten. Wir haben massiven Betrug beim Mindestlohn, zu wenig bezahlbare Wohnungen. Das sind die realen Probleme in diesem Land, und die müssen Sie im Haushalt doch endlich anpacken.

Aber in dieser Regierung und auch bei diesem Haushalt kämpft jeder gegen jeden. Es gibt keine gemeinsame Linie, keine gemeinsame Arbeit und keine großen Verände-

rungen, auch nach der Bereinigungssitzung nicht. Am Ende hat dieser Haushalt weiter große Lücken. Es gibt große Lücken beim Klima, bei Gerechtigkeit und Frieden. Das bleibt auch nach diesen Beratungen ein Haushalt ohne Zukunft.

Nur ein Beispiel für die Lücken bei der Gerechtigkeit: das Baukindergeld. Sie haben jetzt eine neue teure Subvention mit massiven Mitnahmeeffekten beschlossen, die vor allen Dingen besser verdienenden Familien zugutekommen werden. Das kostet insgesamt 10 Milliarden Euro in zehn Jahren. Damit wird der alte Zombie der Eigenheimzulage wiederbelebt.

Aber am Ende hilft das den vielen Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen in den Städten nicht, die verzweifelt eine Wohnung zur Miete suchen. Die lassen Sie im Regen stehen.

Es gibt auch eine große Lücke beim Frieden. Internationaler Klimaschutz, humanitäre Hilfe, Kampf gegen den Hunger, das bleibt alles Stückwerk im Haushalt, alles unterfinanziert.

Es gibt große Lücken beim Klima, bei Gerechtigkeit und Frieden.

Stattdessen steigert diese Regierung die Rüstungsexporte und bläht den Rüstungsetat massiv auf. 2019, Herr Scholz, wollen Sie ja noch mal eine Schippe drauflegen, und das, obwohl kein anderer Etat in den nächsten vier Jahren, bis 2021, so stark steigen soll wie der Bundeswehretat. Ich sage Ihnen: Das ist eine völlig falsche

Prioritätensetzung. Das wird die Welt unsicherer machen.

Beim Klima haben Sie ein großes Schweigekartell gebildet. Ihre Antwort auf die große Herausforderung, wie wir die Klimakrise bekämpfen können, ist ein großes Schweigekartell der Regierung. Wir sehen, dass ganz viel Geld im Haushalt für sinnvolle Energieeffi-

zizienzprogramme, für Klimaschutzprogramme, für den Energie- und Klimafonds, nicht abfließt, und gleichzeitig gibt die Bundesregierung jedes Jahr über 50 Milliarden Euro für klimaschädliche Subventionen aus: für schmutzige Diesel, für schwere Dienstwagen, für die Agrarindustrie, für die Flugindustrie. Für die

Klimarettung haben Sie ein paar Millionen, und für die Klimazerstörung geben Sie Milliarden aus. Das muss sich dringend ändern.

Wir sehen nach gut 100 Tagen: Formal ist diese Regierung noch im Amt, de facto ist sie inhaltlich und vom Arbeitsstil her gescheitert: Blockade, Streit, keine gemeinsame Linie, und im Haushalt

große Lücken bei Klima, Gerechtigkeit, Frieden. Das ist ein Haushalt ohne Zukunft. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie sind Tage hinterher!)

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Der Haushalt setzt auf die Zukunft unseres Landes



Olaf Scholz (*1958)
Bundesminister der Finanzen

Im Mittelpunkt der zweiten Lesung des Bundeshaushaltes 2018 stehen nun Zahlen, Vereinbarungen und Fakten, und das ist auch ganz gut so. Der Dichter Georg Philipp Friedrich von Hardenberg, genannt Novalis, hat einmal gesagt: „Wenn nicht mehr Zahlen und Figuren sind Schlüssel aller Kreaturen“, dann wird die Welt besser; man soll sich mehr nach Stimmungen richten. – Nach

den letzten Tagen würde ich sagen: Zahlen und Fakten sind nicht so schlecht.

Der Bundeshaushalt ist ein Haushalt, der auf die Zukunft unseres Landes setzt. Deshalb wird investiert, und die Steigerung der Investitionen spielte eine große Rolle bei der Formulierung des Haushalts, bei dem, was beschlossen worden ist, bei dem, was in den Haushaltsberatungen noch zusätzlich ergänzt worden ist. Ich halte das auch für zentral.

Wir müssen in unsere Infrastruktur investieren, wir müssen auch in moderne, neue Infrastrukturen investieren, etwa wenn es um den Breitbandausbau geht. Und wir müssen natürlich in die Zukunft unseres Landes investieren, wenn es um Bildung und Erziehung geht, wenn es um die Frage geht, wie wir Forschung voranbringen können.

All das bildet sich in diesem Haushalt ab. Deshalb haben wir die Mittel dafür bereitgestellt, und das

wird auch eine Rendite erbringen: ein besseres Leben in unserem Land, bessere Wirtschaftsmöglichkeiten und ein weiterer Zuwachs von Arbeit und Beschäftigung. All das brauchen wir. Ich bin deshalb sehr froh, dass wir diesen Weg gehen konnten.

Ganz wichtig ist, dass wir auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass mehr investiert werden kann. Dazu benötigen wir Änderungen der Verfassung; die sind auf den Weg gebracht und werden in den Beratungen dieses Hauses eine große, große Rolle spielen.

Ich will ausdrücklich auch an dieser Stelle für diese Veränderungen werben. Wir müssen eine Veränderung zustande bringen, etwa um mehr für Bildung und Kitas tun zu können. Deshalb ist die vorbereitete Verfassungsänderung ein großer Schritt. Der Bund kann Gemeinden und Länder bei der Finanzierung dieser Aufgabe unterstützen, und das ist längst nötig.

Ein Gesetzesvorhaben, auf das vie-

le jetzt warten, ist zum Beispiel das Gute-Kita-Gesetz, das auch dafür sorgt, dass die Qualität der Kitas besser wird und dass es mehr Betreuungsmöglichkeiten gibt, für die keine Gebühren gezahlt werden müssen. Dieses ist nur möglich, wenn wir diese Verfassungsänderungen auch tatsächlich zustande bringen.

Das Gleiche gilt, wenn wir die entsprechenden Voraussetzungen für die notwendigen Investitionen in Schulen schaffen wollen. Das Gleiche gilt, wenn wir die Voraussetzungen für weiteren sozialen Wohnungsbau in unseren Städten schaffen wollen.

Ich glaube, es ist eine gute Entscheidung, wenn der Deutsche Bundestag – später unterstützt vom Bundesrat – sagt: Es soll in den 20er-Jahren weiter möglich sein, sozialen Wohnungsbau zu betreiben. Er ist für das Zusammenleben in unseren Städten von allergrößter Bedeutung.

Natürlich ist das eine Investition, die nicht allein vom Bund gestemmt wird, sondern das ist etwas, wo die Länder ihren Beitrag dazutun müssen und wo wir si-

cherstellen müssen, dass die Mittel auch für diesen Zweck genutzt werden – und nicht für etwas anderes. Aber klar ist an dieser Stelle, dass es notwendig ist, dass wir etwas dafür tun. Wer sich die großen Städte unseres Landes und auch viele andere Städte einmal anschaut, der wird feststellen: Ein erheblicher Teil der Mietwohnun-

gen, die dort zur Verfügung stehen, sind einmal als geförderte Wohnungen entstanden. Sie sind die Grundlage für bezahlbaren Wohnraum in unseren Städten. Wir müssen dafür sorgen, dass das Zusammen-

leben möglich bleibt, weil es bezahlbar ist. Es besteht die Gefahr, dass das nicht mehr möglich ist, und das müssen wir verhindern.

Natürlich brauchen wir, wenn wir über Klimawandel und über bessere Luft in den Städten und in den Metropolregionen unseres Landes diskutieren, mehr Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, der diese Regionen erschließt.

Darum ist es ebenfalls richtig, dass wir die Verfassung ändern, damit diese Investitionen gesteigert werden können.

Es war ein Missstand, dass über viele Jahrzehnte der Ausbau der Metrosysteme in Deutschland immer nur noch mit dem gleichen Betrag gefördert worden ist.

Da muss eine Steigerung möglich werden. Diese Steigerung eröffnen wir jetzt.

Es ist schon gesagt worden: Wir müssen etwas für die Sicherheit tun. Das betrifft die Maßnahmen der Innenpolitik, die sich mit der Bundespolizei und dem Bundeskriminalamt beschäftigen. Das betrifft den Zoll; denn zur Sicherheit gehört auch dessen Arbeit, insbesondere was die Bekämpfung der Schwarzarbeit betrifft. Deshalb ist es notwendig, dass wir diesen Aufwuchs an Personal möglich machen, der mit diesem Haushalt eröffnet wird.

Genauso wichtig ist es aber, dass wir angesichts der Herausforderungen, die mit der Migration verbunden sind, dafür sorgen, dass die Einrichtungen in Deutschland,

Wir müssen eine Veränderung zustande bringen, um mehr für Bildung und Kitas tun zu können.



Mit dem Gute-Kita-Gesetz soll das Betreuungsangebot ausgebaut und die Qualität der Kindertagesstätten gesteigert werden. © picture-alliance/dpa

Fortsetzung auf nächster Seite

die sich mit der Fluchtmigration beschäftigen, ordentlich aufgestellt sind.

Man kann viel über rechtliche Fragen diskutieren – und wir tun das in diesen Tagen mit großer Leidenschaft –, aber ich will ausdrücklich sagen: Wir brauchen auch Institutionen, die mit dieser Aufgabe zurechtkommen können. Deshalb ist es richtig, dass wir dafür sorgen, dass es mehr Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gibt, und deshalb ist es noch mehr richtig, dass all die befristeten Stellen, die es dort derzeit gibt, entfristet werden.

Wenn wir zügige und richtige Entscheidungen möglich machen wollen – das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns, und das ist auch wichtig im Umgang mit Flüchtlingen –, dann brauchen wir auch eine Institution, die tatsächlich dazu in der Lage ist. Ich habe deshalb alles dafür getan, dass diese Mittel bereitgestellt werden und wir diese Personalentscheidungen auch treffen können. Ich sage an

dieser Stelle: Alles, was erforderlich sein wird, um eine hocheffiziente Verwaltung in diesem Zusammenhang zustande zu bringen, werden wir möglich machen

und finanzieren. Wir brauchen die Kompetenzen und die Fähigkeiten, damit schnelle Entscheidungen zustande kommen.

Für mich vielleicht ein Hinweis darauf, dass wir auch etwas dazu beitragen müssen, dass wir die Zahl der Befristungen in der öffentlichen Verwaltung reduzieren. Diese Regierung hat sich vorgenommen, die sachgrundlosen Befristungen in Deutschland zu reduzieren. Wir werden deshalb ein Gesetz machen, das sich mit sachgrundlos befristeter Beschäftigung auseinandersetzt und versucht, das in den Unternehmen zu begrenzen. Aber wenn das unser Vorhaben ist, dann müssen wir als Staat das selbstverständlich auch für uns zur Grundlage machen. Deshalb wird es eine Haushaltsregel geben, die lautet: Keine Behörde

und keine dieser Einrichtungen darf mehr als 2,5 Prozent sachgrundlos befristete Stellen haben – wie es das künftige Gesetz vorsieht. Ich glaube, das ist ein guter Fortschritt.

In der Einbringungsrede zu diesem Haushalt habe ich schon gesagt: Europa ist das wichtigste nationale Anliegen Deutschlands. Ich wiederhole es: Das ist die wichtigste Aufgabe, die

Keine Behörde darf mehr als 2,5 Prozent sachgrundlos befristete Stellen haben.

wir zu bewältigen haben, weil wir nur in der Kooperation mit anderen in der Lage sein werden, unsere gemeinsame Zukunft zu bewältigen.

Niemals wird es für uns möglich

sein, alleine auf die Herausforderungen der Außenpolitik und der Sicherheitspolitik, unserer gemeinsamen Außengrenzen, der Fluchtmigration oder der wirtschaftlichen Entwicklung unseres

Kontinents zu reagieren.

Das können wir nicht als Einzelstaaten, das können wir nur gemeinsam mit den anderen Ländern der Europäischen Union.

Es ist deshalb richtig, dass wir Fortschritte erreicht haben in der Zusammenarbeit mit Frankreich, aber auch in Zusammenhang mit den Gesprächen bei den Gipfeln der Finanzminister und beim Europäischen Rat, und die nächsten Schritte für die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion voranbringen.

Wir werden dabei nicht stehenbleiben können; denn wir müssen, wenn wir dieses Europa stark und fest machen wollen, weiter dafür sorgen, dass es auch in sozialer Hinsicht zusammenhält. Dazu müssen wir die Voraussetzungen schaffen.

Das so zu sehen, heißt aber auch, dass man in jedem Politikbereich Europa im Blick behält, dass man nicht national alleine handelt, sondern dass wir immer als Gemeinschaft der europäischen Staaten handeln. Ich glaube, das ist unsere Verpflichtung. Der Haushalt leistet einen Beitrag dazu, unsere Politik muss es auch.



Mehr Sicherheit bedeute auch einen erhöhten Personalaufwand, sagte Finanzminister Olaf Scholz (SPD). © picture-alliance/dpa

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Martin Hebner, AfD:

Der Haushalt passt zu den Fehlleistungen der Koalition



Martin Hebner (*1959)
Landesliste Bayern

Interessen unseres deutschen Volkes. Wobei, den Begriff „deutsches Volk“ möchte unsere Bundeskanzlerin ja auch nicht mehr, sondern allenfalls „schon länger hier Lebende“.

Der hier vorgelegte Bundeshaushalt passt nahtlos zu den weiteren Fehlleistungen dieser Koalition. Es fehlt im Bundeshaushalt völlig die Vorsorge für massive Risiken. Um nur zwei zu nennen: Während heute auf einen Rentner noch drei Berufstätige kommen, werden es in 20 Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung, die schon lange bekannt ist, nur noch zwei sein. Die Rentenbeiträge reichen bereits heute nicht. Die Renten müssen bereits heute zusätzlich aus Steuermitteln mitbezahlt werden. Das ist seit Jahrzehnten bekannt; aber anstatt, wie von der OECD gefordert, Vorsorge zu betreiben, verschleudert unsere Regierung das Geld der Steuerzahler. Dafür werden der nächsten Generation noch zusätzlich, Herr Finanzminister, massive Lasten mit der Versorgung arbeitsuntauglicher Migranten und deren Nach-

zug aufgebürdet, zurzeit etwa 50 Milliarden Euro pro Jahr. Hinzu kommen noch die sozialen Kosten, ein erheblich größerer, wie eben schon mehrfach angesprochen, neuer Polizei- und Justizapparat, bis hin zu grassierenden Gesundheitsausgaben, nicht mitgerechnet die Gewalt und die Lebens Einschränkung von Frauen aufgrund der mittelalterlichen Einstellung von Merkels Gästen. Und Frau Merkel will mit dem globalen Pakt für Migration sogar noch viel mehr Migration draufsetzen.

Im Haushalt – dazu ist ganz klar zu kommen – fehlt weiter die Vorsorge für die anteilige Abschreibung der Euro-Krise und der Kosten der Bürgschaften für Länder wie Griechenland, Zypern, Italien und Portugal. Es ist unmöglich, dass diese Gelder auch nur annähernd an Deutschland zurückge-

zahlt werden. Allein die Bilanz der Deutschen Bundesbank besteht mittlerweile zu über 60 Prozent aus TARGET2-Außenständen, heute fast 1 Billion Euro. Und wir verkaufen unsere Waren an die EU weiterhin auf Pump. Ja, die Deutsche Bundesbank und somit die deutschen Steuerzahler finanzieren die Exporte der Wirtschaft und der Euro-Südländer.

Liebe Kollegen von der linken Seite, Sie sind doch immer so gegen Industriesubventionen. Das genau wird momentan mit diesen TARGET2-Außenständen betrieben, nichts anderes.

Das Geld Deutschlands, die Außenstände aus TARGET2, bekommen wir größtenteils nie wieder; aber die Regierung macht weiter, und die kommende Generation bekommt die Rechnung dafür, dass die Regierung sich und uns immer noch einredet, wir würden vom Euro profitieren.

Diese Regierung handelt wie ein Hedgefonds. Ja, genau, liebe Linke, wie ein von Ihnen als Finanzindustriengeheuer angesehener Hedgefonds. Nur, entgegen den Hedgefonds handelt diese Regierung ohne betriebswirtschaftliche Grundanalyse, und sie handelt in

diesem Fall unter Einsatz des Geldes der deutschen Bürger.

Sie alle von der Koalition betreiben eine Wette, eine Wette auf den Erhalt des Euro mit unvorstellbarem Einsatz, den die deutschen Steuerzahler bezahlen müssen. Die ganze Wette ist eine tickende Zeitbombe.

Von der Entwicklung bei der HSH Nordbank in Hamburg wissen Sie ja noch, sehr geehrter Herr Finanzminister, dass Bürgschaften irgendwann einmal zu bezahlen sind. In diesem Fall haben Sie einen Nachtragshaushalt aufliegen müssen. Stellen Sie sich jetzt bitte einmal den Nachtragshaushalt bei Risiken für die Bundesrepublik Deutschland von aktuell 2 000 bis 2 500 Milliarden Euro Wettaußenständen einmal vor. Dazu kann ich nur sagen: Viel Vergnügen. – Und herzlichen Dank für diesen nicht ausgeglichenen Haushalt, Herr Finanzminister. (Beifall bei der AfD – Johannes Kahrs [SPD]: Flache Rede! Mal was mit Inhalt wäre schön!)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Dr. André Berghegger (CDU/CSU), Christian Dürr (FDP), Fabio De Masi (Die Linke), Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen), Cansel Kiziltepe (SPD), Alois Rainer (CDU/CSU) und Sepp Müller (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Die OSZE

Eine Organisation für den Frieden



Diese Woche ist in Berlin ein Treffen von der **Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**.

Die Abkürzung dafür lautet: OSZE.

Im folgenden Text geht es deshalb um die OSZE.

Folgende Fragen werden im Text besprochen:

- Was ist die OSZE?
- Was macht die OSZE?
- Wie ist die OSZE entstanden?
- Worum ging es bei dem Treffen in Berlin?



Was ist die OSZE?

Die OSZE ist eine Gruppe von Ländern.

Diese Länder haben sich zusammengetan. Sie wollen gemeinsam bestimmte Ziele erreichen.

Zur OSZE gehören 57 Länder.

Diese Länder sind zum Beispiel:

- alle Länder von Europa
- die USA
- Russland
- Kanada
- die Türkei
- das Land Mongolei

Man nennt diese Länder auch: Teilnehmer-Länder.

Das Haupt-Büro von der OSZE ist in der österreichischen Haupt-Stadt Wien.



Welche Ziele hat die OSZE?

Die wichtigsten Ziele von der OSZE sind:

- Sie möchten dafür sorgen, dass die Teilnehmer-Länder friedlich miteinander umgehen.
- Die Menschen in den Ländern sollen ein gutes Leben führen können.

Die OSZE beschäftigt sich mit vielen verschiedenen Themen, um ihre Ziele zu erreichen.

Hier ein paar Beispiele.





Die OSZE hilft dabei, dass die Teilnehmer-Länder Streitereien friedlich klären.

Sie kümmert sich auch darum, dass Streitereien gar nicht erst entstehen.



Die OSZE hilft dabei, dass die Teilnehmer-Länder beim Umwelt-Schutz zusammen arbeiten.

Sie achtet darauf, dass die Teilnehmer-Länder die Menschen-Rechte beachten.



Das sind Rechte, die jeder Mensch auf der Welt hat.

Er muss dafür nichts tun. Er hat sie einfach, weil er ein Mensch ist.

Zum Beispiel:

- Jeder Mensch hat das Recht, frei und in Sicherheit zu leben.
- Kein Mensch darf ohne Grund in ein Gefängnis gesperrt werden.
- Jeder Mensch hat das Recht, seine Meinung zu sagen. Dafür darf man ihn nicht bestrafen.

Die OSZE unterstützt die Freiheit in den Teilnehmer-Ländern.

Wichtig ist ihr dabei zum Beispiel:



Die Bürger in einem Land dürfen bei Wahlen mitmachen.

Bei diesen Wahlen dürfen sie frei wählen, was und wen sie wollen.

Und durch diese Wahlen entscheiden sie mit, was in ihrem Land passiert.

Was macht die OSZE?



Die Teilnehmer-Länder von der OSZE treffen sich regelmäßig.

Es gibt dabei verschiedene Arten von Treffen.



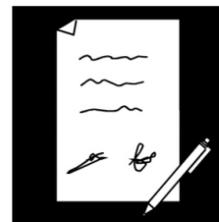
Manche finden jede Woche statt. Manche jährlich. Manche auch nur alle paar Jahre.

Bei den Treffen geht es um verschiedene Themen. Und es kommen unterschiedliche Personen von den Teilnehmer-Ländern zusammen.

Die OSZE sorgt also dafür, dass die Teilnehmer-Länder miteinander ins Gespräch kommen.

Bei einigen Treffen gibt es am Ende Beschlüsse.

Das sind Abmachungen zwischen den Teilnehmer-Ländern.



Darin erklären sie, dass sie etwas Bestimmtes tun wollen. Dadurch wollen sie die Ziele von der OSZE erreichen.

Jedes einzelne Teilnehmer-Land muss einer Abmachung zustimmen. Das macht es oft schwierig, eine gemeinsame Abmachung zu treffen.

Die Abmachungen sind keine Gesetze. Die Länder müssen sich nicht unbedingt daran halten.

Es sind eher Versprechen, bestimmte Dinge zu tun. Und bestimmte Ziele zu erreichen.

Hilfe durch die OSZE

Die OSZE hilft den Ländern dann dabei, die Abmachungen zu erfüllen.



Sie berät die Länder zum Beispiel. Oder sie stellt Mitarbeiter zur Verfügung.

Bei besonders großen Aufgaben eröffnet die OSZE auch eigene Büros in bestimmten Ländern.

Dort arbeiten dann Mitarbeiter von der OSZE direkt vor Ort. Und zwar oft über sehr lange Zeit.



Die Mitarbeiter erledigen dort dann verschiedene Aufgaben.

- Sie beobachten, was in den Ländern passiert. Und sie berichten über ihre Beobachtungen. Dann weiß jeder Bescheid, was gerade in dem jeweiligen Land passiert.
- Sie beraten Ämter und Einrichtungen vor Ort.
- Sie machen auch eigene Projekte, mit denen sie die Ziele von der OSZE unterstützen wollen.

Die Aufgaben sind immer sehr unterschiedlich.

Es wird immer genau geschaut, welche Unterstützung ein bestimmtes Land gerade braucht.

Wahl-Beobachter

Sehr häufig hört man von der OSZE, wenn es um Wahlen in den Teilnehmer-Ländern geht.

Oft schickt die OSZE nämlich Wahl-Beobachter dorthin.

Sie sollen die Wahl ganz genau beobachten.

Sie sollen feststellen, ob bei der Wahl alles in Ordnung ist. Ob sich alle an die Wahl-Regeln halten. Oder ob bei der Wahl betrogen wird.



Wie entstand die OSZE?

Die OSZE entstand in den Jahren um 1970.

Damals herrschte auf der Welt eine große Streiterei.

Man nannte sie: Den Kalten Krieg.

Der Kalte Krieg war vor allem zwischen zwei großen Ländern.

Das eine Land waren die USA. Das andere Land hieß Sowjet-Union.

Dieses Land gibt es heute nicht mehr. Es ist vor ungefähr 30 Jahren in viele verschiedene Länder zerfallen.

Das größte von diesen Ländern ist Russland.



Die USA und die Sowjet-Union hatten auch noch andere Länder als Partner.

Zu den USA hielten zum Beispiel:

- die Bundes-Republik Deutschland
- Groß-Britannien
- Frankreich
- die meisten anderen Länder im Westen von Europa

Zur Sowjet-Union hielten zum Beispiel:

- die DDR
- Polen
- Ungarn
- die meisten anderen Länder im Osten von Europa

Der Kalte Krieg betraf also sehr viele Länder.

Vor allem viele Länder in Europa.

Schon in den Jahren ab 1950 hat die Sowjet-Union vorgeschlagen:

Alle wichtigen Länder vom Kalten Krieg sollten sich treffen.

Sie sollten versuchen, zumindest einige Streitereien zu beenden.

Die Sowjet-Union wollte dadurch verschiedene Dinge erreichen.

Ein wichtiges Ziel war: Sie wollte, dass die USA und ihre Partner nicht mehr so eng zusammen arbeiten.

Die Länder im Westen waren erst gegen so ein Treffen.

Das änderte sich ab dem Jahr 1970.

In den Jahren 1973 bis 1975 gab es dann erste Treffen.

Es fand in Helsinki statt.

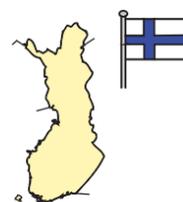
Das ist die Haupt-Stadt von Finnland.

In den folgenden Jahren gab es noch mehrere solcher Treffen.

Diese Treffen hatten den Namen KSZE.

Das steht für:

Konferenz über **S**icherheit und **Z**usammenarbeit in **E**uropa.



Die KSZE hatte große Folgen für den Kalten Krieg.

Denn: In der Sowjet-Union und in ihren Partner-Ländern wurden die Menschen-Rechte kaum beachtet.

Auf der KSZE hatten die Länder aber abgemacht: Die Menschen-Rechte sollen überall eingehalten werden.

Die Sowjet-Union und ihre Partner hielten sich nicht an diese Abmachung.

Aber: In diesen Ländern gründeten sich Gruppen. Sie forderten, dass die Menschen-Rechte eingehalten werden.

Und diese Forderung begründeten sie auch mit der Abmachung von der KSZE.

Irgendwann konnten die Politiker von der Sowjet-Union und ihren Partner-Ländern die Leute nicht mehr überhören.

Sie mussten ihnen die Forderungen erfüllen. Und schließlich mussten sie ihre Macht abgeben.



Diese Ereignisse veränderten Europa völlig. Die KSZE-Länder überlegten darum: Wie soll es mit Europa weitergehen?

Es kam zu einem weiteren Treffen. Auf diesem beendeten sie den Kalten Krieg. Das war im Jahr 1990.

Aber natürlich waren nicht sofort alle Streitereien zwischen den Ländern vorbei.

Es gab immer die Angst, dass die Streitereien wieder schlimmer werden könnten.

Darum beschlossen die Länder: Die KSZE soll es auch weiter geben. Und sie soll sogar noch größer werden und mehr Aufgaben übernehmen.

Und so gründeten sie die OSZE. Das war im Jahr 1995.

Die OSZE ist also die Nachfolgerin von der KSZE.



Treffen in Berlin

In Berlin ist im Moment ein Treffen von der OSZE. Und zwar noch bis zum 11. Juli.

Zu dem Treffen kamen ungefähr 300 Politiker aus den Teilnehmer-Ländern.

Und zwar Politiker aus den Parlamenten.

Ein Parlament ist eine besondere Gruppe von Politikern.

Diese Politiker wurden von den Bürgern in einem Land gewählt. Sie sind die Vertreter von den Bürgern.

Das deutsche Parlament ist der Bundes-Tag.

Parlamente haben wichtige Aufgaben. Sie machen zum Beispiel die Gesetze von einem Land.

Bei dem Treffen in Berlin ging es um Folgendes:

Die Politiker haben abgesprochen, wie sie die Ziele der OSZE noch besser unterstützen können.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Sergey Averin/Sputnik/dpa. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 28-29/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 23. Juli 2018.

